

Zeitschrift für Beratung und Studium

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

Kooperation zwischen Hochschulen und der Bundesagentur für Arbeit

- Strukturen gestalten, Zusammenarbeit verstärken:
Studienorientierung verbessern in NRW
- Studienorientierung als vorrangige Aufgabe der Hochschulen
 - Berufs- und Studienorientierung -
RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW
- Kommentar: Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen
und der Bundesagentur für Arbeit
- Qualitätssicherung in den Psychologischen Beratungsstellen
für Studierende Österreichs
 - Onlineberatung für Studierende –
Unterschiede zwischen realer und virtueller Beratung

1 | 2011

Herausgeberkreis

Sabina Bieber, Dr., Zentrale Studienberatung der Universität Potsdam, stellv. Vorstandsvorsitzende der GIBeT e.V. - Gesellschaft für Information, Beratung und Therapie an Hochschulen

Manfred Kaluza, Studienkolleg der Freien Universität Berlin

Helga Knigge-Illner, Dr., bis 2005 Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, Freie Universität Berlin (geschäftsführende Herausgeberin)

Franz Rudolf Menne, Zentrale Studienberatung der Universität zu Köln (geschäftsführender Herausgeber)

Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des DSW - Deutsches Studentenwerk, Berlin

Elke Middendorff, Dr., Hochschul-Informations-System (HIS) Hannover

Gerhart Rott, Dr., bis 2009 Akad. Direktor, Zentrale Studienberatung, Bergische Universität Wuppertal, ehem. Präsident des FEDORA - Forum Européen de l'Orientation Académique (geschäftsführender Herausgeber)

Klaus Scholle, Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, Freie Universität Berlin (geschäftsführender Herausgeber)

Peter Schott, Zentrale Studienberatung der Universität Münster

Sylvia Schubert-Henning, Studierwerkstatt, Universität Bremen

Wilfried Schumann, Psychosoziale Beratungsstelle von Universität und Studentenwerk Oldenburg

Birgit Szczyrba, Dr., Beauftragte für die wiss. Begleitung des Coaching-Netzwerks der Hans-Böckler-Stiftung und des Hochschuldidaktischen Zentrums der Technischen Universität Dortmund

Wolff-Dietrich Webler, Prof., Dr., Leiter des IWBB - Institut für Wissenschafts- und Bildungsforschung, Bielefeld

Michael Weegen, Dr., Projekt Informationssystem Studienwahl und Arbeitsmarkt (ISA), Universität Duisburg-Essen

Hinweise für die Autoren

In dieser Zeitschrift werden i.d.R. nur Originalbeiträge publiziert. Sie werden doppelt begutachtet. Die Autor/innen versichern, den Beitrag nicht zu gleicher Zeit an anderer Stelle zur Publikation angeboten zu haben. Beiträge werden nur dann angenommen, wenn die Autor/innen den Gegenstand nicht in vergleichbarer Weise in einem anderen Medium behandeln. Senden Sie bitte das Manuskript als Word-Datei und Abbildungen als JPG-Dateien per E-Mail an die Redaktion (Adresse siehe Impressum).

Wichtige Vorgaben zu Textformatierungen und beigefügten Fotos, Zeichnungen sowie Abbildungen erhalten Sie in den „Autorenhinweisen“ auf unserer Verlags-Homepage: „www.universitaetsverlagwebler.de“.

Ausführliche Informationen zu den in diesem Heft aufgeführten Verlagsprodukten erhalten Sie ebenfalls auf der zuvor genannten Verlags-Homepage.

Impressum

Verlag, Redaktion, Abonnementsverwaltung

UVW UniversitätsVerlagWebler

Der Fachverlag für Hochschulthemen

Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude),

33613 Bielefeld

Tel.: 0521 - 92 36 10-12, Fax: 0521 - 92 36 10-22,

E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Satz: UVW, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Geschäftsführende Herausgeber:

H. Knigge-Illner, E-Mail: knigge.illner@gmail.com

F. R. Menne, E-Mail: r.menne@verw.uni-koeln.de

G. Rott, E-Mail: rott@uni-wuppertal.de

K. Scholle, E-Mail: scholle@hochschulberatung.net

Anzeigen:

Die ZBS veröffentlicht Verlagsanzeigen, Ausschreibungen und Stellenanzeigen. Aufträge sind an den Verlag zu richten. Die jeweils gültigen Anzeigenpreise sind auf Anfrage im Verlag erhältlich.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.03.2011

Erscheinungsweise: 4mal jährlich

Grafik:

Variation eines Entwurfes von Ute Weber Grafik Design, München. Gesetzt in der Linotype Syntax Regular.

Abonnement/Bezugspreis:

Jahresabonnement: 59 Euro zzgl. Versandkosten

Einzelpreis: 15 Euro zzgl. Versandkosten

Abo-Bestellungen und die Bestellungen von Einzelheften sind unterschrieben per Post oder Fax bzw. per E-Mail an den Verlag zu richten. Eine Abo-Bestellvorlage finden Sie unter www.universitaetsverlagwebler.de.

Druck:

Sievert Druck & Service GmbH, www.sievert-druck.de

Copyright: UVW UniversitätsVerlagWebler

Die mit Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Auffassung der Herausgeber bzw. Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte/Rezenzionsexemplare wird keine Verpflichtung zur Veröffentlichung/Besprechung übernommen. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird und ausreichendes Rückporto beigefügt ist. Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Zeitschrift für Beratung und Studium

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

Einführung der geschäftsführenden Herausgeber

1

Beratungsentwicklung/-politik

Svenja Schulze

Strukturen gestalten, Zusammenarbeit verstärken:
Studienorientierung verbessern in NRW

2

Walburga Wolters

Studienorientierung als vorrangige Aufgabe
der Hochschulen

4

Dokumentation:
Berufs- und Studienorientierung
RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung
des Landes NRW

7

Eva Reichmann

Kommentar: Zusammenarbeit zwischen Hochschul-
einrichtungen und der Bundesagentur für Arbeit

13

Anregungen für die Praxis/ empirische Studien

Michael Katzensteiner & Franz Oberlehner
Qualitätssicherung in den Psychologischen
Beratungsstellen für Studierende Österreichs

15

Julia Aghotor, Katja Hoffmann, Frank-Hagen Hofmann,
Michael Sperth & Rainer M. Holm-Hadulla

Onlineberatung für Studierende –
Unterschiede zwischen realer und virtueller Beratung

21

Rezension

Gabriele Bensberg & Jürgen Messer:
*Survivalguide Bachelor. Leistungsdruck, Prüfungsangst,
Stress u. Co? Erfolgreich mit Lerntechniken,
Prüfungstipps. So überlebst Du das Studium!*
(Baris Ünal)

26

Nachruf

Nachruf auf Dr. Peter Figge

28

Tagungsberichte

„Umgang mit Unsicherheit“
Bericht über die Herbsttagung der GIBeT
vom 01. bis 04. September 2010 in Hildesheim

30

„Europa voranbringen – auch in der Studierenden-
beratung!“ Bericht über die FEDORA/PSYCHE-Tagung
in Alicante/Spanien vom 17.-19.11.2010

32

Seitenblick auf die Schwesterzeitschriften

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte
Fo, HSW, HM, P-OE und QiW

IV

1 | 2011

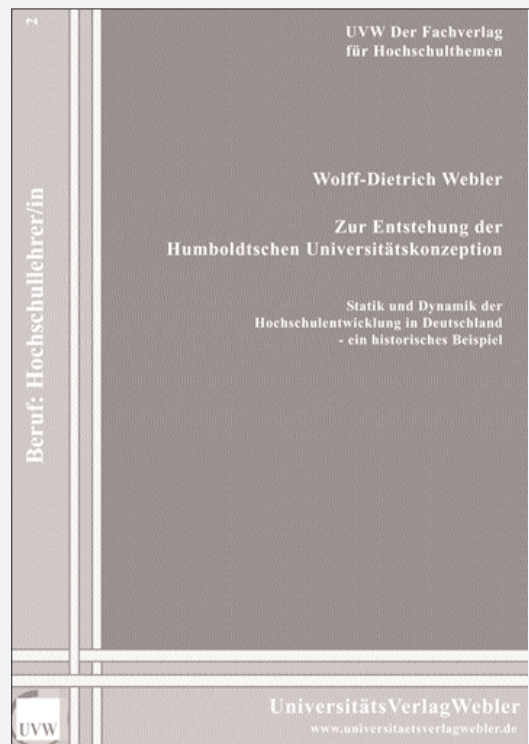
Wolff-Dietrich Webler:

**Zur Entstehung der Humboldtschen Universitätskonzeption
Statik und Dynamik der Hochschulentwicklung in Deutschland- ein historisches Beispiel**

Reihe: Beruf Hochschullehrer/in

Insbesondere für diejenigen, die genauer wissen wollen, was sich hinter der Formel „die Humboldtsche Universität“ verbirgt, bietet sich die Gelegenheit, wesentliche historische Ursprünge der eigenen beruflichen Identität in der Gegenwart kennen zu lernen. Die Grundlagen der modernen deutschen Universität sind in einem Detail nur Spezialisten bekannt. Im Alltagsverständnis der meisten Hochschulmitglieder wird die Humboldtsche Universitätskonzeption von 1809/10 (Schlagworte z.B.: „Einheit von Forschung und Lehre“, „Freiheit von Forschung und Lehre; Staat als Mäzen“, „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“) häufig mit der modernen deutschen Universität gleichgesetzt, ihre Entstehung einer genialen Idee zugeschrieben. Die vorliegende Studie zeigt, unter welchen gesellschaftlichen und universitären Bedingungen sich einige zentrale Merkmale ihrer Konzeption schon lange vor 1800 entwickelt haben, die heute noch prägend sind. Dies wird anhand der akademischen Selbstverwaltung, der Lehrfreiheit und der Forschung vorgeführt. Die über 50 Jahre ältere, seit mindestens Mitte des 18. Jahrhunderts anhaltende Entwicklungsdynamik wird lebendig. Schließlich wird als Perspektive skizziert, was aus den Elementen der Gründungskonzeption der Berliner Universität im Laufe des 19. Jahrhunderts geworden ist. Der Text (1986 das erste Mal erschienen) bietet eine gute Gelegenheit, sich mit den wenig bekannten Wurzeln der später vor allem Wilhelm von Humboldt zugeschriebenen Konzeption und ihren wesentlichen Merkmalen vertraut zu machen.

ISBN 3-937026-56-8, Bielefeld 2008,
30 Seiten, 9.95 Euro



Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Wim Görts

Projektveranstaltungen – und wie man sie richtig macht

Reihe Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

Wim Görts hat hier seinen bisherigen beiden Bänden zu Studienprojekten in diesem Verlag eine weitere Anleitung von Projekten hinzugefügt. Ein variationsreiches Spektrum von Beispielen ermutigt zu deren Durchführung. Das Buch bietet Lehrenden und Studierenden zahlreiche Anregungen in einem höchst befriedigenden Bereich ihrer Tätigkeit. Die Verstärkung des Praxisbezuges der Lehre bzw. der Handlungskompetenz bei Studierenden ist eine häufig erhobene Forderung. Projekte gehören - wenn sie gut gewählt sind - zu den praxisnächsten Studienformen. Mit ihrer ganzheitlichen Anlage kommen sie der großen Mehrheit der Studierenden, den holistischen Lernern, sehr entgegen. Die Realisierung von Projekten fördert Motivation, Lernen und Handlungsfähigkeit der Studierenden erheblich und vermittelt dadurch auch besondere Erfolgserlebnisse für die Lehrenden bei der Realisierung der einer Hochschule angemessenen, anspruchsvollen Lehrziele. Die Frage zum Studienabschluss, in welcher Veranstaltung Studierende am meisten über ihr Fach gelernt haben, wurde in der Vergangenheit häufig mit einem Projekt (z.B. einer Lehrforschung) beantwortet, viel seltener mit einer konventionellen Fachveranstaltung. Insofern sollten Studienprojekte gefördert werden, wo immer es geht. Die Didaktik der Anleitung von Projekten stellt eine „Königsdisziplin“ der Hochschuldidaktik dar. Projekte gehören zum anspruchsvollsten Bereich von Lehre und Studium. Nur eine begrenzte Zeit steht für einen offenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess zur Verfügung. Insofern ist auf die Wahl sowie den Zuschnitt des Themas und die Projektplanung besondere Sorgfalt zu verwenden. Auch soll es der Grundidee nach ein Projekt der Studierenden sein, bei dem die Lehrperson den Studierenden über die Schulter schaut. Die Organisationsfähigkeit und Selbstdisziplin der Studierenden sollen gerade im Projekt weiter entwickelt werden. Der vorliegende Band bietet auch hierzu zahlreiche Anregungen.



ISBN 3-937026-60-6, Bielefeld 2009,
138 Seiten, 19.80 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Liebe Leserinnen und Leser,

im Zeichen der doppelten Abiturjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht hat die Diskussion zum Übergang von der Schule an die Hochschule wieder an Aktualität gewonnen. In mehreren deutschen Ländern wird derzeit auf landespolitischer Ebene diskutiert, welche Maßnahmen erforderlich sind und welche Rolle bzw. Positionierung die Beratung von Studieninteressierten dabei haben soll. Für diese Ausgabe der ZBS haben wir das Beispiel Nordrhein-Westfalen herausgegriffen, denn hier wurden die aktuellen Probleme zum Anlass genommen, das Verhältnis zwischen den Beratungsangeboten der Hochschulen und der Bundesagentur für Arbeit neu zu bestimmen.

Der einleitende Beitrag stammt von *Svenja Schulze*, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, und trägt den Titel **„Strukturen gestalten, Zusammenarbeit verstärken: Studienorientierung verbessern“**. In diesem Beitrag hält die Ministerin eine Rückschau auf die landesweite zentrale Veranstaltung zur Studienorientierung in NRW im Herbst 2010 und fordert eine miteinander verchränkte Tätigkeit der Arbeitsagentur und der Hochschulen. Das Land NRW will dabei zukünftig unterstützend tätig werden und die unterschiedlichen Informationsangebote „neutral“ bündeln.

Seite 2

Walburga Wolters, Leiterin der Studienberatungsselle der Universität zu Köln, beschreibt in ihrem Beitrag **„Studienorientierung als vorrangige Aufgabe der Hochschulen“** den Diskussionsprozess in NRW aus Perspektive der Studienberatungsstellen der Hochschulen. Sie schildert zunächst die aus ihrer Sicht unbefriedigende Situation in den vergangenen Jahren und verweist auf Erfolge, die in jüngster Zeit zu verzeichnen waren. Der neueste Runderlass der nordrhein-westfälischen Landesregierung – Ergebnis des dortigen Diskussionsprozesses zum Thema Studienorientierung – wird im Anschluss an diesen Beitrag ausführlich dokumentiert.

Seite 4

Den Abschluss des Themenschwerpunkts bildet ein Kommentar von *Eva Reichmann*, bis 2010 an der Universität Bielefeld tätig. Unter der Überschrift **„Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und der Bundesagentur für Arbeit“** schlägt die Autorin vor, das Verhältnis zwischen den Hochschulen und der Bundesagentur für Arbeit an den Schnittstellen der Studienfachwahl, des Studienabbruchs und des Übergangs vom Studium in den Beruf noch radikaler neu zu ordnen, die Zuständigkeit der Hochschulen an dieser Stelle auf Kosten der Bundesagentur für Arbeit zu erweitern und damit dem Beispiel anderer europäischer Staaten zu folgen.

Seite 13

Außerhalb des Themenschwerpunkts erwarten Sie folgende Beiträge:

Michael Katzensteiner und Franz Oberlehner, beide Leiter von Psychologischen Beratungsstellen für Studierende in



Klaus Scholle



Helga Knigge-Illner

Österreich – der eine in Linz, der andere in Wien –, berichten über die landesweiten Maßnahmen und Ergebnisse der **„Qualitätssicherung in den Psychologischen Beratungsstellen für Studierende Österreichs“**. Ihr Beitrag setzt ein Thema fort, das in Heft 4/2010 schon als Schwerpunkt behandelt wurde. Das vorgestellte System von definierten Standards und Evaluationskriterien beeindruckt durch seine Differenziertheit wie auch durch den Umfang von erhobenen Daten. Die Rückmeldung von Klienten über die erfahrene Beratung ergibt ein sehr positives Bild. Interessant sind auch die Ergebnisse einer Befragung von „Abbrechern“ und von den Klienten, die an niedergelassene Therapeuten überwiesen wurden.

Seite 15

Das junge Mitarbeiterteam der Psychotherapeutischen Beratungsstelle des Studentenwerks Heidelberg stellt zusammen mit deren Leiter ein neu entwickeltes Angebot der Onlineberatung für Studierende vor: *Julis Aghotor, Katja Hofmann, Frank-Hagen Hoffmann, Michael Speth und Rainer M. Holm-Hadulla* berichten in ihrem Beitrag **„Onlineberatung für Studierende – Unterschiede zwischen realer und virtueller Beratung“** über die erfassten Unterschiede zwischen den Nutzergruppen. Zwar zeigte sich ein tendenzieller Unterschied anhand der erhobenen psychosozialen Beschwerdeliste, jedoch stellen die Autoren fest, dass im Wesentlichen beide Beratungsangebote von Personen mit ähnlichen Schwierigkeiten genutzt werden. Sie sehen den Wert der Onlineberatung darin, einen ergänzenden Zugang zu Beratung und für einige auch eine ausreichende Form der Beratung zu liefern.

Seite 21

Darüber hinaus findet sich in dieser Ausgabe der ZBS eine Rezension von *Baris Ünal*. Er nimmt sich den **„Survivalguide Bachelor“** von Bensberg und Messer vor, der den Studierenden mit Lerntechniken und Prüfungstipps helfen will, „das Studium zu überleben“. Zwei Tagungsberichte bilden den Abschluss dieses Heftes.

Seite 26

In dieser ZBS-Ausgabe können Sie auch einen Nachruf von Gerhart Rott auf den kürzlich verstorbenen Kollegen Peter Figge lesen. Er hält das Gedenken an einen Kollegen wach, der sich um die Entwicklung der psychologischen Studienberatung und die europäische Kooperation im Rahmen von FEDORA/PSCHE verdient gemacht hat. Sein vorzeitiger Tod erfüllt viele Kollegen und Freunde mit tiefer Trauer.

Seite 28

Klaus Scholle & Helga Knigge-Illner

Svenja Schulze (Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen)



Strukturen gestalten, Zusammenarbeit verstärken: Studienorientierung verbessern in NRW

In Nordrhein-Westfalen haben die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die Hochschulen - vertreten durch die Landesrektorenkonferenzen und das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung Nordrhein-Westfalen - vereinbart, künftig bei der Studienorientierung verstärkt zusammenzuarbeiten. Am 8. Oktober 2010 wurde die „Rahmenvereinbarung Studienorientierung“ von Frau Schönefeld (Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit), Frau Prof. Dr. Rennen-Allhoff (Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen), Frau Prof. Dr. Gather (Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in Nordrhein-Westfalen) und mir unterzeichnet.

Profitieren sollen davon die jungen Menschen, für die ein Studium in den kommenden Jahren eine Option ist, also Schülerinnen und Schüler auch der doppelten Abiturjahrgänge, aber ebenso Auszubildende und Berufstätige. Für sie wird in der engeren Kooperation zwischen den Hochschulen - genauer den Studienberatungsstellen - und den Arbeitsagenturen ein kompetentes und flächendeckendes Beratungsnetzwerk geschaffen. Der Vorteil für die Studieninteressierten liegt darin, dass die unterschiedlichen Zugänge, die Arbeitsagenturen und Hochschulen zur Studienorientierung schaffen können, miteinander verschränkt werden: Die Arbeitsagenturen sind flächendeckend in Nordrhein-Westfalen erreichbar und beraten zum gesamten Spektrum der nachschulischen Ausbildungsmöglichkeiten. Die Hochschulen mit ihren Studienberatungsstellen und den Fachstudienberatungen geben umfassend zu Fragen des Studiums Auskunft.

Dem Wissenschaftsministerium ist daran gelegen, allen Studienberechtigten den Weg zur Hochschule zu ebnen. Kein Talent darf verloren gehen. Für ein optimales Studienorientierungsangebot in Nordrhein-Westfalen halten wir deshalb den direkten Austausch, die Vernetzung der Beratungsanbieter für nötig. Einen fachlichen Dialog des Ministeriums auf der Arbeitsebene mit den staatlichen und staatlich refinanzierten Hochschulen einerseits und der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit andererseits zum Thema Studienorientierung gibt es bereits seit längerem.

Auch ganz konkret unterstützt das Ministerium die Studienorientierung im Land. Mit der Internetseite www.studieren-in-nrw.de wird eine neutrale Informationsquelle rund ums Studium in NRW angeboten. In der Rahmenver-

einbarung wurde festgehalten, dass hier auch auf die Seiten der Bundesagentur für Arbeit verwiesen wird. Auch die verschiedenen Online-Self-Assessments der Hochschulen werden hier gebündelt dargestellt. Für die Nutzerin bzw. den Nutzer bietet dieses Angebot des Ministeriums eine leicht überschaubare und neutrale Plattform zur Studieninformation.

Die landesweite Zusammenarbeit soll sich zukünftig auch auf lokaler Ebene widerspiegeln. Von Seiten der Regionaldirektion wurden die Arbeitsagenturen bereits darauf angesprochen, auf die Hochschulen zur Vereinbarung von Kooperationen zuzugehen. Mein Haus begleitet diese regionalen Übereinkünfte im Rahmen der anstehenden Ziel-Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen. Außerdem wird ab jetzt jährlich mindestens ein Fachkongress zur fachlichen Weiterqualifizierung und zum Austausch der beiden Beratungsinstitutionen stattfinden.

Dem oben genannten Austausch trug die Konzeption des ersten derartigen Kongresses Rechnung: Er fand am 8. Oktober 2010 unter dem Titel „Studienorientierung – Studienberatung – Studienerfolg“ an der Universität zu Köln statt. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Kritisches leichter wahrnehmbar ist, startete der Kongress mit einem kontrovers zu diskutierenden Referat von Prof. Dr. Martin Leitner, Geschäftsführer der HIS GmbH.

Er setzte sich mit der Frage auseinander, wie die Hochschulen in etwa 10 Jahren aussehen werden: Leitner geht davon aus, dass das Internet unser Leben zunehmend beeinflussen wird. Das E-Learning, das asynchrone Lernen von einem beliebigen Ort aus, wird sich seiner Meinung nach noch deutlich verstärken. In der Konsequenz muss sich die Hochschuldidaktik daran anpassen. Wie groß die Studierendenzahl in den kommenden Jahren sein wird, ist nach Leitner nicht vorhersagbar. Die demografische Entwicklung stellt dann nur einen Faktor für die Anzahl der Immatrikulierten dar. Studierneigung, Rekrutierung von „non-traditional students“ und „Lebenslanges Lernen“ werden die Studienachfrage ebenso bestimmen. Sicher ist er, dass die Hochschule der Zukunft eine amorphe sein wird - eine weitreichend diversifizierte „Fachhochschul-Universität“. Das von Leitner skizzierte Szenario stellt eine mögliche Ausprägung der Hochschule dar, wie sie heutige Schülerinnen und Schüler vorfinden werden. Die Beratungspraxis wird sich – egal wie sich die Hochschullandschaft schließlich entwickelt – auf die veränderten Umstände einstellen müssen. Deshalb halte ich es für wichtig, mögliche Ausprägungen frühzeitig zu antizipieren.

Ein weiteres Thema sieht Leitner im Umgang mit Informationen, womit er einen methodischen Hinweis zur Beratung gibt. Von Bedeutung sind dabei sowohl die Informationsgenerierung und -verarbeitung innerhalb der Hochschule als auch die Informationsflut, der sich Studieninteressierte gegenübersehen. Informationen müssen und können elektronisch gebündelt werden. Hochschulangestellte bekommen sie aufbereitet und leiten daraus ihre Handlungen und Maßnahmen ab, zum Beispiel indem sie Ratsuchenden Orientierung geben. Ob Leitner mit seinen Thesen richtig liegt, wurde von den Kongressteilnehmenden unterschiedlich bewertet. Auf jeden Fall hat er mit seinen Thesen für eine angeregte Diskussion gesorgt.

Dieser Meinungs-austausch wurde fachlich fokussierter in den Workshops fortgesetzt. Das Kongresskonzept sah vor, dass ein Thema durch zwei Referenten repräsentiert wird, um zwei unterschiedliche Zugänge zu schaffen. Auch diese Ergebnisse sind für mein Haus bedeutsam. Auch in den Workshops wurde über „Internet und social media“ gesprochen, denn die elektronischen Medien wirken bei der Studienwahl in zweifacher Hinsicht. Sie sind sowohl Informationsinstrument als auch Informationsflut, mit der die Studienwähler/-innen umgehen müssen. Obendrein erhöht sich das Informationsaufkommen nicht nur über den internetbasierten Zugang, sondern es kommen durch die Diversifizierung des Studiengangangebots de facto neue Informationsinhalte hinzu.

Dem muss sich das Beratungssystem stellen. Zum einen, indem das Internetangebot entsprechend ausgebaut wird. Zum anderen bedarf es begleitend dazu der Vermittlung und Reflexion im persönlichen Beratungsgespräch. Das „Brückenbauen“ durch professionelle Beraterinnen und Berater brauchen insbesondere diejenigen, die keine akademisch gebildeten Eltern haben. Mit der Vertreterin von www.arbeiterkind.de und dem Vertreter der Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien tauschten sich die Beraterinnen und Berater darüber aus, was zur Studienermunterung von „non-traditional students“ benötigt wird. Beide Referenten hoben als wesentlich die Haltung der Institution/des Beratungspersonals gegenüber den ratsuchenden jungen Menschen hervor. Es bedarf folglich der Sensibilisierung für die Belange von Menschen ohne akademischen Hintergrund.

Die in einem weiteren Workshop vorgestellten Beratungskonzepte legen Wert auf eine Offenheit des Beratungsprozesses, die auch vorläufige Unentschlossenheit zulässt und respektiert. Mit dieser Perspektive lässt sich der oben ange-

sprochenen Informationsflut begegnen - in Gelassenheit wird darauf vertraut, dass sich Entscheidungskriterien individuell im Wahlprozess herauskristallisieren werden. Dieser eher konstruktivistisch geprägte Ansatz steht jedoch im systematischen Gegensatz zu Passungskonzepten, bei denen Studienwählende und Studienfächer in einem matching-Verfahren zusammengebracht werden. Wegen der leichteren Operationalisierung findet das matching bei den meisten Online-Tests Anwendung. Auch dieser Sachverhalt weist darauf hin, dass die im Internet angebotenen Informationsquellen durch die Möglichkeit zur persönlichen Beratung flankiert werden müssen.

Der Fachkongress widmete sich auch der Frage nach Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik als Studienfächer für junge Frauen. Ebenso wurde über die Schwierigkeit gesprochen, dass MINT-Fächer für Beraterinnen und Berater, die überwiegend einen sozial- oder geisteswissenschaftlichen Hintergrund mitbringen, fremdes Terrain sind. Eltern als Zielgruppe der Beratung, als Begleiter des Beratungsprozesses und als Berater sind ein Thema für die Studienberatung beider Institutionen. In den allgemeinen Rückmeldungen zum Tagungsverlauf wurde verschiedentlich der Wunsch geäußert, auch Lehrkräfte mit einzubinden. Die Verbindung zur Schule ist selbstverständlich für die Verbesserung des Übergangs von der Schule zur Hochschule.

Die absolute Stärke dieser begonnenen Serie von Fachkongressen für die Beratungsfachleute der beiden Institutionen Hochschule und Arbeitsagentur liegt meiner Ansicht nach darin, erst einmal die professionelle Studienberatung durch den fachlichen Austausch und den weiterbildenden Beitrag voranzubringen.

Natürlich werden wir uns mit den Beteiligten auch in Zukunft darüber austauschen, wie wir eine bestmögliche Beratung und Orientierung gewährleisten können. Die nächste Fachtagung für Studienberatung an Hochschulen und in Arbeitsagenturen in Nordrhein-Westfalen ist bereits für Herbst 2011 in Planung - Studieninteressenten dürfen zukünftig in NRW auf eine noch konsistentere Beratung von Hochschulen und Arbeitsagenturen bauen.

■ **Svenja Schulze**, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, E-Mail: svenja.schulze@landtag.nrw.de

im Verlagsprogramm erhältlich:

Peer Pasternack: Politik als Besuch

ISBN 3-937026-40-1, Bielefeld 2005, 253 Seiten, 29.70 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Walburga Wolters



Walburga Wolters

Studienorientierung als vorrangige Aufgabe der Hochschulen

Der Übergang Schule – Hochschule ist ein dynamisches, vielfältigen Einflüssen und Veränderungen ausgesetztes Handlungsfeld. Die großen Reformprozesse in Schulen wie Hochschulen (Oberstufenreform, Bologna-Prozess, Hochschulzulassung) verändern nachdrücklich unsere Bildungslandschaft. Obwohl diese Reformen maßgeblich dazu beitragen, dass der Beratungsbedarf steigt, liegt im Folgenden der Fokus auf einem anderen Aspekt. Aus der Perspektive einer Zentralen Studienberatung werden Entwicklungen skizziert, die sich seit 2006 in diesem Handlungsfeld in Nordrhein-Westfalen vollzogen haben.

Auslöser für eine landesweite Diskussion zu Problemen des Übergangs von der Schule zur Hochschule war die HIS-Studie aus dem Jahre 2006 zum „Informationsverhalten und zur Entscheidungsfindung bei der Studien- und Berufswahl von Studienberechtigten ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulreife“ (Heine/Willich 2006). Bei der bundesweiten repräsentativen Befragung gaben 35% der befragten Studienberechtigten an, unzureichend auf das Studium vorbereitet zu sein. Sogar der NRW-Landtag beschäftigte sich mit dieser Frage. Schulministerium und Wissenschaftsministerium erarbeiteten eine gemeinsame Kabinettsvorlage zur „Verbesserung des Übergangs von der Schule zur Hochschule“, die am 23.05.2006 beschlossen wurde. Darin wurden die wesentlichen Handlungsfelder für Veränderungen im Übergang angesprochen, die Studienvorbereitung in der Schule, die Zusammenarbeit von Schule und Hochschule sowie die Studieneingangsphase an der Hochschule. Die Schülerinnen und Schüler sollten den Übergang nicht als Zäsur, sondern als Prozess erleben. Es folgten weitere Empfehlungen und Rahmenkonzepte; das für die Gestaltung der Studien- und Berufsorientierung in der Schule entscheidende Dokument, der Runderlass „Berufsorientierung in der Sekundarstufe I, in der gymnasialen Oberstufe, im Berufskolleg und im Weiterbildungskolleg“ des Schulministeriums vom 06.11.2007, legte die für die Umsetzung relevanten Strukturen und Maßnahmen zur Professionalisierung dieses Aufgabenfeldes in der Schule fest, insbesondere

- die Übernahme der Koordinierung von innerschulischen Maßnahmen zur Studien- und Berufsorientierung sowie der Zusammenarbeit mit externen Partnern durch eine Lehrkraft (sog. StuBO-Koordinator/in),
- die Qualifizierung dieser Lehrkräfte durch Fortbildung,

- Art und Umfang der Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern, insbesondere der Agentur für Arbeit als festem Kooperationspartner sowie weiteren Partnern, darunter auch den Hochschulen.

Die im Vergleich zu anderen Akteuren knappen Ausführungen zur Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen lösten bei den Hochschulen, insbesondere den Zentralen Studienberatungen, Befremden aus. Schienen doch die Hochschulen als nachfolgende Bildungsinstitution nur nachrangige Bedeutung für die Studienorientierung der Schülerinnen und Schüler zu haben, obwohl sie den gesetzlichen Auftrag zur Beratung in allen Fragen des Studiums haben, auch für die Studienvorbereitende Beratung: „Die Hochschule berät ihre Studierenden sowie Studieninteressentinnen und Studieninteressenten, Studienbewerberinnen und Studienbewerber in allen Fragen des Studiums“ (§ 58 Abs.5 Hochschulgesetz NRW).

Der Erlass von 2007 und auch die erste Phase seiner Umsetzung waren sehr stark durch die bis dahin im Bereich der Sekundarstufe I gewonnenen Erfahrungen in der Berufsorientierung geprägt. Die Hochschulen wurden mit ihren umfangreichen Programmen zur Studienvorbereitung kaum wahrgenommen, obwohl die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler der Oberstufe ein Studium anstrebt. Die Vereinbarungen mit der Arbeitsverwaltung und Wirtschaft hinterließen den Eindruck, dass Studien- und Berufsorientierung weitgehend ohne die Hochschulen stattfinden könnten. Die örtlichen Agenturen für Arbeit schlossen Kooperationsverträge mit allen weiterführenden Schulen ab und „Partner für Schule“, die Stiftung der Wirtschaft, übernahm auf Landesebene Koordinierungsaufgaben für die vertiefte Berufsorientierung in den Schulen und die StuBO-Fortbildung. Diese beiden Partner waren somit eindeutig in ihrem Verhältnis zu den Schulen positioniert. Eine Verortung der Hochschulen in diesem Handlungsfeld mit einer konsequenten Einbindung ihrer Orientierungs- und Beratungsangebote war zunächst weder auf Landesebene noch örtlich erkennbar.

Diese Situation war für die Hochschulen in NRW sehr unbefriedigend, insbesondere deshalb, weil eine Stärkung der Studien- und Berufsorientierung in der Sekundarstufe II allseits für notwendig erachtet wurde. Der primäre, mit der Vermittlung der Hochschulreife verbundene Bildungsauf-

trag der Schulen ist angesichts der Komplexität heutiger Bildungsentscheidungen durch curriculare und außercurriculare Angebote zur Studien- und Berufswahlorientierung zu ergänzen. Ziel ist, sowohl den Informationsstand der Schüler über nachschulische Bildungsmöglichkeiten als auch ihre Entscheidungsfähigkeit zu erhöhen. Bei der Entwicklung tragfähiger Konzepte und deren Umsetzung sind die Schulen auf die Mitwirkung außerschulischer Partner angewiesen. Die wichtigsten Partner für berufsbezogene Fragen sind die Agenturen für Arbeit und die Wirtschaft, in Studienfragen müssen dies die Hochschulen sein. Ohne den engen Zusammenhang von Studien- und Berufsberatung zu verkennen, lassen sich die beiden Beratungsangebote durchaus in ihren Beratungsansätzen unterscheiden, und zwar in dem Sinne, dass für Berufsberatung die stärkere Ausrichtung an beruflichen Zielen charakteristisch ist, für Studienberatung hingegen stärker Fachinteressen und individuelle Fähigkeiten im Vordergrund stehen.

Eine verbesserte Studienorientierung kann es nur geben, wenn die Schulen mit den Hochschulen als der nachfolgenden Bildungsinstitution eng zusammenarbeiten. Studienorientierung ist eine originäre Aufgabe der Hochschulen, insbesondere der Zentralen Studienberatungen, die gerade in den letzten Jahren zu einem breiten Angebotsspektrum – vom Schülerstudium über Informationstage und -wochen, ganztätig stattfindende Vortrags- und Gruppenveranstaltungen bis hin zu individueller Studienberatung und Internetportalen für Schüler – ausgebaut wurden.

Trotz vielfacher Inanspruchnahme von Hochschulangeboten gibt es aber vielerorts zu wenige institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit mit Schulen einschließlich der Austauschmöglichkeiten mit den Koordinatorinnen und Koordinatoren für Studien- und Berufsorientierung. Die Abstimmung zwischen Schule und Hochschule sowie der Berufsberatung ist aber eine wesentliche Voraussetzung für die Qualität der Orientierungs-, Informations- und Entscheidungsprozesse der studieninteressierten Schülerinnen und Schüler.

Die Hochschulen waren bereit, ihrer Verantwortung für den Übergang Schule – Hochschule nachzukommen. Dies teilten die Landesrektorenkonferenzen der Universitäten und Fachhochschulen dem Wissenschafts- und dem Schulministerium in entsprechenden Schreiben im Jahre 2008 mit. Um die Zusammenarbeit mit den Schulen auf eine bessere Basis zu stellen, bedurfte es einer stärkeren Einbindung der Hochschulen auf Landesebene und einer Änderung des Schulerlasses von 2007, um die Studienorientierung als vorrangige Aufgabe der Hochschulen deutlicher zu akzentuieren. Das Schulministerium signalisierte seine Bereitschaft, den Erlass zu modifizieren. Für die Überarbeitung der für die Studienorientierung maßgeblichen Teile des Erlasses haben die Zentralen Studienberatungen daraufhin Vorschläge in enger Absprache mit den Rektoraten erarbeitet. Sie flossen ein in die landesweite Abstimmung der Prorektoren für Lehre und Studium sowie der Landesrektorenkonferenzen. 2009 wurden die Änderungswünsche von den beiden Landesrektorenkonferenzen gemeinsam dem Schulministerium übermittelt. Sie waren Grundlage für die dann folgende Gesprächsrunde mit dem Schulministerium, dem Wissenschaftsministerium, der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und den von den Landesrektoren-

konferenzen benannten vier Vertretern der Hochschulen, zwei Prorektoren und zwei Studienberaterinnen. Dieser Prozess wurde im Oktober 2010 durch die Neufassung des Erlasses zur Berufs- und Studienorientierung abgeschlossen, die am 21. Oktober 2010 in Kraft trat (Dokumentation des Runderlasses in diesem Heft).

Ohne das Engagement der Rektorate vor Ort und auf Landesebene sowie die Moderation des für den Übergang Schule – Hochschule zuständigen Referats des Wissenschaftsministeriums und die Kooperationsbereitschaft der anderen Beteiligten wäre dieses Ergebnis nicht zustande gekommen. Parallel zu diesem Prozess wurde auf Landesebene über eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF NRW), den Landesrektorenkonferenzen der Universitäten und Fachhochschulen sowie der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit (RD NRW) verhandelt. Auch hier waren die Zentralen Studienberatungen einbezogen. Das Forum dafür war der „Arbeitskreis Studienorientierung“, der vom MIWF initiiert wurde und dem Vertreter der Zentralen Studienberatungen sowie jeweils ein Vertreter der Prorektoren für Lehre und Studium der Universitäten und Fachhochschulen in NRW angehören. Diese Vereinbarung, die sich vor allem auf die Kooperation von MIWF und RD NRW auf Landesebene sowie die der Hochschulen und Arbeitsagenturen auf regionaler Ebene bezieht, wurde am 8. Oktober 2010 in Köln auf dem ersten Fachkongress für Berater der Hochschulen und Agenturen für Arbeit unterzeichnet.¹

Für die Zentralen Studienberatungen sind diese Dokumente wichtige Schritte in die richtige Richtung, stellen sie doch die Zusammenarbeit mit den Schulen wie den Agenturen für Arbeit auf eine neue Basis. Für die Schulen sind die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Hochschulen und die Inanspruchnahme ihrer Orientierungs- und Beratungsangebote deutlich konkretisiert worden. Zugleich wird auch der Sicherung eines flächendeckenden und alle Optionen nach der Schule umfassenden Angebots durch die Agenturen für Arbeit Rechnung getragen. Weitaus besser als bisher können die Schulen zukünftig ihren Schülern ein differenziertes Angebot unterbreiten, das alle Optionen nach der Schule einbezieht und die Orientierungsbedürfnisse aller Schüler berücksichtigt. Nicht an einem Studium interessierte Schüler müssen dann nicht an einer Informationsveranstaltung zum Studium teilnehmen, wenn z.B. parallel eine Veranstaltung zu beruflichen Ausbildungen angeboten wird und umgekehrt. Dazu bedarf es allerdings noch weiterer Schritte, um die Aktivitäten aller Beteiligten aufeinander abzustimmen und entsprechend den jeweiligen Schwerpunkten und Verantwortlichkeiten in kooperativer Weise wahrzunehmen.

Eine solche Umsetzung in Angriff genommen hat die Kölner Arbeitsgruppe Schule – Hochschule/Beruf für die Sekundarstufe II, die Ende 2006 vom Beirat Schule – Beruf ins Leben gerufen wurde. In ihr sind das Übergangsmanagement des städtischen Schulamts, die Agentur für Arbeit, die Zentralen Studienberatungen der Universität und Fachhochschu-

¹ Als Download zu finden auf http://www.innovation.nrw.de/studieren_in_nrw/studienstarter/studienberatungsstellen/bessere_Studienberatung/index.php (14.02.2011).

le, Schulen aller Schulformen der Sekundarstufe II sowie die IHK und HWK vertreten. Wichtige Aufgabenfelder der AG sind der Informations- und Erfahrungsaustausch, die Abstimmung von Maßnahmen und die Entwicklung gemeinsamer Projekte. So hat sie Standards für die Studien- und Berufsorientierung entwickelt, StuBO-Fortbildungen übernommen, führt Fachtagungen sowie Jahrestreffen für StuBO-Lehrer durch und informiert Schulen und Lehrer per Newsletter über Angebote zur Studien- und Berufsorientierung. Aktuell ist sie eingebunden in die regionale Aufarbeitung der verschiedenen Problemfelder und Lösungsansätze in Zusammenhang mit dem Doppelabitur.

Literaturverzeichnis

Heine, C./Willich, J. (2006): Informationsverhalten und Entscheidungsfindung bei der Studien- und Ausbildungswahl. Studienberechtigte 2005 ein halbes Jahr vor dem Erwerb der Hochschulreife. HIS: Forum Hochschule 3/2006.

■ **Walburga Wolters**, Leiterin der Studienberatung,
Universität zu Köln,
E-Mail: W.Wolters@verw.uni-koeln.de

**Wolff-Dietrich Webler (Hg.):
Universitäten am Scheideweg ?! - Chancen und Gefahren des gegenwärtigen historischen
Wandels in Verfassung, Selbstverständnis und Aufgabenwahrnehmung
Ergebnisse des Hochschulforums Sylt 2008**

**Ist der Weg von der Idee der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden zu Universitäten in differenzierten Leistungsklassen als Produktionsunternehmen für wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse und hoch qualifizierte Arbeitskräfte unumkehrbar?
Gibt es einen dritten Weg?**

Die Entwicklung hat sich schon Jahrzehnte abgezeichnet – jetzt ist der Wandel in vollem Gange (und vermutlich unumkehrbar). Die Universitätsleitungen in Deutschland sehen sich – von ihnen gewollt oder nicht – einer Entwicklung gegenüber, die „ihre“ Universität täglich verändert und die – provokant zugespitzt – in die Formel gefasst werden kann:

Von der Idee der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in grundsätzlich gleichen (gleichrangigen) Universitäten zu einem Produktionsunternehmen in differenzierten Leistungsklassen, das Wirtschaftlichkeitsregeln durchgängig folgt und das vordringlich wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse und Arbeitskräfte erzeugt.

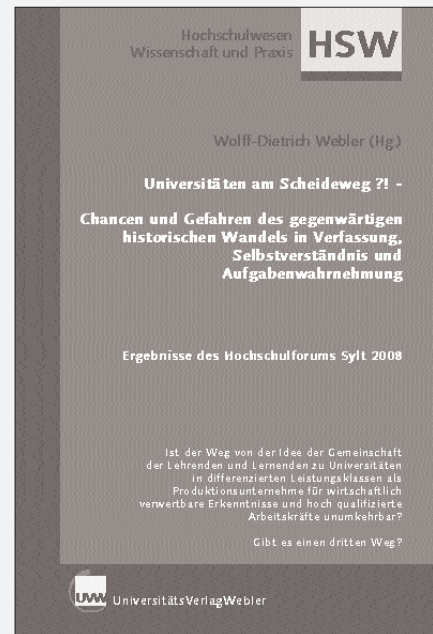
Diese Situation, die die deutsche Universität so nachhaltig verändern wird wie kaum etwas anderes vorher, stand im Zentrum des Hochschulforums Sylt 2008. Dort wurde gefragt:

Gibt es einen dritten Weg?

Die zentrale These lautet: Wenn nicht korrigierend eingegriffen wird, dann wird die Universität als kollegiale Veranstaltung verlassen – mit weitreichenden Folgen für Zusammenhalt, Produktivität, Verantwortungsstrukturen, für Art, Niveau und Profil von Forschung, Lehre und Studium bzw. Art, Niveau und Profil der Absolvent/innen. Bisherige kollegial integrative Meinungsbildungs-, Entscheidungs-, personelle Ergänzungs-(Berufungs-)verfahren werden von betriebsförmigen Strukturen abgelöst. Dieses Neue enthält Chancen und Gefahren – in welchem Umfang und mit welchem Ergebnis ist offen. Das Ergebnis aber ist für die deutsche Gesellschaft und weit darüber hinaus von allergrößter Bedeutung. Hier setzt das in diesem Band vorgelegte Konzept des Hochschulforums 2008 an.

Hochschulforscher, Universitätsrektoren/-präsidenten und Mitglieder aus Wissenschaftsministerien haben sich für acht Tage in Klausur begeben, mit dem Ziel die weiteren Konsequenzen der Maßnahmen zu vergegenwärtigen und sich zu vergewissern, ob und wie diese Folgen gewollt werden.

Das Ergebnis – bestehend aus Analysen und Handlungsempfehlungen – wird hiermit vorgelegt.



ISBN 3-937026-64-9, Bielefeld 2009,
296 Seiten, 39,80 Euro

Mit Beiträgen von:

Philip G. Altbach, Tino Bargel,
Hans-Dieter Daniel, Christiane Gaehtgens,
Ludwig Huber, Wilhelm Krull,
Stephan Laske, David Lederbauer,
Bernadette Loacker,
Claudia Meister-Scheytt,
Klaus Palandt, Ulrich Peter Ritter,
Thomas Rothenfluh, Christoph Scherrer,
Jürgen Schlegel, Boris Schmidt,
Dieter Timmermann, Carsten von Wissel,
Wolff-Dietrich Webler, Gülsan Yalcin,
Frank Ziegele.

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Dokumentation: Berufs- und Studienorientierung
RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW
v. 21. 10. 2010 – 411-6.08.03.06-92511 BASS 12 – 21 Nr. 1

1. Ziele, Aufgaben, Organisation

Im Rahmen der Berufs- bzw. Studienorientierung sollen junge Menschen befähigt werden, eigene Entscheidungen im Hinblick auf den Übergang ins Studium oder Erwerbsleben vorzubereiten und selbstverantwortlich zu treffen. Angebote und Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung sind auch darauf ausgerichtet, geschlechtsbezogene Benachteiligungen zu vermeiden bzw. zu beseitigen. Dazu sollen Kenntnisse über die Wirtschafts- und Arbeitswelt und ggf. den Hochschulbereich vermittelt, Berufs- und Entwicklungschancen aufgezeigt und Hilfen für den Übergang in eine Ausbildung, in weitere schulische Bildungsgänge oder in ein Studium gegeben werden. Hierzu gehört auch, Praxiserfahrungen in frauen- und männeruntypischen Berufen zu ermöglichen sowie Kenntnisse darüber zu vermitteln. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund oder Behinderung werden in Bezug auf die Studien- und Berufsorientierung soweit erforderlich gezielt gefördert.

Im Sinne individueller Förderung sollen Schülerinnen und Schüler den Übergang von der Schule in den Beruf oder das Studium verstärkt als Anschluss und nicht als Abschluss erleben. Die Berufs- bzw. Studienorientierung ist eine gemeinsame Aufgabe von Schule und Berufsberatung der Agenturen für Arbeit, die in der gemeinsamen Rahmenvereinbarung vom 17.9.2007 dokumentiert wird (siehe www.schulministerium.nrw.de). In Fragen der Studienorientierung sind die Studienberatungen der Hochschulen vorrangig einzubeziehen. Berufs- bzw. Studienorientierung wird in enger Abstimmung mit allen Partnern, neben den genannten insbesondere auch der örtlichen Wirtschaft und ihren Organisationen, den Trägern der Jugendhilfe, den Arbeitnehmerorganisationen und weiteren Partnern durchgeführt (§ 5 SchulG – BASS 1 – 1).

Die innerschulische Koordination aller Maßnahmen zur Berufs- bzw. Studienorientierung wird von der Schulleiterin oder dem Schulleiter verantwortet. Sie oder er benennt eine Koordinatorin oder einen Koordinator für Berufs- und Studienorientierung (im Folgenden als StuBO-Koordinator/in bezeichnet) als Ansprechperson für dieses Themenfeld nach innen und außen sowie als Initiatorin oder Initiator für die Berufs- und Studienwahlprozesse der Schule. Im Benehmen mit der Lehrerkonferenz kann diese Aufgabe von der Schulleiterin oder dem Schulleiter einer Lehrkraft oder einem Team übertragen werden (§ 18 Abs. 2 ADO – BASS 21 – 02 Nr. 4).

Die StuBO-Koordinatorinnen oder -Koordinatoren wirken dabei mit, die Berufs- bzw. Studienorientierung in der Schule dauerhaft zu verankern (Schulprogrammentwicklung, Gender-Mainstream-Konzept, Organisationsentwicklung, Qualitätssicherung). Ihnen obliegt insbesondere die

- Aufstellung der Jahresarbeitsplanung in Kooperation mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit und Prozessbegleitung bei der Umsetzung,
- Koordination von Schülerbetriebspraktika,
- Kooperationen mit außerschulischen Partnern (§ 5 SchulG),
- Organisation von Informationsveranstaltungen.

Die StuBO-Koordinatorinnen und -Koordinatoren erhalten entsprechende Qualifizierungsangebote.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter genehmigt die im Zusammenhang mit der Berufs- bzw. Studienorientierung erforderlichen Dienstreisen und Dienstgänge von Lehrkräften der Schule im Auftrag der Schulaufsichtsbehörde. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob die Finanzierung gesichert ist. Für die Schulleiterin oder den Schulleiter selbst erteilt die Schulaufsichtsbehörde die Dienststreisegenehmigung.

Zur Berufs- und Studienorientierung sollen die Schülerinnen und Schüler vor allem auf

- die Informationsangebote des Landes wie www.schulministerium.nrw.de, www.chancen-nrw.de, www.partner-fuer-schule.nrw.de und www.studieren-in-nrw.de,
- die Angebote der Bundesagentur für Arbeit wie www.berufenet.arbeitsagentur.de, www.planet-beruf.de, www.machs-richtig.de, www.abi.de und die Informationsschriften „Beruf aktuell“ und „Studien- und Berufswahl“,
- das Angebot der Hochschulrektorenkonferenz www.hochschulkompass.de, www.hochschule-ist-zukunft.de und die Homepages und studienbezogenen Publikationen der Hochschulen sowie
- weitere Angebote wie www.girls-day.de und www.neuwege-fuer-jungs.de aufmerksam gemacht werden.

2. Regionale Koordination

2.1 Regionale Bildungsnetzwerke

Um die Unterstützungs- und Beratungssysteme vor Ort effizient und nachhaltig zum Wohl der Kinder und Jugendlichen nutzen zu können, werden regionale Bildungsnetzwerke auf- und ausgebaut. Die Regionalen Bildungsnetzwerke werden als institutionell übergreifende Organisationsformen von Schulträgern, Schulen, Schulaufsicht und weiteren Institutionen wie zum Beispiel den Agenturen für Arbeit verstanden, die sich mit schulischer und beruflicher Bildung befassen bzw. einen Bildungsauftrag haben.

2.2 Beirat Schule und Beruf

Zur schulübergreifenden örtlichen Abstimmung und Unterstützung aller am Prozess der Berufsorientierung Beteiligten ist auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Kreise jeweils ein Beirat Schule und Beruf eingerichtet. Sofern vor Ort ähnliche Gremien, z.B. ein regionales Bildungsnetzwerk, eingerichtet sind, sollen diese sich gegenseitig informieren und zusammenarbeiten. Der Beirat berät die Entwicklung auf dem regionalen Ausbildungsmarkt und aktuelle Probleme des Übergangs von der Schule in den Beruf und koordiniert die Nutzung von Praktikumsplätzen und Terminen für Schüler- und Lehrbetriebspraktika.

Zu dieser schulübergreifenden regionalen Abstimmung und Vernetzung arbeiten Agentur für Arbeit und Schule im Beirat Schule und Beruf aktiv, verantwortlich und eng zusammen. Der Vorsitz im Beirat Schule und Beruf wird gemeinsam von einer Schulaufsichtsbeamtin oder einem Schulaufsichtsbeamten des Schulamtes und einer Mitarbeiterin oder

einem Mitarbeiter der Agentur für Arbeit wahrgenommen. Weiterhin gehören dem Beirat je eine Lehrerin oder ein Lehrer jeder Schulform der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II einschließlich der Berufskollegs sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der beteiligten Schulträger, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammern und anderer zuständiger Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz, der Jugendhilfe, der Arbeitskreise Schule - Wirtschaft, des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Arbeitgeberverbände an. Bei studienrelevanten Themen sind Vertreterinnen oder Vertreter der Studienberatungsstellen der regionalen Hochschulen hinzuzuziehen. Der Beirat kann weitere Mitglieder berufen. Eine paritätische Besetzung mit Frauen und Männern ist anzustreben. Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung, die auch die Federführung für die laufenden Geschäfte festlegt. Der Beirat tagt mindestens zweimal im Jahr. Er informiert seine Mitgliedsorganisationen, die Schulen und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise über seine Beratungsergebnisse.

3. Zusammenarbeit von Schulen, Berufsberatung und Hochschulen

3.1 Grundsätze

Schulen, Berufsberatung der Agenturen für Arbeit und Hochschulen kooperieren im Prozess der Berufs- und Studienorientierung mit dem Ziel, allen Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Übergang in eine Ausbildung oder ein Studium zu ermöglichen. Schulen, Berufsberatung und Hochschulen haben die gemeinsame Verpflichtung zur Berufs- und Studienorientierung. Dementsprechend werden die Angebote flächendeckend an allen allgemein bildenden Schulformen der Sekundarstufen I und II und den Berufskollegs realisiert. Für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen der allgemein bildenden Schulen wird Berufsorientierung von der Klasse 5 an thematisiert. Jede Schule mit gymnasialer Oberstufe entwickelt in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung und ortsnahen Hochschulen ein Konzept zur Berufs- und Studienorientierung. Dabei berücksichtigt sie den in der Sekundarstufe I begonnenen Prozess. Die Angebote in der Sekundarstufe I und in der gymnasialen Oberstufe sollten zeitlich gestaffelt sein. Veranstaltungen der Berufs- und Studienorientierung sind Schulveranstaltungen.

3.2 Zusammenarbeit von Schulen und Berufsberatung

Schule und Berufsberatung haben eine gemeinsame Verantwortung für die Berufs- und Studienorientierung, nehmen aber unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte wahr. Die Aufgabenschwerpunkte der Schule sind in dem Rahmenkonzept des Ausbildungskonsenses NRW „Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung“ festgelegt. Aufgabe der Berufsberatung ist die Information und Beratung in berufs- und studienrelevanten Fragen sowie die Vorbereitung einer sachkundigen und realitätsgerechten Berufs- bzw. Studienentscheidung. Die Angebote der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit sind in die schulische Arbeit einzubeziehen. Die zuständige Agentur für Arbeit benennt jeder Schule eine für sie zuständige Berufsberaterin oder einen Berufsberater. Jede einzelne Schule und die Berufsberatung der Agentur für Arbeit legen vor Ort die konkreten Inhalte und Modalitäten der Zusam-

menarbeit in Kooperationsvereinbarungen fest. Darin sind die festen Ansprechpartner, Aufgaben der Schule und der Berufsberatung, Einbindung und Beteiligung von Eltern, die Organisation und Kommunikation verbindlich festzulegen. Die Vereinbarung bedarf nach § 5 Abs. 3 SchulG der Zustimmung der Schulkonferenz.

Zusätzlich zum Regelangebot der Berufs- und Studienorientierung können für Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen auch Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung nach § 33 Satz 3 bis 5 sowie § 421q SGB III durchgeführt werden.

Das Mindestangebot der Berufsberatung bilden eine Berufs- und Studienorientierungsveranstaltung in der Schule und eine weitere z.B. im BIZ.

Darüber hinaus bietet die Berufsberatung regelmäßige Sprechstunden an. Die Angebote der Berufsberatung setzen spätestens in Klasse 9 ein. Zur Vorbereitung der individuellen Beratungsgespräche setzt die Berufsberatung ein Arbeitspaket ein, mit dessen Hilfe Jugendliche unterstützt werden sollen, sich mit Fragen zur Berufswahl auseinanderzusetzen. Die Schule ermöglicht die Durchführung von Gruppenveranstaltungen, individuellen Beratungsgesprächen sowie Eignungsuntersuchungen auch während der Unterrichtszeit. Ein Berufswahlpass wird als persönlicher Begleiter der Schülerinnen und Schüler durch die gesamte Berufswahl empfohlen.

Bei Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf, deren Übergang in eine Ausbildung gefährdet ist, regt die Schule frühzeitig den Besuch der Berufsberatung an. In gemeinsamen Gesprächen unter Einbeziehung der Eltern und bei Bedarf der Jugendhilfe können so rechtzeitig die Möglichkeiten für einen Berufseinstieg oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme nach der Schule ausgelotet werden. Für Jugendliche mit Behinderungen und Beeinträchtigungen und/oder sonderpädagogischem Förderbedarf stellt die Berufsberatung soweit möglich alle Angebote in barrierefreier Form zur Verfügung.

Sofern für Studieninteressierte mit Beeinträchtigungen und Behinderungen Unterstützungsangebote erforderlich sind, werden diese auch durch die Berufsberatung gewährleistet. Zu Beginn des letzten Schuljahres vor dem Übergang der Jugendlichen in eine Ausbildung oder einen Beruf richten sich die Maßnahmen der Schule am Ziel eines erfolgreichen Übergangs aus.

Dazu können soweit erforderlich unter anderem gehören

- Hilfen für Bewerbungsverfahren,
- Wiederholung von Unterrichtsinhalten im Bereich von Basisqualifikationen,
- Hinweise auf regionale Stellenangebote,
- schulische Unterstützung von mobilitätsfördernden Maßnahmen,
- Anbahnung besonderer Beratungsangebote für Jugendliche, die noch nicht vermittelt sind.

Die Schule sollte jederzeit einen Überblick über den Stand der Vermittlung ihrer Schülerinnen und Schüler, die einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchen, haben. Bei sich abzeichnenden Problemen sollte sie mit ihren Kooperationspartnern unterstützende Programme vereinbaren.

Wünschenswert ist es darüber hinaus, dass die Schule mit den Schulabgängerinnen und Schulabgängern auch in der

ersten Zeit nach Verlassen der Schule soweit Kontakt hält, dass bei individuellen Schwierigkeiten externe Hilfsangebote vermittelt werden können.

3.3 Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen

Ein wesentlicher Faktor für den erfolgreichen Übergang von der Schule zur Hochschule ist die Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen. Die jeweilige Form der Kooperation fließt in das Konzept zur Studien- und Berufsorientierung ein und wird im Schulprogramm verankert.

Die kooperierenden Hochschulen fungieren auch als außerschulische Lernorte für studieninteressierte Schülerinnen und Schüler. Die Hochschulangebote werden sinnvoll in die curricularen und außercurricularen Angebote der Schule eingebunden.

Die Angebote der Studienberatung zur studienvorbereitenden Beratung erfolgen im Rahmen des schulischen Konzepts zur Berufs- und Studienorientierung in Abstimmung mit den Partnern Schule und Berufsberatung. Sie unterstützen die Orientierungs-, Informations- und Entscheidungsprozesse studieninteressierter Schülerinnen und Schüler durch Einzelberatung, Gruppenangebote und umfassende Informationsangebote. Darüber hinaus tragen zahlreiche fachbezogene Angebote aus den Fakultäten sowie die Programme zur Förderung spezieller Zielgruppen - z.B. Schülerinnen mit natur- oder ingenieurwissenschaftlichem Interesse und besonders leistungsfähige und begabte Schülerinnen und Schüler - zu einer fundierten Studienentscheidung bei. Grundlegend für eine funktionierende Zusammenarbeit von Schule und Hochschule sind

- die Verständigung über Art und Umfang der Zusammenarbeit sowie über die Ziele gemeinsamer Maßnahmen,
- eine frühzeitige inhaltliche, organisatorische und terminliche Abstimmung von Aktivitäten und Angeboten in Schule und Hochschule,
- ein regelmäßiger Austausch über grundlegende Fragen der Studienvorbereitung und über aktuelle Veränderungen in Schule und Hochschule.

Neben Einzelkontakten kann der Austausch auch im Rahmen von Informationsveranstaltungen für die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Studien- und Berufsorientierung, die schulischen Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen und weitere interessierte Lehrerinnen und Lehrer stattfinden. Schulen weisen Schülerinnen und Schüler auf die Angebote der Hochschulen hin und bereiten die Teilnahme vor und nach. Bei einem Schülerstudium können Leistungen, die während der Schulzeit in der Hochschule erbracht worden sind, von der jeweiligen Hochschule ggf. als Studienleistungen anerkannt werden.

3.4 Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden Schulen und Berufskollegs

Die Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden Schulen und Berufskollegs in Fragen der Berufsorientierung ist eine Pflichtaufgabe (§ 4 Abs. 1 und 2 SchulG). Sie umfasst gegenseitige Information über fachliche und pädagogische Fragen, wechselseitige Beteiligung bei schulischen Veranstaltungen sowie den Austausch von Lehrkräften für einzelne Unterrichtsvorhaben. Dadurch sollen insbesondere

- die fachlichen und überfachlichen Anforderungen der allgemein bildenden Schulen und der Berufskollegs besser aufeinander abgestimmt werden,
- die Übergänge in Ausbildung und in vollzeitschulische Bildungsgänge am Berufskolleg erleichtert werden,
- Informationen über ortsspezifische Bildungsangebote und neue Entwicklungen in Bildungsgängen und Berufsfeldern verbessert werden.

Alle zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Vereinbarungen werden einvernehmlich zwischen den beteiligten Schulen unter Beteiligung der Schulkonferenzen festgelegt und soweit erforderlich von der Schulleiterin oder dem Schulleiter genehmigt.

3.5 Zusammenarbeit Berufskollegs, Berufsberatung und Studienberatung

An den Berufskollegs stellen sich die Unterstützungsbedarfe von Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf die Berufs- und Studienorientierung je nach Bildungsgang sehr unterschiedlich dar. In den berufsvorbereitenden Bildungsgängen geht es darum, den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung zu eröffnen. In den Bildungsgängen der Berufsfachschulen und beruflichen Gymnasien liegt der Fokus der Beratung auf der Information über den Arbeitsmarkt sowie über die Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung und eines Studiums. Abschnitt 3.3 gilt entsprechend.

Die Auszubildenden in den Fachklassen des dualen Systems haben ihre Berufswahlentscheidung bereits gefällt. Die gemeinsamen Bemühungen von Berufskolleg und Berufsberatung sind hier auf die Sicherung des Ausbildungserfolges gerichtet. Die konkrete Zusammenarbeit eines Berufskollegs mit der Berufsberatung wird in einer Kooperationsvereinbarung (gemäß Abschnitt 3.2) festgelegt, in der das differenzierte Angebot an Bildungsgängen in den Berufskollegs berücksichtigt wird. Besonders zu berücksichtigen sind die Schülerinnen und Schüler, die ihre Berufs- und Studienwahlentscheidung noch nicht getroffen haben oder durch eine persönliche Behinderung oder Beeinträchtigung besonders benachteiligt sind. Berufsberatung und Berufskolleg benennen je eine feste Ansprechperson für die Koordination der Zusammenarbeit. (Näheres siehe RdErl. des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Richtlinien für die Zusammenarbeit von Berufskollegs mit der Agentur für Arbeit/Berufsberatung zur Förderung von leistungsschwächeren und benachteiligten Schülerinnen und Schülern“ vom 15. 7. 1993 (BASS 12 – 21 Nr. 7).)

3.6 Studien- und Berufsorientierung im Weiterbildungskolleg

Weiterbildungskollegs können im Bildungsgang der Abendschule den Erlass sinngemäß anwenden, soweit dies im Rahmen der Stundentafel möglich und mit ihren organisatorischen Bedingungen vereinbar ist.

4. Zusammenarbeit mit der Jugendsozialarbeit

Um den Anspruch junger Menschen auf Bildung und Erziehung im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) sichern zu helfen, fördert das Land bei Trägern der Jugendhilfe im Rahmen der Jugendsozialarbeit sozialpädagogische

Beratung und Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Die angebotene Beratung und Begleitung wendet sich an „junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind“ (§ 13 KJHG). Dabei handelt es sich um sogenannte Frühabgängerinnen und Frühabgänger, Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss oder mit anderen Beeinträchtigungen.

Mit der über die Arbeit in der Schule hinausgehenden intensiven pädagogischen Betreuung unterstützen diese Beratungsstellen junge Menschen, ihre vielfältigen Probleme zu bewältigen. Bei Bedarf sind besondere Förderungsmaßnahmen für Mädchen und/oder junge Frauen anzubieten, insbesondere bei Migrationshintergrund.

Die Träger der Jugendhilfe und die Schulen informieren sich gegenseitig über Angebote für die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen und streben so weit wie möglich gemeinsam getragene Angebote, vor allem der Prävention, an. Soweit es sich um eigene Veranstaltungen der Jugendsozialhilfe handelt, weist die Schule Jugendliche auf die Angebote hin und unterstützt sie bei Bedarf durch die Bereitstellung von Schulräumen und die Genehmigung als Schulveranstaltung. Zu Veranstaltungen der Schule können zum Nutzen einzelner benachteiligter Jugendlicher (z.B. als Begleitung bei Schülerbetriebspraktika) Beratungskräfte der Jugendsozialarbeit hinzugezogen werden.

5. Besondere Hinweise zur Berufsorientierung bei sonderpädagogischer Förderung

Die Instrumente der Berufsberatung stehen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an jedem Förderort zur Verfügung.

Die Berufsorientierung bei sonderpädagogischem Förderbedarf erfordert frühzeitige Aufmerksamkeit. Hier gilt es in besonderem Maße, die Anschlussfähigkeit beim Übergang von der Schule in den Beruf den heterogenen Lernbedingungen und Kompetenzen dieser Schülergruppe anzupassen. Die Gestaltung der Schülerbetriebspraktika kann bei Bedarf den schulischen, regionalen und zeitlichen Erfordernissen flexibel angepasst werden.

Die Dokumentation der Schülerbetriebspraktika soll in strukturierter Form erfolgen. Hierzu ist es auch sinnvoll, die Angebote von weiteren Partnern wie z.B. der Integrationsfachdienste zu nutzen. Die Schule kann aktuelle Angebote außerschulischer Fördermaßnahmen in die Beratung der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern einbeziehen.

Seitens der Agentur für Arbeit wird bei sonderpädagogischem Förderbedarf die Beratung von speziellen Beratungsfachkräften, den Reha-Beraterinnen und -Beratern, wahrgenommen. Für die Zusammenarbeit von Schule und Reha-Beratung gilt Nummer 3.2 entsprechend.

Die Reha-Beratung der Arbeitsagentur bietet zusätzlich zum Mindestangebot in Nummer 3.2 eine Elternveranstaltung pro Abgangsklasse sowie zwei Einzelberatungen pro Schülerin oder Schüler an. Die evtl. entstehenden Kosten trägt die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben (z.B. Gebärdendolmetscherin oder -dolmetscher). Zur Vorbereitung der Einzelberatung gibt die Berufsberatung im Rahmen der ersten Berufsorientierungsveranstaltung in der Schule ein sogenanntes „Arbeitspaket“ aus.

Es dient der Optimierung und Intensivierung der Beratung, Förderung und Betreuung dieser Jugendlichen. Die Schule unterstützt diesen Prozess durch Hinweise im Unterricht und bei Bedarf in Elternveranstaltungen sowie durch Bündelung und zeitnahe Rückgabe der Unterlagen des Arbeitspaketes an die Reha-Beratung.

6. Schülerbetriebspraktikum und Hochschulpraktikum

Schülerbetriebspraktika bieten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, die Berufs- und Arbeitswelt unmittelbar kennen zu lernen, sich mit ihr auseinander zu setzen und ihre Eignung für bestimmte Tätigkeiten zutreffender einzuschätzen. Um die Wirksamkeit der Schülerbetriebspraktika zu sichern, ist eine umfassende Vor- und Nachbereitung in der Schule unerlässlich. Zur Erweiterung des Berufswahlspektrums soll das Interesse von Schülerinnen an technisch-naturwissenschaftlichen und anderen bislang frauenuntypischen Berufen, bei Schülern das Interesse an pädagogischen, pflegerischen und anderen männeruntypischen Berufen geweckt und gefördert werden.

6.1 Praktikumsdauer und -organisation

Über die Grundsätze der Durchführung und die Verteilung der Schülerbetriebspraktika entscheidet die Schulkonferenz im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprogramm nach § 65 Abs. 2 Nr. 1 SchulG.

In den Klassen 9 oder 10 ist ein in der Regel zwei- bis dreiwöchiges Schülerbetriebspraktikum verbindlich. Darüber hinaus sind ab der 7. Klasse auch weitere Kurzzeitpraktika, sogenannte Schnupperpraktika, zulässig.

In Gymnasien kann die Verpflichtung zu einem Praktikum in der Sekundarstufe I entfallen, wenn in der Sekundarstufe II ein Praktikum durchgeführt wird.

Nach Entscheidung der Schulkonferenz kann ein zweites Praktikum von ein- bis dreiwöchiger Dauer durchgeführt werden. Zusätzlich ist nach § 4 Abs. 2 APO-S I ein Langzeitpraktikum mit einem Praktikumstag pro Woche möglich bzw. in der Hauptschule vorgesehen. Ein Langzeitpraktikum soll eine Hilfe für Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten beim Übergang in das Berufsleben sein. Die Teilnahme an einem Langzeitpraktikum setzt eine Empfehlung der Klassenkonferenz sowie die Zustimmung der Schülerin oder des Schülers und der Eltern voraus. Die Kernstunden gemäß der Studentafel sind einzuhalten. Das Langzeitpraktikum kann an die Stelle einzelner Stunden z.B. des Lernbereichs Arbeitslehre, des Wahlpflichtunterrichts, des Ganztagsangebotes oder des Ergänzungsunterrichts treten. Dabei ist sicher zu stellen, dass eine inhaltliche Verknüpfung mit dem Unterricht erfolgt. Langzeitpraktika sind so zu organisieren, dass flexibel auf individuelle Entwicklungen der Schülerinnen und Schüler reagiert werden kann und die Leistungsanforderungen für Schulabschlüsse nicht gefährdet werden.

Mit den Praktikumsbetrieben sind die organisatorische Durchführung des Praktikums und die während des Praktikums von den Schülerinnen und Schülern zu fertigenden Berichte und Dokumentationen rechtzeitig abzustimmen. Über die Nachbereitung im Unterricht hinaus sind die Ergebnisse aus den Praktika schriftlich zu dokumentieren. Sie können nach Festlegung durch die Schule in die Leistungsbewertung (z.B. eine Facharbeit) einfließen. Zur Betreuung während des Praktikums führen Lehrkräfte Besuche in den

Praktikumsbetrieben im Rahmen des durch die Abwesenheit der Praktikanten freien Stundenvolumens durch.

6.2 Auswahl der Praktikumsbetriebe

Praktikumsbetriebe sollen so ausgewählt werden, dass sie vom Wohnsitz aus zumutbar erreicht werden können. Falls das regionale Ausbildungsplatzangebot von Jugendlichen größere Mobilität verlangt, können auch Praktikumsplätze, die den Einzugsbereich der Schule überschreiten, genutzt werden. Voraussetzung ist, dass die schulische Betreuung sichergestellt werden kann. Bis zu einer Entfernung von 25 km ab der Schule trägt der Schulträger die Fahrkosten. Die für den Besuch weiter entfernt liegender Betriebe darüber hinaus entstehenden Kosten tragen die Eltern, sofern von Schulträgerseite keine Kostenübernahme erfolgt. Betriebspraktika für Berufsschülerinnen und Berufsschüler bedürfen des Einverständnisses der Ausbildungsbetriebe.

6.3 Praktika im Ausland

Praktika im Ausland unterliegen denselben Bedingungen. Schülerinnen und Schüler sollen dabei vor allem ihre fremdsprachlichen und interkulturellen Kenntnisse insbesondere auch im berufsbezogenen Bereich verbessern sowie die Lebensbedingungen des Ziellandes kennenlernen. Auslandspraktika können in Ländern der Europäischen Union auch im Rahmen von Studienfahrten und internationalen Begegnungen durchgeführt werden. Praktika im Ausland finden in Kooperation mit geeigneten Partnerorganisationen (Partnerschule, Kammern, Verbände usw.) statt. Die Betreuung bei Auslandspraktika kann auch durch Lehrkräfte der Partnerschule oder im Rahmen von bilateralen Vereinbarungen sichergestellt werden.

6.4 Hochschulpraktikum

Das Ziel der Hochschulpraktika ist zusätzlich zur Orientierung über die Inhalte der Studiengänge eine weitere Verzahnung zwischen weiterführenden Schulen und Hochschule herzustellen. Die Studienberatung soll hierbei frühzeitig über mögliche Studiengänge informieren. Das Praktikum in der Sekundarstufe II kann als Hochschulpraktikum absolviert werden. Die Schülerinnen und Schüler nehmen für die Dauer des Praktikums an verschiedenen ausgewählten Lehrveranstaltungen des regulären Studienbetriebs teil und erhalten dadurch die Möglichkeit, Hochschule, Studienangebote und Studienalltag kennen zu lernen. Das Hochschulpraktikum kann entweder im Rahmen eines Programms, wie z.B. dem Dualen Orientierungspraktikum, oder auch individuell organisiert sein. Ansprechpartner seitens der Hochschulen sind die Studienberatungsstellen. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an den Lehrveranstaltungen erfolgt eigenverantwortlich. Das Praktikum wird in der Schule vor- und nachbereitet und an den Hochschulen evaluiert.

6.5 Rechtliche Absicherung

Das Praktikum ist eine Schulveranstaltung. Während des Praktikums bleiben die Jugendlichen Schülerinnen und Schüler ihrer Schule. Sie sind nicht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Praktikumsbetriebs und erhalten keine Vergütung. Sie unterliegen in dieser Zeit dem Weisungsrecht des Betriebspersonals. Die Einhaltung der für den

einzelnen Praktikumsbetrieb geltenden Vorschriften zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie des Jugendarbeitsschutzgesetzes obliegt dem jeweiligen Betrieb. Bei Praktika außerhalb der EU muss der Praktikumsbetrieb schriftlich versichern, dass er die gängigen nationalen Standards des Gesundheits- und Arbeitsschutzes erfüllt. Der Betrieb legt fest, in welchen Betriebsbereichen die Praktikantinnen und Praktikanten nicht tätig werden dürfen.

Soweit aus gesetzlichen Gründen erforderlich, sind dem Betrieb Gesundheitszeugnisse vorzulegen. In Zweifelsfällen erteilen die Gesundheitsämter Auskunft. Zu Fragen des Arbeitsschutzes erteilt die Schulaufsicht Auskunft. Kosten für gesetzlich vorgeschriebene Gesundheitszeugnisse trägt der Schulträger. Die Schulaufsicht unterstützt die Vorbereitung und Durchführung von Betriebspraktika durch Merkblätter zum Arbeitsschutz, die den Schulen über die Beiräte Schule und Beruf zur Verfügung gestellt werden.

Als Schulveranstaltungen unterliegen Schülerbetriebspraktika im In- und Ausland der gesetzlichen Unfallversicherung. Falls eine Haftpflichtversicherung erforderlich ist, trägt der Schulträger die Kosten (§ 94 Abs. 1 SchulG – BASS 1 – 1). Bei Auslandsaufenthalten wird der Abschluss eines Privatversicherungspaketes durch die Eltern empfohlen.

7. Qualifizierung der Lehrkräfte

7.1 Fortbildung

Die Planung und Realisierung eines schul- und standortbezogenen Konzeptes der Berufs- und Studienorientierung ist eine Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer der Schulen der Sekundarstufen I und II. Die Schulen sollen im Rahmen ihrer Fortbildungsplanung Fragen der Berufs- und Studienorientierung berücksichtigen. Soweit möglich sollen in schulinterne Fortbildungsmaßnahmen neben Moderatorinnen und Moderatoren der staatlichen Lehrerfortbildung und Fachkräften der Arbeitsverwaltung auch Expertinnen und Experten aus den Hochschulen sowie Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Wirtschaft einbezogen werden.

7.2 Lehrerbetriebspraktika

Um Lehrkräften der Sekundarstufen I und II die Möglichkeit zu geben, außerhalb ihres üblichen Tätigkeitsfeldes die Wirtschafts- und Arbeitswelt und ihre allgemeinen Zusammenhänge durch eigene Mitarbeit in Betrieben kennen zu lernen, sollen verstärkt Lehrerbetriebspraktika durchgeführt werden. Dadurch sollen Lehrkräfte ihre Beratungskompetenz erhöhen und berufsfeldbezogene Erfahrungen sammeln, unter anderem auch um Rollenstereotypen hinsichtlich vermeintlich frauen- und männertypischer Berufe entgegenwirken zu können.

Lehrerbetriebspraktika werden in der Eigenverantwortung der Schule durchgeführt und von der Schulleiterin oder dem Schulleiter genehmigt. Bei Bedarf berät die zuständige Schulaufsicht die Schulen.

Lehrerbetriebspraktika sollen für Lehrkräfte allgemein bildender Schulen bis zu zwei, für Lehrkräfte am Berufskolleg bis zu vier Wochen dauern.

Es ist anzustreben, dass in Absprache mit der örtlichen Wirtschaft im Rahmen von Lehrerbetriebspraktika ein Personalaustausch zwischen Lehrkräften und den mit der betrieblichen Ausbildung befassten Personen erfolgt. In diesem Fall übernehmen die am Austausch Beteiligten jeweils

Aufgaben in Schule bzw. Betrieb, die ihren Fähigkeiten entsprechen. Lehrerbetriebspraktika sind dienstliche Veranstaltungen. Der Dienstherr übernimmt den Dienstunfallschutz, sofern nicht eine betriebliche Versicherung eintritt. Mittel für Reisekosten für die Fahrt vom Wohnort zum Betrieb stehen nicht zur Verfügung. Den Lehrkräften sollten deshalb höchstens vergleichbare Kosten wie beim Weg zu ihrer Schule entstehen.

8. Abstimmung, Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Der Runderlass ist mit den Ministerien für Innovation, Wissenschaft und Forschung sowie für Familie, Kinder, Jugend,

Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit sowie den Landesrektorenkonferenzen der Fachhochschulen und Universitäten in Nordrhein-Westfalen abgestimmt und tritt mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung in Kraft. Der Runderlass vom 6. 11. 2007 (BASS 12 – 21 Nr. 1) tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

ABl. NRW. 11/10 S. 576

Reihe Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

**BAK
Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen
Schriften der Bundesassistentenkonferenz 5**

Viele Bachelor-Studiengänge stehen in der Gefahr, die Studierenden noch weiter als bisher von einem wissenschaftlichen Studium mit Forschungsbezug zu entfernen und dies allenfalls auf die Master-Studiengänge zu verweisen. Hier wird ein gegenteiliger Standpunkt vertreten: Forschendes Lernen gehört in den ersten Teil des Studiums, ja in das Grundstudium.

Die Bundesassistentenkonferenz (BAK) hat seiner Zeit viel beachtete Konzepte zur Reform der Hochschulen und zur Studienreform entwickelt. Die BAK war zwischen 1968 und 1972 die gewählte Repräsentanz der wissenschaftlichen Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Bundesebene. Ihr Hochschuldidaktischer Ausschuss hat damals die Schrift „Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen“ vorgelegt, die mit ihren Erkenntnissen und Forderungen - man mag es bedauern oder bewundern - bis heute ihre Aktualität nicht eingebüßt hat.

Viele heutige Reformschriften beziehen sich daher noch auf sie, ohne dass ihr Text vielfach noch verfügbar wäre. Das ist Grund genug, diese Schrift nach 40 Jahren neu aufzulegen, um ihre Anregungen in die gegenwärtige Debatte wieder einzubringen. Gerade im Zeichen der Bachelor- und Master-Studiengänge können die hier entwickelten Konzepte wichtige Reformanregungen bieten. Sie können auf unverzichtbare Elemente eines wissenschaftlichen Studiums erneut aufmerksam machen, die in einer oft eher oberflächlichen Umstellung der Studiengänge auf gestufte Studienabschlüsse - wie eingangs betont - verloren zu gehen drohen.



*ISBN 3-937026-55-X, Bielefeld 2009,
72 Seiten, 9.95 Euro*

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Eva Reichmann



Eva Reichmann

Kommentar: Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und der Bundesagentur für Arbeit

Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Agentur für Arbeit kann für beide Seiten gewinnbringend sein – wenn sie klaren Regeln und Vereinbarungen folgt. Beide Parteien sollten inhaltlich genau festlegen, wie die Aufgaben aussehen, bei denen man zusammenarbeitet, denn die unterschiedlichen gesellschaftlichen Aufträge der Einrichtungen könnten sonst für Interessenskonflikte sorgen. Ziel der Kooperation wäre, für beide Seiten einen Mehrwert zu schaffen. Für Kooperationen zwischen der Bundesagentur für Arbeit und Hochschuleinrichtungen gibt es durchaus Themen: So könnten z.B. die Hochschulen die Arbeitsagentur bei der Ausbildung von (hochschulbezogen arbeitenden) Beratern unterstützen oder wissenschaftlich fundierte Daten zum Arbeitsmarkt liefern. In beiden Fällen könnte gemeinsam wertvolle Arbeit geleistet werden. Was in der Realität geschieht – und oft Kooperation genannt wird – hat jedoch wenig mit der Schaffung von Mehrwert zu tun. Vielmehr besteht eine Tendenz, Aufgaben der Hochschulen an die Arbeitsagentur auszulagern.

Prinzipiell spricht nichts dagegen, für Aufgaben, die man nicht erfüllen möchte oder nicht selbst erbringen kann, Dienstleister zu beauftragen. In solchen Fällen müssten die Hochschulen gegenüber dem Dienstleister als Auftraggeber auftreten, und der Auftragnehmer müsste sein Angebot inhaltlich nach den Wünschen der Hochschulen gestalten. Lagern also Hochschulen Aufgaben an die Bundesagentur für Arbeit aus, müssen sie einen klaren Auftrag formulieren und die Aufgaben genau beschreiben. Die Arbeitsagentur als Auftragnehmer müsste nach den Wünschen der Hochschule arbeiten.

Genau das ist jedoch nicht der Fall, weshalb die in jüngster Zeit häufig geschaffenen „Kooperationen“ zwischen Hochschulen und der Arbeitsagentur kritisch betrachtet werden können. Weder wird ein für beide Seiten interessanter Mehrwert geschaffen noch ein Verhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer definiert. Beide Seiten treten zwar nach außen hin als Kooperationspartner auf, aber faktisch werden von Hochschuleite Aufgaben ausgelagert, ohne dass für die Erfüllung des Auftrags ein konkreter inhaltlicher und organisatorischer Rahmen festgelegt wird. Dies betrifft insbesondere das Aufgabenfeld der Studienberatung, vor allem unter den Aspekten der Studienfachwahl, des Studienabbruchs und des Übergangs vom Studium in den Beruf.

Schnittstelle Studienfachwahl

Was bedeutet es für die Hochschulen, wenn eine Einrichtung, deren oberstes Ziel die Senkung der Arbeitslosenzahl darstellt, verstärkt Beratungsaufgaben im Bereich Studienfachwahl übernehmen soll? Studienberatung darf sich nicht vorrangig an Arbeitsmarktstatistiken orientieren. Sie muss personenbezogen arbeiten und in erster Linie die Interessen und Neigungen der zukünftigen Studierenden berücksichtigen. Es kann bezweifelt werden, dass die Arbeitsagentur einen solchen Arbeitsansatz praktizieren wird. Nichts spricht dagegen, wenn die Bundesagentur für Arbeit grundlegende Informationen über Studienabschlüsse und Studienfinanzierung publiziert. Mehr ist aber schon problematisch.

Selbst für die Studienberater der Hochschulen wird es immer schwieriger, alle Details der Studiengänge der eigenen Hochschule zu kennen und in den Beratungsgesprächen zu berücksichtigen. So bietet die Universität Bielefeld derzeit 66 Studiengänge an. Den hochschuleigenen Beratern ist es aber aufgrund direkter und kurzer Wege immer noch möglich, alle gewünschten Informationen zu beschaffen. Wie soll aber die Arbeitsagentur es leisten können, eine qualifizierte Studienberatung anzubieten, wenn z.B. in Nordrhein-Westfalen 61 Hochschulen rund 1.500 Studiengänge anbieten, die zwar oft den gleichen Namen tragen, sich aber inhaltlich stark voneinander unterscheiden? Hier ist der Dilettantismus vorprogrammiert.

Schnittstelle Studienabbruch

An dieser Schnittstelle sind zuallererst die Hochschulen in der Pflicht. Die Studienberatungsstellen haben viele Angebote für potentielle Studienabbrecher und können qualifiziert Hilfe und Orientierung geben. Unter inhaltlichen Aspekten gibt es in diesem Bereich wenig zu ergänzen. Spielen Fragen der beruflichen Orientierung mit hinein, kann der Studierende an einer guten Hochschule im dort angesiedelten Career Service Unterstützung finden. Die Bundesagentur für Arbeit sollte an dieser Stelle erst ins Spiel kommen, wenn die Entscheidung gegen ein Studium unwiderruflich gefallen ist und berufliche Alternativen thematisiert werden müssen. Denn an diesem Punkt endet sowohl die Beratungspflicht wie auch die inhaltliche Kompetenz der Hochschule.

Schnittstelle Übergang Hochschule-Beruf

Auf den ersten Blick passt diese Schnittstelle gut zum genuinen Auftrag der Arbeitsagentur. Aber auch hier sind erhebliche Differenzen zwischen dem Beratungsauftrag der Arbeitsagentur und den Interessen von Studierenden festzustellen. Manchmal hat man den Eindruck, dass der Bundesagentur für Arbeit bezüglich der Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften nicht mehr einfällt, als Umschulungen anzubieten. Eine Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Hochschulen an der Schnittstelle des Übergangs von der Hochschule in den Beruf setzt voraus, dass der Vermittlungsauftrag der Arbeitsagentur zu Gunsten einer an den Wünschen und Bedürfnissen der Studierenden orientierten Beratungsarbeit in den Hintergrund tritt.

Fazit

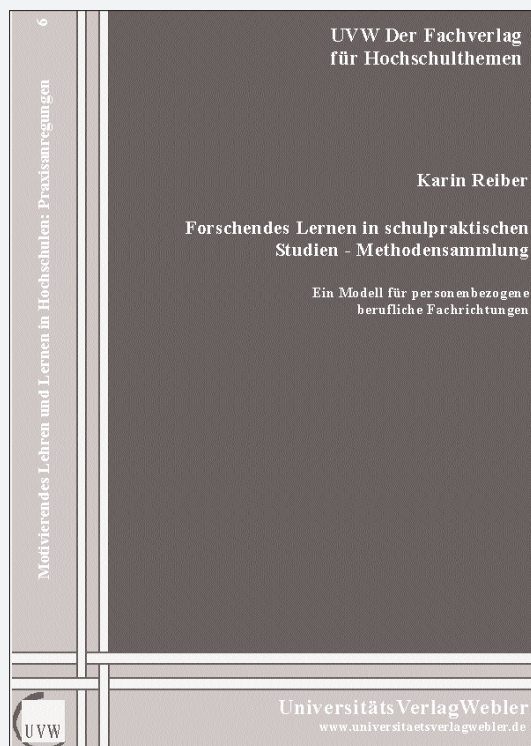
Kooperationen zwischen Hochschulen und der Bundesagentur für Arbeit können nur dann gewinnbringend sein, wenn beide Seiten sie inhaltlich zum wechselseitigen Nut-

zen gestalten. Darüber hinaus wären gesetzliche Festschreibungen der Verpflichtung der Hochschulen zur Etablierung von Beratungsangeboten im Bereich der beruflichen Orientierung und des Übergangs Hochschule-Beruf im Hochschulrahmengesetz sinnvoll. Was in den USA, Kanada, Großbritannien oder Polen eine Selbstverständlichkeit ist, wird an deutschen Hochschulen als ungeliebt und lästig empfunden und deshalb an die Arbeitsagentur oder – schlimmer noch – in einigen Fällen an Finanzdienstleister ausgelagert, die über solche Angebote Kundenakquise betreiben wollen. Wir brauchen klare Zuständigkeiten statt „Kooperationen“, die unterschiedliche Aufträge und Interessen verdecken.

■ **Dr. Eva Reichmann**, bis 2010 Career Service der Universität Bielefeld, seit 2011 Laufbahnberaterin bei beruf & leben GbR Bielefeld, E-Mail: er@beruf-und-leben.com

Karin Reiber:

Forschendes Lernen in schulpraktischen Studien - Methodensammlung Ein Modell für personenbezogene berufliche Fachrichtungen



In kaum einem Zusammenhang wird das Theorie-Praxis-Verhältnis so nachdrücklich postuliert wie für die Lehrerbildung.

Da jedoch Praxisphasen während des Studiums nicht zwangsläufig zum Aufbau berufswissenschaftlicher Kompetenzen beitragen, ist die enge Verzahnung von schulpraktischen Studien mit den bildungswissenschaftlichen Anteilen des Studiums erforderlich.

Diese Methodensammlung ermöglicht einen forschenden und reflexiven Zugang zur berufspädagogischen Bildungspraxis.

Die hier versammelten Methoden erschließen Schul- und Ausbildungswirklichkeit auf der Basis wissenschaftlicher Leitfragen, die sich aus dem bildungswissenschaftlichen Studium an der Hochschule ableiten.

Auf der Basis dieser Methodensammlung können Studierende personenorientierter beruflicher Fachrichtungen schulpraktische Studien theoriegestützt als Praxisforschung vorbereiten, durchführen und auswerten.

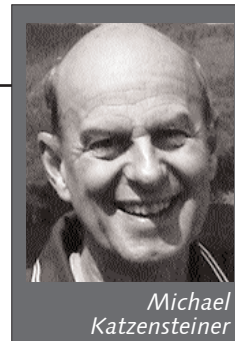
ISBN 3-937026-54-1, Bielefeld 2008,
60 Seiten, 9.95 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

Michael Katzensteiner & Franz Oberlehner

Qualitätssicherung in den Psychologischen Beratungsstellen für Studierende Österreichs



Michael
Katzensteiner



Franz Oberlehner

Die Psychologischen Beratungsstellen für Studierende Österreichs feiern heuer ihr 40-jähriges Bestehen. Die Absicht, Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu setzen, wurde aber schon vorab im Memorandum der „Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung“ zur Gründung eines „Studierendenberatungsdienstes“ verankert. Dabei wurde nicht auf einfache Effektivitätsstudien abgezielt, sondern vorgeschlagen, die „Psychologische Studentenberatung“ als „action research“ zu entwickeln (Petri 1968, S. 1). Die Trias von praktischer Beratungs- und Behandlungstätigkeit, Modellentwicklung und deren Evaluation prägte die Entwicklung unserer Einrichtung (Katzensteiner 2004, S. 152f) also von Beginn an. Zunächst wurden die Stellen an den Hauptuniversitäten in sechs Regionen des gesamten Bundesgebietes eingerichtet und 1975 als Psychologische Studentenberatung im damaligen Universitätsorganisationsgesetz (UOG) verankert. Im Sinne der Qualitätssicherung wurde jedoch bald ein gemeinsames organisatorisches Dach sowie eine gewisse Unabhängigkeit von der Lenkung durch die Universitäten für günstig erachtet. Die enge Verbindung mit der Entwicklung des tertiären Bereichs blieb auch nach der neuerlichen Regelung der Institution im Studienförderungsgesetz in den 90ern erhalten. Mittlerweile heißt die Einrichtung Psychologische Studierendenberatung (PSB). Sechs nachgeordnete Dienststellen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung sind mit insgesamt ca. 60 Mitarbeiter/innen für die Universitäten und Fachhochschulen in den verschiedenen Hochschulregionen zuständig.

1. Begründung der Qualitätssicherung durch Vorgaben im Leitbild der Psychologischen Studierendenberatung (PSB)

Im gegenwärtig gültigen Leitbild ist seit der ersten Formulierung 1995 die Qualitätssicherung *durch Supervision, Weiterbildung und Evaluation* verbindlich verankert. Das heißt auch, dass damit sowohl Aspekte der Kontrolle als auch der Entwicklung der Organisation auf dem Hintergrund der Anforderungen an sie abgedeckt werden. Darüber hinaus sind in diesem unter Beteiligung aller Mitarbeiter/innen erarbeiteten Leitbild noch folgende Grundsätze für die Durchführung unserer Aufgaben festgeschrieben, welche als Basis für Qualitätsmanagement und -sicherung dienen:

- Wir verstehen uns als Servicestelle, die neben psychologischer Betreuung und Psychotherapie auch problemverbeugende Maßnahmen durchführt.
- Durch spezielle Angebote unterstützen wir Studierende in entscheidenden Phasen des Studiums.
- Wir bieten einen unbürokratischen Zugang zu unseren Angeboten mit möglichst kurzen Wartezeiten.
- Wir zeigen den Klienten mit unserer Beratungstätigkeit Optionen auf und verstehen Beratung nicht als bildungspolitisches Lenkungsinstrument.
- Wir setzen unsere spezifischen studierendenorientierten psychologisch-psychotherapeutischen Kompetenzen ökonomisch und zielgerichtet ein.
- Unsere Angebote stimmen wir auf die regionalen Bedürfnisse und die Ressourcen der jeweiligen Beratungsstelle ab.
- Die Psychologische Studentenberatung versteht sich als Teil eines Netzwerkes von Einrichtungen zur Betreuung von Studierenden und Studienbewerbern. Im Sinne unserer Klienten nutzen wir die sich daraus ergebenden Kooperationsmöglichkeiten.
- Die für unsere Aufgaben und Ziele notwendige Verwaltungsarbeit erfolgt wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig.

2. Aus dem Leitbild abgeleitete „Standards“ als Basis der Durchführung der Aufgaben der Psychologischen Studierendenberatung

Schon am Beginn der 90er Jahre wurden von unserer zuständigen Abteilung u.a. der Qualitätssicherung dienende Instrumente wie z.B. Controlling und „Management by Objectives“ eingeführt. Auch eine ISO-Zertifizierung wurde von den für uns verantwortlichen Stellen angedacht. Neben eindeutigen Vorteilen einer klaren, zumindest teilweise quantifizierbaren und überprüfbaren Zielsetzung stellte diese aus der Wirtschaft in den psychosozialen Bereich übertragene Form des Controllings im Sinne der Qualitätssicherung nicht nur einen Vorteil dar. So war die Zuteilung von Budget und Personal über einen Sockel hinaus an die Zielerreichung gebunden. Mit gekürztem Budget und Personalstand war es dann oft noch schwieriger, teilweise doch recht starre Zielvorgaben zu erreichen. Dem gegenüber stellten die vor sechs Jahren eingeführten sogenannten

„Standards“ eher eine Art Kompass und damit eine freiere Form des Controllings dar. Der Schwerpunkt liegt dabei mehr auf der Steuerung als der Überprüfung. Sedlak (2004) nennt sie „eine Orientierungshilfe für Reflexion, Bewertung und ggfs. Korrektur der Tätigkeiten“. Auch nach dem Wechsel der Einrichtung in ein neu geschaffenes Wissenschaftsministerium stellte sich dieser Rahmen als hilfreich heraus. Nicht nur die Kontinuität konnte so gewahrt werden, sondern auch die Herausforderung der Implementierung des unter 2.2 erwähnten Projekts „Studienchecker“ bislang ausgesprochen gut bewältigt werden.

Die Standards beziehen sich auf folgende Aufgaben:

- Beratung,
- Begleitung, Behandlung und Psychotherapie,
- Kooperation,
- Forschung,
- Fortbildung,
- Personal- und Organisationsentwicklung,
- Administration.

Im Folgenden sollen einige Beispiele aus den in Form eines internen Papiers (Sedlak 2004) vorliegenden Standards angeführt werden. Es geht dabei um die Definition von Richtzielen, Feinzielen und Vorgehen bei der Nichterreichung eben dieser Ziele (falls sich letztere nicht aus der Negation der Richtziele ergeben).

Bereich Beratung

Richtziel: Psychologische Beratungs-, Untersuchungs- und Expertentätigkeit

Feinziele: Positive persönliche Entwicklungs- und Entfaltungsförderung und Verringerung von „Fehlinvestitionen“ im persönlichen bzw. institutionellen Bereich.

Die Anwendungsfelder sind im Leitbild klar definiert, dennoch kommt es durch größere Projekte wie dem bereits erwähnten „Studiencheckerprojekt“ zu deutlichen Verschiebungen, welche den Spielraum für Erfüllung vs. Nichterfüllung einschränken. Im genannten Fall entsteht ein deutlicher Überhang des Bereichs Studienentscheidungen. Nach der Philosophie der Standards wäre eine Nichterfüllung des Zieles gegeben, wenn ein *Überhang einer bestimmten Adressatengruppe oder Dienstleistung* (z.B. *Diagnostik*) entsteht. Ein überproportionales Anwachsen an Klient/innenzahlen oder Interventionen muss nicht nur ausreichend begründet werden, sondern soll auch proaktive Maßnahmen im Sinne der Erreichung der übrigen Ziele nach sich ziehen. Der hier genannte Bereich, der sich oft auf Studienentscheidungen im Vorfeld des Studiums bezieht, kann ja im „Alltagsgeschäft“ bei begrenzten Ressourcen in direkte Konkurrenz zum im Folgenden genannten Tätigkeitsfeld stehen.

Begleitung, Behandlung und Psychotherapie

Diese Aufgaben werden von der Seite der Mitarbeiter/innen als unser „Kerngeschäft“ gesehen und sind auf den ersten Blick auch sehr klar umrissen.

Richtziel: Psychologische Begleitung und Behandlung sowie Psychotherapie

Feinziel: Hilfe bei der Bewältigung von Problemen durch kurz-, mittel- und langfristige psychologische Begleitung und Behandlung sowie Psychotherapie von Studierenden im Einzelsetting oder in Gruppen.

Standard: Ausgewogenheit von Tiefen- und Breitenwirkung durch eine zweckmäßige und am spezifischen Fall orientierte psychologische Begleitung, Behandlung oder Psychotherapie.

Nichterfüllung: Wenn bei einem/r Psychologischen Studentenberater/in ausschließlich einmalige Kurzkontakte pro Fall vorliegen oder eine ausschließlich langfristige (d.h. sehr viele Kontakte aufweisende) Beschäftigung mit Einzelfällen zu verzeichnen ist.

Dennoch steht dieses Aufgabenbündel seit Jahrzehnten immer wieder intern und extern in Diskussion. Die Angebote müssen hinsichtlich Tiefen- und Breitenwirkung fortlaufend neu justiert werden. Dieser Bereich steht auch wie kein anderer unter Rechtfertigungsdruck. Einerseits werden überhöhte Erwartungen an die Kaste der Psychoberufe gestellt, andererseits wird der psychosoziale Bereich in einer ökonomisierten Gesellschaft abgewertet (s. Katzensteiner 2008, S. 341ff.). Unmittelbar mit der Qualitätssicherung hängt auch der folgende Bereich zusammen:

Personal- und Organisationsentwicklung

Richtziel: Qualitätssicherung der Psychologischen Studierendenberatung

Feinziele: Alle notwendigen fachlichen Kompetenzen herzustellen, aufrechtzuerhalten, zu erweitern und zu verbessern, aber auch alle psychohygienischen Maßnahmen zu setzen, um die für die Beratung, Begleitung und Behandlung sowie Psychotherapie notwendige innere psychische Stabilität zu gewährleisten (z.B. durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Supervision und Organisationsentwicklung).

Standard: Sorge für ausreichende Schulung und Trainings „on the job“; regelmäßige Teamsitzungen, Intervision und Fallkontrollen, Ermöglichung der Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der Möglichkeiten.

Gerade für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Supervision besteht ein Anreizsystem mit Sonderurlauben bis zu 10 Arbeitstagen und insbesondere für die noch in der Psychotherapieausbildung stehenden mit spürbaren Zuschüssen (bis 50% der Kosten). Darüber hinaus sind neben der laufenden Intervision noch bis zu 40 Stunden Supervision für Ganztags- und 20 für Halbtagskräfte pro Jahr möglich.

Ein Element der Erlangung eines gewissen Standards stellt die nach gesetzlich festgelegten Standards als Assessment durchgeführte Personalauswahl dar. Alle Mitarbeiter/innen durchlaufen verpflichtend einen im Bundesgesetz(!) geregelten curricularen Grundausbildungslehrgang, in welchem sowohl Feldkompetenz als auch für unsere spezifizierte Kompetenz professionelle Tools vermittelt werden. Die Leiter/innen müssen klinische Psycholog/innen und Psychotherapeut/innen sein. Die Mitarbeiter/innen sollten zumindest klinische Psycholog/innen sein. Nach Möglichkeit werden Personen eingestellt, die darüber hinaus noch Psychotherapeut/innen in Ausbildung unter Supervision sind.

Damit sind die Mitarbeiter/innen an die Vorschriften für die Aus-, Fort- und Weiterbildung gebunden. Die einzelnen Dienststellen sind als Ausbildungsstellen für den Erwerb der Zertifikate in Klinischer und Gesundheitspsychologie und Psychotherapie zertifiziert. Intern werden im Abstand von ca. zwei Jahren mehrtägige Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter/innen organisiert.

3. Bausteine des Qualitätsmanagements

Die ausgeführten Standards wurden als Basis für die wesentlichen Bausteine der Qualitätskontrolle auf den verschiedenen Ebenen unserer Einrichtung und als „Kompass“ für die Weiterentwicklung implementiert.

Berichtswesen:

Der *Quartalsbericht* der einzelnen Beratungsstellen ergeht an die Zentrale, dient aber auch als Instrument des Austauschs unter den Stellen. Es wird zusätzlich ein großer *jährlicher, statistisch basierter Tätigkeitsbericht* verfasst.

Arbeitsgruppen:

Derzeit existiert jeweils eine Arbeitsgruppe zum Bereich Web, Psychologische Diagnostik und Studienchecker.

Mitarbeitergespräche:

Die jährlich stattfindenden Mitarbeitergespräche beinhalten unter anderem die Überprüfung der jeweiligen Zielvereinbarung, die Erfüllung der laufenden und die Entwicklung neuer Aufgaben. Die Bereitstellung und Entwicklung von Ressourcen wird darauf bezogen.

Leitertagung:

Die jährlich stattfindende Leitertagung stellt vor allem das Zusammenwirken der doch recht unterschiedlichen Beratungsstellen in den Regionen bezüglich anstehender Vorgaben und Projekte sicher.

Gesamttagung:

Außer der Fortbildung dienen Gesamttagungen der Mitarbeiter/innen auch der Organisationsentwicklung und der Implementierung von Projekten.

4. Evaluation der Tätigkeit

4.1 Evaluation durch Rückmeldung von Klienten und externen Experten

Im umfangreichen „Bericht zur sozialen Lage der Studierenden“ (durch unsere Abteilung beauftragt) wird regelmäßig die Bekanntheit der PSB abgefragt (Unger et al. 2009).

4.1.1 Derzeit laufende Evaluation der Beratungsstelle Linz

Im Zentrum der als umfangreiche Diplomarbeit angelegten Forschung steht die Evaluierung der PSB in Linz, einerseits durch die Klient/innen und andererseits durch neutrale, außenstehende Expert/innen. Im Zentrum der Untersuchung steht die Generierung von Daten, die darlegen, wie außenstehende Expert/innen/Personen die Arbeit dieser PSB wahrnehmen. Zudem wird durch anonyme Befragungen der Patienten/innen erhoben, welche Erfahrungen diese mit der PSB in Linz gemacht haben und wie diese die Betreuung/Beratung der Beratungseinrichtung bewerten. Demnach werden durch die Befragung der Patient/innen sowie der Expert/innen Daten generiert, die Aufschluss über die Qualität der PSB geben sollen.

4.1.2 Evaluation Studienchecker

Mit dem WS 2008/09 wurde auf Initiative des ehemaligen Wissenschaftsministers ein ehrgeiziges Projekt ins Leben

gerufen, dessen Ziel es ursprünglich war, Schüler/innen der vorletzten und letzten Schulstufen zu einer fundierten Studien- und Berufsentscheidung zu verhelfen. Die professionellen Beratungseinrichtungen der beiden Ressorts (Schulpsychologie/Bildungsberatung und Psychologische Studierendenberatung) erarbeiteten dafür ein entsprechendes Konzept. Die psychologische Beratung liegt dabei in den Händen der PSB.

Der Studienchecker umfasst folgende Maßnahmen: In der Phase 1 (vorletztes Schuljahr) erfolgt eine Erstinformation und -beratung durch die Schüler- und Bildungsberater/innen sowie die Vermittlung einer Explorationshilfe für Schüler/innen mittels eines Fragebogens (EXPLORIX). Darauf aufbauend wird die psychologische Beratung durch Mitarbeiter/innen der Psychologischen Studierendenberatung in der Schule selbst angeboten. In der Phase 2 (letztes Schuljahr) werden Gesprächsmöglichkeiten mit Praktiker/innen sowie spezielle Projekte der Österreichischen Hochschüler/innenschaft angeboten. Sollten Schüler/innen noch Entscheidungsschwierigkeiten haben, erhalten sie Einzeltermine bei der Psychologischen Studierendenberatung samt eingehender Testung.

Der „Studienchecker“ wurde 2009/2010 zum zweiten Mal in den Bundesländern Wien, Salzburg und Tirol an insgesamt 40 Schulen als Pilotprojekt durchgeführt. Ab dem jetzigen Schuljahr 2010/2011 läuft das Projekt erweitert auf Oberösterreich und die Steiermark. Sofern die Ressourcen dafür tatsächlich bereitgestellt werden, sollte die Durchführung in den nächsten Jahren flächendeckend erfolgen. Die Evaluation durch externe Experten (Busch/Solordoni 2010) bestand in einer Befragung sowohl der betroffenen Schüler/innen als auch der mit der Durchführung vor Ort betrauten Schüler-/Bildungsberater/innen zu mehreren Zeitpunkten im Verlauf der verschiedenen Phasen des Projektes. Fokussiert wurde auf bisherige Schritte zur Berufs-/Studienwahl, die Bewertung des EXPLORIX, die Zufriedenheit mit dem EXPLORIX sowie auf Verbesserungsvorschläge zum Projekt. Die Zielsetzungen des Studiencheckers wurden von den Autor/innen als für die Zielgruppe passend eingeschätzt.

Ungefähr die Hälfte der teilnehmenden Schüler/innen gab an, bezüglich der weiteren Laufbahn noch (sehr) unentschieden zu sein. Diese Teilnehmer/innen hatten in den seltensten Fällen eine Entscheidung gefällt und schwankten zwischen mehreren Alternativen. Nur ein Drittel hatte bisher professionelle Beratung aufgesucht (etwa Studieninformationen). Zwei Drittel sahen sich als aktiv gestaltend im Laufbahnprozess. Das Hauptinstrument EXPLORIX, welches einen Reflexionsprozess in Gang setzen und die Beratung vorbereiten sollte, wurde von fast allen Befragten als „leicht durchführbar“ und „verständlich“ und von 82% als „brauchbar“ beurteilt; 21% machten differenzierte Verbesserungsvorschläge. Die PSB hat auf dieser Basis schon eine Bearbeitung in Auftrag gegeben. Mit dem Projekt zeigten sich insgesamt 81% der Schüler/innen „hoch zufrieden“, 11% „mittel zufrieden“ und 8% „unzufrieden“. Gruppenvergleiche ergaben nur minimale Unterschiede. Die Befragung der Schüler-/Bildungsberater/innen ergab (bei deutlich geringerer Rücklaufquote als bei den Schüler/innen) das Bild einer hohen Zufriedenheit mit dem Projekt. Kritisch anzumerken ist, dass die Organisation des Projektes, insbesondere hin-

sichtlich des Zusammenspiels der einzelnen Institutionen, im Vorfeld nicht evaluiert wurde. Die Rückmeldungen werden in einer Arbeitsgruppe analysiert und darauf aufbauend Verbesserungen im Ablauf vorgenommen.

4.2 Evaluation durch Rückmeldung von Klienten

Der erste dokumentierte Diskurs zum Thema Evaluation geht an der PSB auf die Jahre 1979/80 zurück, als sich eine „Arbeitsgruppe Effizienzkontrolle“ formierte. In der Folge wurde mit verschiedenen Verfahren der Evaluation experimentiert. Im Zuge der Prüfung durch den Rechnungshof wurde die Evaluation ab 1995 zu einem offiziellen Auftrag des vorgesetzten Ministeriums.

Evaluiert wurde die psychotherapeutische und psychologisch beratende Tätigkeit an der PSB. Vieles im Vorgehen wurde von den alltäglichen Bedingungen einer Institution diktiert. Es war klar, dass es ein Instrument für die Evaluierung sehr unterschiedlicher Gruppen, Therapieschulen und Problemfelder geben sollte und dass Störungen des praktischen Arbeitsablaufes durch den Fragebogen minimiert werden mussten, um die Akzeptanz der Mitarbeiter/-innen und der Klienten zu erhalten.

In der *ersten Studie* (Felnemeti/Thaler-Steiner 1997) wurde dazu ein offener Veränderungsfragebogen vorgegeben: Klienten mit mehr als sieben Terminen formulierten als Zwischenbilanz und zum Abschluss ihre ursprünglichen Probleme und bewerteten die stattgefundene Veränderung. Auch die beratenden/behandelnden Psychologen hatten einen äquivalenten Fragebogen auszufüllen, in dem sie die Veränderungen der Klienten bewerteten. Ca. zwei Drittel der Klienten erfuhren hier subjektiv eine mittelstarke bis sehr starke Verbesserung ihrer Beeinträchtigungen. Sie schätzten zudem die Veränderungen tendenziell positiver ein als ihre Psychotherapeuten. 93% waren mit den Sitzungen zufrieden oder sehr zufrieden.

Für die *beiden folgenden Auftragsevaluationen* für Gruppenarbeit bzw. Einzelberatung und Therapie (Oberlehner 2000; 2001) wurden Fragebögen von zwei bzw. drei Seiten (in Anlehnung an Konsumentenreports) entworfen. Darin wurde vor allem nach der Zufriedenheit mit Merkmalen der Prozess- und Ergebnisqualität (z.B. „Das Klima in den Sitzungen war förderlich für mich“; „Die Beratung/Psychotherapie war insgesamt hilfreich für mich“) und nach dem Ausmaß der angestrebten Veränderung im Zielbereich (z.B. „Selbstwert“) gefragt. Mit ähnlichen Instrumenten wurden auch noch Fragen untersucht, die die Mitarbeiter/innen sehr interessiert haben, sich aber wenig für die Darstellung nach außen eignen, weil sie eventuelle Schwächen, vermeintliches oder wirkliches Scheitern betreffen: „Was sind die Motive für den Abbruch einer Psychotherapie oder Beratung?“ (Oberlehner 2006) und „Wie gut funktionieren Überweisungen nach außen, zu niedergelassenen Psychotherapeuten und anderen Institutionen?“

In der *Evaluation der Gruppenarbeit* (1.8.1997 bis 31.7.1999) gelang es, von 62,5% aller Personen, die eine Gruppe begonnen haben (n=1002), einen ausgefüllten Fragebogen zu erhalten: 692 (69%) in der Kurzform für geblockte und 310 (31%) mit einem ergänzenden Veränderungsfragebogen für die fortlaufenden Gruppen. Art und Themen der Gruppen sind sehr vielfältig. Insgesamt wurden 20 verschiedene Arten von Gruppen für unterschiedliche Themen erfasst.

Im ersten Teil des Fragebogens gaben beinahe 80% der Befragten an, dass sie mit Inhalt, Methode und Durchführung zufrieden waren. Am besten wurde dabei die Leitung der Gruppe beurteilt: 91,3% lagen hier im positiven Bereich, 63,8% beurteilten sogar sehr positiv. Bei der Frage „Was mir in der Gruppe wichtig und hilfreich war“ ragt mit 61,7% vor allem die zentrale Bedeutung des „Gruppenerlebnisses“ heraus. Das Bedürfnis, das eigene Problem in der Gruppe zu teilen, zu erleben, „dass es anderen genau so oder ähnlich geht“, ist sehr groß.

Beim zweiten Teil des Fragebogens, der nach erreichten Veränderungen fragt, wurde grundsätzlich in allen Bereichen positiv beurteilt: Fasst man die Kategorien „schwach positiv“, „positiv“ und „stark positiv“ zusammen, so fallen 85% aller Bewertungen darunter.

Die *Evaluationsstudie zu Einzeltherapie und -beratung* erfasste 1.316 Klienten im (1.8.1998 bis 31.7.2000). Da einige den Fragebogen zweimal vorgelegt bekamen, lagen insgesamt 1.392 Fragebögen zur Auswertung vor. 900 Personen wurde auch die zweite Seite mit skalierten Fragen zur Beratung/Therapie (nach fünf oder mehr Terminen) vorgelegt, 606 Personen füllten auch die dritte Seite, einen Veränderungsfragebogen (nach zehn oder mehr Terminen), aus.

Die wichtigste Informationsquelle, durch die Studierende und Studienbewerber zur PSB kommen, ist mit großem Abstand „Mundpropaganda“ (ca. 60%), d.h. über Personen, die selber schon Leistungen der PSB in Anspruch genommen hatten. Das wichtigste Motiv, unsere Beratungsstellen anderen Möglichkeiten der Hilfestellung vorzuziehen, ist die Kostenlosigkeit des Angebotes und das, was man insgesamt als guten Ruf bezeichnen könnte. Die Zufriedenheit mit „Anmeldemodus/Erstkontakt“ ist außerordentlich hoch: 94,2% waren zufrieden, 72,3% sogar sehr zufrieden, nur 0,7% der Personen äußerten in dieser Frage Unzufriedenheit (noch am häufigsten mit der „Wartezeit“).

Die skalierten Aussagen zur Beratung/Therapie weisen eine zustimmende Bewertung von mindestens 75%, bei drei von sechs Fragen von mindestens 90% auf. Der Aussage, „Die Beratung/Therapie war insgesamt hilfreich für mich“ haben 95% der Befragten zugestimmt oder sehr zugestimmt. Man muss hier berücksichtigen, dass die Art der vorgegebenen Aussagen einen Kompromiss zwischen den verschiedenen Psychotherapiemethoden darstellt. Es galt, eine Anzahl von Formulierungen zu finden, die es für jeden Mitarbeiter vertretbar machen, sie den eigenen Klienten vorzulegen. Jene mit einer positiven Zustimmung von über 90% sind solche, die von allen Therapierichtungen mehr oder weniger als Ziel akzeptiert werden, während „vertrautere Gefühle“, „konkrete Hilfestellung“ und „klarere Grenzen“ nicht so generell Priorität in der Gestaltung des Prozesses genießen.

Bei den offenen Fragen, die nach einem Kategoriensystem ausgewertet wurden, ragt vor allem ein (nicht weiter überraschendes) Ergebnis heraus: die zentrale Bedeutung dessen, wie das „Klima der Beziehung“ erlebt wird.

Beim dritten Teil des Fragebogens, der nach Veränderungen und deren Bewertung fragt, wurde grundsätzlich in allen Bereichen sehr positiv beurteilt: Fasst man die Kategorien „schwach positiv“, „positiv“ und „stark positiv“ zusammen, so liegen in allen Bereichen mehr als 80% der Angaben, in den Bereichen „Arbeit“ und „Psyche und Persönlichkeit“ sogar mehr als 90% im Positiven. Die „Veränderung der Gesamtbefindlichkeit“ beurteilten 97% positiv.

Weiterführende *statistische Analysen* zeigten noch einige interessante Teilergebnisse:

- Frauen beurteilten sowohl in Gruppen als auch im Einzelsetting positiver als Männer – dies zeigte sich wie in allen ähnlichen Untersuchungen auch hier.
- Die Altersgruppe bis einschließlich 20 Jahre beurteilte in beiden Settings in vielen Skalen signifikant weniger positiv als alle anderen Altersgruppen. Klienten dieser Altersgruppe sind häufig Studienbewerber mit Problemen in der Studienwahl, deren Erwartungshaltung meist sehr unrealistisch hoch ist, deren Beratung also zu einer durchaus erwünschten Desillusionierung führt, wobei die Anzahl der Beratungskontakte meist gering ist.
- Fortlaufende Gruppen schnitten signifikant besser ab als geblockte. Die Kontinuität scheint für einen Veränderungsprozess doch einen klaren Vorteil zu bieten. Ebenso hat die Anzahl der Einzelsitzungen einen signifikanten Einfluss: Personen mit mehr als acht Sitzungen urteilten signifikant positiver als solche mit weniger Terminen.
- Die unspezifischen Wirkungen der Gruppen waren sehr groß. Die Angaben zu Veränderungen im Bereich Psyche/Persönlichkeit waren aus allen Gruppen ungefähr gleich groß. Es ist danach z.B. durchaus sinnvoll, Studierenden mit schweren Kontaktproblemen ein Lerntraining anzubieten, wo sich dann „quasi nebenbei“ auch im sozialen Bereich einiges verändern kann, so wie z.B. Teilnehmer aus allgemeineren Psychotherapiegruppen auch viel für den Arbeitsbereich profitieren.
- Die Psychologen mussten angeben, ob der Fragebogen nach einer psychologischen Beratung oder Psychotherapie gegeben wurde. In vier Hauptskalen urteilten jene Personen, denen eine Psychotherapie zuteil wurde, signifikant positiver als jene mit psychologischer Beratung.

Abbrecherevaluation

Dazu wurden über zwei Jahre (2001-2002) alle Abbrecher von fortlaufenden Gruppen nach den Gründen ihres Ausbleibens befragt: 431 Gruppenteilnehmer wurden erfasst, von denen 84 (19%) abgebrochen haben. Die Befragung ergab einen Rücklauf von 47%: von 63 ausgesandten Fragebögen wurden 30 retourniert.

Mit Abstand am häufigsten wurden Terminprobleme für das Ausbleiben genannt. Die wichtigsten vier Gründe, die Abbrecher sonst angeben, sind der Eindruck, das Problem habe sich von selbst erledigt, das Gefühl, nicht über die wirklichen Probleme reden zu können, keine Besserung zu sehen und sich etwas anderes von der Gruppe erwartet zu haben. Die retournierten Fragebögen konnten meist sehr eindeutig Richtung Zufriedenheit oder Unzufriedenheit zugeordnet werden: 15 von den 30 zurückgeschickten Fragebögen ließen auf solche „zufriedene Abbrecher“ schließen, 13 waren deutlich unzufrieden, zwei konnten diesbezüglich nicht so eindeutig zugeordnet werden.

Deutlich lassen sich Diskrepanzen zwischen expliziten und impliziten Gründen für einen Abbruch erschließen: Die eigentlichen Gründe für den Abbruch dürften oft nur diffus als „schlechtes Klima“ empfunden werden. Wenn Gründe wie „Unzufriedenheit mit der Gruppenleitung“ und „Probleme mit anderen Teilnehmern“ bewusst sind, scheint es selbst beim Medium „Fragebogen“ bei vielen eine Hemmung zu geben, sie voll zum Ausdruck zu bringen. Am ein-

fachsten dürfte es dann sein, den Impuls zum Ausbleiben sich selbst bzw. den anderen gegenüber mit Terminproblemen zu begründen.

An der PSB Wien wurden von August 2002 bis Dezember 2004 alle Abbrecher im Einzelsetting befragt. In diesem Zeitraum wurden 130 Abbrüche gemeldet, an 99 dieser ausgebliebenen Klienten konnte ein Fragebogen nachgeschickt werden, 28 davon kamen zurück.

Auch hier wurden Terminprobleme am häufigsten als Gründe für den Abbruch angegeben, gefolgt vom Wegfallen des Behandlungsbedarfes und Angaben, aus denen eine Unzufriedenheit mit der Beratung bzw. Behandlung hervorgeht. Deutlich kann man auch hier bei den 27 Untersuchungsteilnehmern 14 „unzufriedene“ von 13 „zufriedene“ Abbrecher unterscheiden. Im Vergleich mit „Beendern“ können alle Abbrecher subjektiv weniger von der Psychotherapie bzw. psychologischen Beratung profitieren. In den offenen Antworten lassen sich als latente Abbruchmotive u.a. Angst vor tieferer Auseinandersetzung und zu starker Konfrontation, Probleme mit der Begrenzung der Zeit und spätadoleszente Ablösedemonstration herausarbeiten.

Überweisungsevaluation

Von Jänner 2007 bis Mai 2008 wurden an der PSB Wien 326 Überweisungen mittels Psychologenangaben erfasst. Für 251 der überwiesenen Klienten war eine Adresse inklusive Einverständnis für die Zusendung von Fragebögen vorhanden, sodass 251 Fragebögen versandt werden konnten, wovon 86 (34%) zurückgesandt wurden.

Den Klienten wurde fast ausschließlich Einzelpsychotherapie (96,6%) empfohlen. Dazu wurden meist ein oder zwei Psychotherapeuten genannt. 146 Klienten (44,8%) gaben selbst an den Psychologen die Rückmeldung, dass sie bei einem empfohlenen Therapeuten angekommen sind, 84% haben die empfohlene, 11% eine andere als die empfohlene Therapie angenommen.

In 87 Fällen (26,7%) gibt es von dem Therapeuten, an den überwiesen wurde, Rückmeldung, dass der Klient Kontakt mit ihm aufgenommen hat, bei 69 Personen (79,3%) wurde die Therapie auch aufgenommen. Nimmt man ergänzend noch die Information aus den Fragebögen hinzu, die wir von den Klienten zurückbekamen, wissen wir damit von 199 (61%), dass sie nach der Überweisung Kontakt mit Psychotherapeuten aufgenommen, und von 176 (54%), dass sie eine Psychotherapie begonnen haben.

Die überwiesenen Klienten sind insgesamt sehr zufrieden mit der Hilfestellung der PSB (87% äußern sich positiv). Dies, obwohl es für eine erhebliche Zahl schwierig ist, weitergeschickt zu werden, nicht gleich bei der Person bleiben zu können, bei der sie, oft das erste Mal in ihrem Leben, professionelle Hilfe für psychische Probleme suchten. Immerhin fast 15% geben Enttäuschung zu, nicht bleiben zu können, fast 17% verstehen nicht, warum sie nicht gleich an unserer Stelle bleiben können. Trotzdem sind es nur 5%, die sich mit ihrem Anliegen nicht aufgehoben fühlten. Wirklich bemerkenswert ist, dass es trotz der Enttäuschungen keine einzige negative Bewertung der Aussage nach der weiteren Empfehlung der PSB gibt und sich nur 6% „enthalten“ – 94% würden sie offenbar ohne Einschränkung weiterempfehlen.

5. Schlussbemerkungen

Wesentliche Elemente der Qualitätssicherung wie Evaluation, Berichtswesen oder eine regulierte Aus-, Fort- und Weiterbildung haben in der Psychologischen Studierendenberatung bereits eine lange Tradition. Auch in Zeiten knapper werdender Budgets sollte man nicht der Versuchung erliegen, in diesem Bereich drastisch zu sparen. Das viel strapazierte Sprichwort „Wer stehen bleibt, fällt zurück“ gilt in Zeiten zunehmenden Wandels und immer weiter reichender Vernetzung auch im tertiären Bildungsbereich, mit dem unsere Dienstleistungen ja engst verflochten sind, besonders. Zusammenarbeit in bereits bestehenden Netzwerken wie FEDORA oder EAIE könnte nicht nur für die Qualitätssicherung förderlich sein und eventuell auch Kosten sparen helfen (s. Dane/Gibbs 2009). So könnten auf dieser Ebene gemeinsame Aus- bzw. Fortbildungen angeboten oder ein Peer Review installiert werden. Allerdings soll Qualitätssicherung kein Eigenleben entfalten, sondern braucht immer wieder eine strenge Rückbindung auf die Ziele der Einrichtung.

Literaturverzeichnis

- Busch, M./Solardoni, L. (2010): Evaluation des Pilotprojekts „Studienchecker“ Teil I. Durchführung des „Studiencheckers“ (Befragung von Schüler/innen und Schüler-/Bildungsberater/innen) Jahrgang 2009/2010. Wien.
- Dane, M./Gibbs A. (2009): The Impact and Implications of a Quality Culture on Guidance and in Higher Education across Europe. In: Rott, G./Katzensteiner, M./Vos, E. (Hg.): IXth FEDORA Congress. Professional Challenge. Guidance and Counselling within the European Higher Education Area. Aarhus, S. 190-98.
- Felneveti, A./Thaler-Steiner, B. (1997): Zur Wirksamkeit psychologischer & psychotherapeutischer Behandlung und Beratung in der Psychologischen Studentenberatung. Wien: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr.
- Katzensteiner, M. (2004): Die Psychologische Studentenberatung. In: Metha, G. (Hg.): Die Praxis der Psychologie. Wien, New York, S. 151-58.

- Katzensteiner, M. (2008): Towards an Identity of Guidance and Counselling in Higher Education. In: Katzensteiner, M./Ferrer-Sama, P./Rott, G. (Hg.): Guidance and Counselling in Higher Education in European Union Member States. Aarhus, S. 336-49.
- Katzensteiner, M./Ferrer-Sama, P./Rott, G. (Hg.) (2008): Guidance and Counselling in Higher Education in European Union Member States. Aarhus.
- Metha, G. (Hg.) (2004): Die Praxis der Psychologie. Wien, New York.
- Oberlehner, F. (Hg.) (2000): Entwicklung und Evaluation der Gruppenarbeit in der psychologischen Studentenberatung. Wien.
- Oberlehner, F. (2001): Evaluation der psychologischen und psychotherapeutischen Behandlung in der Psychologischen Studentenberatung. Wien.
- Oberlehner, F. (2006): Motive für den Abbruch einer psychologischen Beratung oder Psychotherapie. In: Psychologie in Österreich, 6/2006. S. 389-98.
- Petri, W. (1968): Memorandum betreffend die Einrichtung eines Studentenberatungsdienstes an den Hochschulen. Wien.
- Rott, G./Katzensteiner, M./Vos, E. (Hg.) (2009): IXth FEDORA Congress. Professional Challenges. Guidance and Counselling within the European Higher Education Area. Aarhus.
- Sedlak, F. (2004): Standards der Psychologischen Beratungsstellen für Studierende. Wien.
- Unger, M. et al. (2009): Studierenden-Sozialerhebung 2009. Bericht zur sozialen Lage der Studierenden. Wien.

- Dr. Michael Katzensteiner, HR, Klinischer Psychologe, Gesundheitspsychologe, Psychotherapeut, Supervisor, Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Studierende (PBS) Linz, E-Mail: michael.katzensteiner@jku.at
- Dr. Franz Oberlehner, HR, Klinischer Psychologe, Gesundheitspsychologe, Psychotherapeut, Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Studierende (PBS) Wien, E-Mail: franz.oberlehner@univie.ac.at

im Verlagsprogramm erhältlich:

Peter Viebahn:
Hochschullehrerpsychologie
Theorie- und empiriebasierte Praxisanregungen für die Hochschullehre

ISBN 3-937026-31-2, Bielefeld 2004, 298 Seiten, 29.50 Euro

Wolff-Dietrich Webler:
Lehrkompetenz - über eine komplexe Kombination aus Wissen, Ethik, Handlungsfähigkeit

ISBN 3-937026-27-4, Bielefeld 2004, 45 Seiten, 9.95 Euro

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

*Julia Aghotor, Katja Hoffmann, Frank-Hagen Hofmann,
Michael Sperth & Rainer M. Holm-Hadulla*

Onlineberatung für Studierende – Unterschiede zwischen realer und virtueller Beratung



Julia Aghotor



Katja Hoffmann



*Frank-Hagen
Hofmann*



Michael Sperth



*Rainer M.
Holm-Hadulla*

Das Internet stellt für junge Menschen mittlerweile ein weitgehend täglich genutztes Medium dar und wird neben der Informationsrecherche vor allem zu Kommunikationszwecken genutzt. Dies eröffnet die Möglichkeit, auch psychotherapeutische Angebote auf diesem Wege zugänglich zu machen. Zwar ist die Behandlung von Patienten über das Internet in Deutschland bisher nur über wissenschaftliche Modellprojekte gestattet, erste Studien zu internetbasierten Psychotherapien liefern jedoch ermutigende Ergebnisse (Berger/Andersson 2009; Bauer et al. 2009; Bauer et al. in press).

Die neuen Chancen, die sich durch internetgestützte Beratung und Psychotherapie ergeben, zeigen sich auch in der ständig wachsenden Zahl an Onlineberatungsangeboten im psychosozialen Kontext, die seit ca. Mitte der 90er Jahre immer häufiger aufzufinden sind. Internetbasierte Beratung soll es ermöglichen, neuen Zielgruppen und/oder therapeutisch schwer zu erreichenden Personen Hilfsangebote zu unterbreiten, und scheint somit eine gute Ergänzung zur klassischen Face-to-Face-Beratung darzustellen. Für viele Ratsuchende scheint der erste Kontakt mit einer Beratungsstelle auf diese Weise einfacher zu sein: Sie können zunächst einmal „abtasten“, ob sie eine Beratung in der speziellen Einrichtung machen wollen bzw. eine Beratung von Seiten des Fachpersonals überhaupt als notwendig erachtet wird (Westerhoff 2009).

Aussagekräftige Studien zu Online-Angeboten fehlen jedoch noch weitgehend. Obwohl die Erfahrungen aus der Praxis bereits erste Vor- und Nachteile internetbasierter Beratung erkennen lassen, ist weiterhin unklar, welche Personen dieses Angebot vermehrt nutzen, ob es bestimmte Problembereiche gibt, für die sich die Onlineberatung anbietet und welche Grenzen und Besonderheiten dieses Angebot mit sich bringt. Der vorliegende Artikel möchte daher über die Erfahrungen mit der Onlineberatung für Studierende in

der Psychotherapeutischen Beratungsstelle (PBS) des Studentenwerks Heidelberg berichten. Darüber hinaus soll untersucht werden, ob und gegebenenfalls welche Unterschiede zwischen Nutzern der virtuellen und der realen Beratungssituation bestehen.

1. Onlineberatung der PBS Heidelberg

Seit März 2009 bietet die Psychotherapeutische Beratungsstelle des Studentenwerks (PBS) der Universität Heidelberg eine Onlineberatung per E-Mail als ein niedrigschwelliges Angebot an. Die technische und nach außen hin abgesicherte SSL-verschlüsselte Grundlage dafür bildet eine Plattform der Firma Beranet (www.beranet.de). Diese bietet neben der E-Mail-Beratung auch eine Vielzahl anderer interaktiver und multimedialer Tools, z.B. terminierte Einzel- oder Gruppenchats. Da die PBS jedoch bereits die Möglichkeit einer offenen „Akut“-Sprechstunde anbietet, stellt die zeitlich flexible und von den Beratungszeiten unabhängige E-Mail-Beratung eine ideale Ergänzung zum Bestandsangebot dar.

Um ein reibungs- und lückenloses Angebot (auch über die Feiertage) aufrecht erhalten zu können, wurde die Onlineberatung ab Dezember 2009 von zwei Beraterinnen der PBS durchgeführt. Beide haben einen psychologisch/psychotherapeutischen Hintergrund. Methodisch lehnt sich die Onlineberatung der PBS Heidelberg an ein integratives Beratungskonzept an (Holm-Hadulla et al. 2009), welches aus gängigen psychotherapeutischen Verfahren (wissenschaftliche Gesprächs-, kognitive Verhaltens-, psychodynamische und existentielle Therapie) wirksame therapeutische Grundhaltungen, Methoden und Techniken kombiniert. Eine Erstanfrage wird in der Regel innerhalb von drei Tagen beantwortet, Folgeanfragen innerhalb einer Woche. Dabei nimmt die Bearbeitung einer Anfrage durchschnittlich etwa

eine Stunde in Anspruch. Die adäquate Beantwortung einer Erstanfrage ist in der Regel etwas aufwändiger und dauert 1,5-2 Stunden. Folgeanfragen können dagegen aufgrund des Vorwissens zumeist in kürzerer Zeit (ca. 1 Stunde) beantwortet werden.

2. Methoden

Stichprobe und Auswertung

Sowohl für die Klienten, die ihr Behandlungsanliegen im Online-Modul kommunizieren, als auch für die Studierenden, die sich für ein persönliches Beratungsgespräch an die Psychotherapeutische Beratungsstelle wenden, liegen Daten zur psychischen Beeinträchtigung, Lebens- und Studienzufriedenheit sowie zum Umgang mit Alkohol, Cannabis und PC-/Online-Nutzung vor. Die Frage, ob sich die Studierenden, die eine Online-Beratung nutzen möchten, in den genannten Variablen von den PBS-Klienten unterscheiden, lässt sich durch einen Vergleich der Daten beider Stichproben beantworten.

Bislang haben 38 der 105 Klienten, welche die Onlineberatung in Anspruch genommen haben, den optionalen Fragebogen bearbeitet und Angaben zu psychischer Beeinträchtigung, der PC-/Internet-Nutzung sowie dem Umgang mit Alkohol und Cannabis gemacht. Diese 38 Datensätze wurden verglichen mit einer gleich großen Zufallsstichprobe von PBS-Klienten, die aus dem Datensatz für den gesamten Jahrgang extrahiert wurde. Die Gesamtstichprobe für die nachfolgende inferenzstatistische Auswertung (t-Test für unabhängige Stichproben) betrug daher $N=76$ Personen, die sich zu gleichen Teilen aus Onlineberatung und PBS rekrutierten.

Instrumente

Die Onlineberatungs-Plattform ermöglicht neben der routinemäßigen Erfassung soziodemographischer Daten auch die Implementierung von Fragebögen, sodass relevante Informationen von den Klienten erfragt und auch vom Berater eingesehen werden können. Die Bearbeitung der Fragebögen ist fakultativ. Es handelt sich dabei um Fragebögen, die auch den Studierenden in der Beratungsstelle vorgelegt werden.

Psychosoziale Beschwerdeliste

Die psychosoziale Beschwerdeliste (PSB) erfasst die subjektive Beeinträchtigung in insgesamt 21 verschiedenen Problembereichen. Zur Bewertung der Beeinträchtigungsschwere dient eine sechsstufige Skala (0: gar nicht; 5: sehr stark). Dieses Instrument wurde unter anderem in der 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1986) bei annähernd 20.000 Studierenden eingesetzt. Itemratings von mindestens „4“ werden aufgrund von Voruntersuchungen (Holm-Hadulla/Soeder 1997) als ausgeprägt und klinisch relevant angesehen.

Lebens- und Studienzufriedenheitsskala

Die Lebens- und Studienzufriedenheitsskala (LSZ, Holm-Hadulla/Hofmann 2007) dient der Erfassung der Zufriedenheit von Studierenden. Während sich vier Fragen auf ein allgemeines Gefühl der Leistungsfähigkeit, der Zufrieden-

heit mit sich und in der Beziehung zu anderen sowie der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben beziehen, richten sich drei weitere Fragen explizit auf Aspekte des Studiums (eigene Studienleistungen, Studiensituation und Rahmenbedingungen) und sind auf einer fünfstufigen Skala zu bewerten. Die Klienten können angeben, in welchen Bereichen sie sich als psychisch belastet empfinden. Darüber hinaus wird der Umgang der Klienten mit der PC-/Internet-Nutzung sowie mit Alkohol (nach Bush et al. 1998) und Cannabis (Fragebogen des Studentenwerks Oldenburg) erfragt. Alle Fragen sind von den Klienten – je nach Häufigkeit oder Ausprägungsgrad – auf einer fünfstufigen Skala zu beantworten.

3. Ergebnisse

Die Onlineberatung des Studentenwerks Heidelberg stellt ein Angebot dar, das die Studierenden auch erreicht: Die Seite wurde seit Beginn des Projekts im März 2009 bis Mai 2010 mehr als 6000-mal aufgerufen. Genutzt wurde das Onlineberatungs-Angebot im genannten Untersuchungszeitraum von insgesamt 105 Klienten. Die Zahl der Erstanfragen pro Monat fluktuierte deutlich, wobei die Besonderheit der studentischen Stichprobe dabei berücksichtigt werden sollte: Semesterbedingte Veränderungen scheinen nach ersten Erfahrungen einen deutlichen Einfluss auf die Nachfrage zu haben. Während der Vorlesungszeit wandten sich im Juni 2009 insgesamt 12 neue Klienten an die Onlineberatung, während es im vorlesungsfreien August 2009 keinen neuen Klienten gab. Diese zeitlichen Fluktuationen decken sich mit den Erfahrungen zu Ballungszeiten in der Beratungsstelle, d.h. sie gelten also gleichermaßen für onlinebasierte als auch persönliche Beratung.

Während sich manche Klienten lediglich einmalig an die Onlineberatung wandten, benötigten ca. 50% der Ratsuchenden eine weitergehende Beratung, teilweise über einen längeren Zeitraum, sodass es im Untersuchungszeitraum in der PBS-Onlineberatung zu insgesamt 224 E-Mail-Kontakten kam.

Deskriptive Evaluation

Bei dieser Untersuchung handelt es sich um das erste Projekt im Rahmen der Onlineberatung mit einem kleinen Stichprobenumfang von 76 Teilnehmern. Daher ist neben der rein empirischen Evaluation auch die deskriptive Analyse der Daten von Interesse.

Die Auswertung der Angaben zeigt, dass zwei Drittel der Ratsuchenden in der Onlineberatung weiblich sind. Dieser Anteil entspricht in etwa dem der klassischen Face-to-Face-Beratung (s.a. Holm-Hadulla et al. 2009). Die Mehrheit der Studierenden, die die Online-Beratung in Anspruch nehmen, ist erwartungsgemäß im Alter zwischen 21 und 25 Jahren und stammt aus dem städtischen Umfeld. 37% der Studierenden gaben an, alleinstehend zu sein; 33% leben in einer Partnerschaft und ca. 5% mit den Eltern. Die fehlenden Prozente resultieren aus unvollständigen Angaben.

Eine deskriptive Auswertung der Angaben der Psychosozialen Beschwerdeliste (Holm-Hadulla et al. 2009) identifizierte „mangelndes Selbstwertgefühl“ als am stärksten ausgeprägten Problembereich. 63% der Klienten schätzten ihre Belastung durch diesen Bereich als „stark“ oder „sehr stark“

ein und gelten damit als klinisch relevant beeinträchtigt. An zweiter Stelle folgen diffuse Ängste und Unruhezustände, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten sowie depressive Verstimmung, die von mehr als der Hälfte der Klienten als „stark“ oder „sehr stark“ ausgeprägt eingeschätzt werden. Auch Prüfungsängste sind mit 45% sehr häufig klinisch relevant ausgeprägt.

Mit einigem Abstand folgen Partnerschaftsprobleme, psychosomatische Beschwerden und Kontaktschwierigkeiten, die von 20-30% der Klienten als „stark“ oder „sehr stark“ ausgeprägt bewertet werden. 10-20% der Klienten leiden unter klinisch relevant ausgeprägten Konflikten mit den Eltern oder sexuellen Problemen.

Der Umgang mit Alkohol und Drogen wird von den Studierenden, welche die Onlineberatung in Anspruch nehmen, kaum als Problem empfunden. Gerade einmal 5% der Online-Klienten berichten von klinisch relevanten Problemen mit Alkohol- oder Drogen-Konsum.

Vergleich der Onlineberatungs- und der PBS-Klienten

Neben der Darstellung der Häufigkeiten klinisch relevanter Nennungen in den einzelnen Beschwerdebereichen ist ein Vergleich der Angaben von Nutzern der Onlineberatung und PBS-Klienten von besonderem Interesse (vgl. Tab. 1), um Ähnlichkeiten oder Unterschiede zwischen den Gruppen zu erkennen.

Auffallend ist, dass sich die fünf am stärksten ausgeprägten Beeinträchtigungsbereiche in beiden Gruppen entsprechen. Mangelndes Selbstwertgefühl, diffuse Ängste und Unruhezustände, Arbeits- und Konzentrationsstörungen, depressive Verstimmung und Prüfungsängste sind also unabhängig von der Art der Kontaktaufnahme (online vs. persönliches Gespräch) die zentralen Problembereiche der studentischen Klienten.

Die Reihenfolge unterscheidet sich jedoch zwischen den Gruppen. Eine Gegenüberstellung der Werte ergibt, dass Abweichungen von mehr als 10% in der Häufigkeit klinisch relevanter Beeinträchtigungen bei sechs Items auftreten. So werden Probleme mit dem eigenen Selbstwert von den Klienten der Onlineberatung deutlich öfter als klinisch relevant ausgeprägt eingeschätzt als von den Klienten der PBS (Differenz von 18% bei dem Item „mangelndes Selbstwertgefühl“ zwischen Online- und PBS-Klienten).

Ebenfalls häufiger genannt werden von den Klienten der Onlineberatung depressive Verstimmungen und Kontaktschwierigkeiten. Eindrücklich ist auch die Differenz von 13% in den klinisch relevanten Beeinträchtigungen bei sexuellen Problemen, welche in der Gruppe der PBS-Klienten überhaupt nicht als „stark“ oder „sehr stark“ ausgeprägt eingeschätzt werden.

Bei Klienten in der PBS scheinen dagegen Beeinträchtigungen durch „Krankheit/Tod nahestehender Personen“ sowie finanzielle Probleme eine größere Rolle zu spielen als bei Klienten der Onlineberatung.

Empirische Evaluation

Eine erste Evaluation der Nutzungsanliegen mithilfe der Psychosozialen Beschwerdeliste (PSB) sowie der Studien- und Lebenszufriedenheitsskala (LSZ) zeigte einen Schwerpunkt in den Bereichen Angst und Depression, was bei der Untersuchung der obligatorischen Angabe des Beratungs-

Tabelle 1: Prozentsatz klinisch relevanter Beeinträchtigung in beiden Stichproben (jeweils N=38)

Psychosoziale Beschwerdeliste	PBS	Online	Abweichung
1. Partnerschaftsprobleme	28	29	+ 1
2. Konflikte mit den Eltern	24	18	- 5
3. Krankheit/Tod nahe stehender Personen	21	8	- 13
4. Eigene körperliche Erkrankungen	11	5	- 6
5. Wohnprobleme	14	5	- 9
6. Finanzielle Probleme	14	0	- 14
7. Starke Belastung durch Kind	5	0	- 5
8. Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten	45	53	+ 8
9. Prüfungsangst	41	45	+ 4
10. Kontaktschwierigkeiten	8	21	+ 13
11. Mangelndes Selbstwertgefühl	45	63	+ 18
12. Angst, Unruhe, die ich nicht erklären kann	59	55	- 4
13. Schwer beherrschbare Aggressionen	8	11	+ 3
14. Zwangsvorstellungen, -handlungen	6	13	+ 7
15. depressive Verstimmung	41	53	+ 12
16. Selbstmordgedanken	3	5	+ 2
17. sexuelle Probleme	0	13	+ 13
18. psychosomatische Beschwerden	32	26	- 5
19. Probleme mit Alkohol und Drogen	0	5	+ 5
20. Medikamentenabhängigkeit	0	0	0
21. Schwere psychiatrische Erkrankungen	0	0	0
22. Schwere psychiatrische Erkrankungen	0	0	0

anlasses bestätigt wurde. Diese beiden Bereiche werden auch von den Klienten der klassischen Face-to-Face-Beratung am häufigsten genannt (Holm-Hadulla/Hofmann/Sperth/Funke 2009).

Psychosoziale Beschwerdeliste

Die Psychosoziale Beschwerdeliste erlaubt den Vergleich der Beeinträchtigungsschwere in vielen unterschiedlichen psychosozialen Bereichen. Die durchgeführten t-Tests zur Prüfung von Mittelwertsunterschieden zwischen den Klienten der Online-Beratung und den Studierenden, die zur Face-to-Face-Beratung in der PBS erscheinen, verlief größtenteils nicht signifikant.

Während sich die beiden Klientengruppen in keiner der genannten klinisch-psychologischen Beeinträchtigungsbereiche (depressive Verstimmung, mangelndes Selbstwertgefühl, diffuse Ängste, psychosomatische Beschwerden) signifikant unterscheiden, zeigt das Item „Finanzielle Schwierigkeiten“ als einziges eine signifikante Mittelwertsdifferenz: die Klienten, die zum persönlichen Beratungsgespräch in die PBS kommen, sind deutlich stärker durch finanzielle Schwierigkeiten belastet.

Ausgehend von der Selbsteinschätzung der Klienten auf den Items, die Auskunft über das psychische Befinden in Bereichen geben, die eine psychotherapeutische Behandlung erfordern würden (in Abgrenzung beispielsweise zur Sozialberatung als indizierter Beratungsform), lässt sich daher feststellen, dass beide Gruppen in ähnlichen Bereichen und in ähnlicher Schwere beeinträchtigt sind. Mit Blick auf die psychosozialen Beschwerden ergibt sich also kein differentielles Profil für die Inanspruchnahme des jeweiligen Beratungsangebots. Nicht erfasst werden jedoch die situativen Einflüsse wie Akuität des Problems, Möglichkeit zur Anonymität oder Verfügbarkeit, die als Moderatorvariablen darüber entscheiden mögen, ob sich der Student an die Onlineberatung oder direkt an die PBS wendet.

Lebens- und Studienzufriedenheit

Die Daten zur Lebens- und Studienzufriedenheit zeigen auf nahezu allen Items signifikante Unterschiede zwischen den

Tabelle 2: Mittelwertsvergleiche der Psychosozialen Beschwerdeliste

Lebens- und Studienzufriedenheitsskala	sample	N	M	SD	T	df	Sig
1. eigene Gesundheit und Leistungsfähigkeit	PBS	38	2,74	1,107	3,883	74	,000
	Online	38	1,79	1,018			
2. mit sich selbst zurechtkommen	PBS	38	2,26	0,95	3,840	74	,000
	Online	38	1,32	1,188			
3. mit Anderen zurechtkommen	PBS	38	3,42	0,919	6,059	74	,000
	Online	38	1,97	1,15			
4. Lebenszufriedenheit allgemein	PBS	38	2,21	0,991	3,667	74	,000
	Online	38	1,34	1,072			
5. mit den Studienleistungen	PBS	36	2,00	1,069	1,140	72	,258
	Online	38	1,68	1,297			
6. mit der Studiensituation	PBS	37	2,14	1,004	2,702	73	,009
	Online	38	1,42	1,266			
7. mit den Rahmenbedingungen des Studiums	PBS	36	2,33	0,956	2,136	72	,036
	Online	38	1,79	1,212			

Klienten der Onlineberatung und den Studierenden, die die PBS für ein persönliches Gespräch kontaktieren (siehe Tab. 2). Im Vergleich von Lebens- und Studienzufriedenheit zeigt sich, dass die Studienzufriedenheit bei den PBS-Klienten etwas niedriger ausgeprägt ist als die Lebenszufriedenheit, während es sich bei den Klienten der Onlineberatung tendenziell umgekehrt verhält.

Die Betrachtung der absoluten Mittelwerte beider Gruppen ergibt, dass die Klienten, welche eine Onlineberatung in Anspruch nehmen, auf fast allen Items signifikant niedrigere Zufriedenheitswerte erreichen als die Studierenden, die für die Beratung in die PBS kommen. Eine Ausnahme stellt lediglich die Zufriedenheit mit den eigenen Studienleistungen dar: Diese ist in der Onlineberatungs-Gruppe zwar ebenfalls niedriger, die absolute Höhe der Differenz zu den PBS-Klienten reicht jedoch nicht aus, um den Mittelwertsunterschied signifikant werden zu lassen.

Alkohol, Cannabis, PC-/Online-Nutzung

Ebenfalls untersucht wurden die Angaben der Klienten aus beiden Gruppen zum Alkohol- und Cannabis-Konsum sowie zur PC-/Internet-Nutzung. Hierbei ergaben sich weder für Alkohol oder Cannabis noch für das Ausmaß der PC-/Internet-Nutzung signifikante Unterschiede in den Ratings. Weder konsumieren Online beratene Klienten häufiger oder mehr Alkohol bzw. Cannabis, noch verbringen sie nach ihrer Selbsteinschätzung mehr Zeit am PC/im Internet als die Klienten der PBS.

4. Diskussion

Die Erfahrungen nach einem Jahr Onlineberatung an der PBS Heidelberg lassen vermuten, dass diese Art der Beratung für 50% der Ratsuchenden im Sinne einer Klärung, einer Anregung zu veränderten Perspektiven und der Ermunterung zu neuen Schritten ausreichend ist. Bei weiteren 50% sind dagegen weitergehende Unterstützungsangebote im Sinne einer persönlichen Beratung oder einer Psychotherapie notwendig. Es kann daher festgestellt werden, dass Onlineberatung ein ergänzender Zugang zur Beratung ist und für einige eine ausreichende Form der Beratung darstellt; klassische Beratungs- und Therapieangebote kann sie jedoch keinesfalls ersetzen.

Zwischen den Nutzern beider Gruppen ließen sich anhand dieser kleinen Stichprobe bisher bezüglich der Beeinträchtigungsschwere und der Suchtproblematik keine signifikanten Unterschiede nachweisen. Lediglich bezüglich der Le-

bens- und Studienzufriedenheit unterschieden sich die Gruppen: Die Klienten der Onlineberatung gaben auf fast allen Items eine stärker ausgeprägte Unzufriedenheit an als die Klienten der PBS. Welche Faktoren darauf Einfluss haben, kann bis dato jedoch nicht geklärt werden. Ob beispielsweise die Akuität der Problematik (d.h. der Abstand zwischen dem Auftreten und der Schilderung des Problems) einen Einfluss auf die Ausprägung der Zufriedenheit aufweist, bleibt eine Vermutung. Da die Onlineberatung meist dann genutzt wird, wenn die Probleme akut auftreten, entsteht häufig der Eindruck, dass die Online beratene Klienten stärker beeinträchtigt seien als Studierende, die zu terminierten Gesprächen die Beratungsstelle aufsuchen. Bestimmte Formulierungen der Klienten aus den E-Mails wie „...es musste jetzt einfach mal raus...“, scheinen dies zu bestätigen. Weitere Studien sollten daher den Einfluss der zeitlich nahen Verfügbarkeit der Onlineberatung untersuchen.

Im Wesentlichen ergaben sich keine Unterschiede in der Symptomatik und den Problemfeldern zwischen beiden Klienten-Gruppen. Aus Sicht der Beeinträchtigung in klinisch-psychologischen Kategorien kann daher festgestellt werden, dass beide Angebote von Personen mit ähnlichen Schwierigkeiten genutzt werden. In diesem Sinne stellt die Onlineberatung einen zusätzlichen und besonders flexiblen Zugangsweg für die psychologisch-psychotherapeutische Beratung dar. Bei der Onlineberatung entscheidet der Klient, wann und wie oft er Hilfe in Anspruch nehmen möchte und bewahrt damit eine größtmögliche Autonomie. Der zeitliche Faktor dürfte durch die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge und die damit einhergehenden begrenzten Zeitressourcen der Studenten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die Tatsache, dass die Onlineberatungsklienten fast ausschließlich die Abend- und Nachtstunden bzw. Wochenenden nutzen, um sich per E-Mail mit ihren Anliegen an die Beratungsstelle zu wenden, scheint dies zu bestätigen. Anscheinend spielen praktische Gründe (zeitliche und örtliche Gegebenheiten) bei der Nutzung der Onlineberatung eine wichtige Rolle. Die Bedeutung dieses Angebots für die Zukunft zeigt sich jedoch auch darin, dass auf diesem Wege sehr viele Studierende erreicht werden können. Im Untersuchungszeitraum wurde die Onlineberatung mehr als 6.000-mal aufgerufen und mit der Etablierung des Angebots ist hier mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Auch wenn die Unterschiede zwischen den Klienten in der persönlichen Beratungssituation zu den Onlineberatungsklienten größtenteils gering sind, zeigen sich einige Besonderheiten, wie z.B. die tendenziell stärkeren klinischen Ausprägungen bei Onlineberatungsklienten. Inwieweit es sich hier um reale oder artifizielle Unterschiede handelt, konnte – vermutlich aufgrund der insgesamt geringen Fallzahl – zwar nicht geklärt werden, die Differenzen zwischen beiden Gruppen zeigen jedoch ein interessantes Bild: Studierende, die die Onlineberatung nutzen, leiden tendenziell stärker unter Selbstwertproblemen und depressiver Verstimmung und scheinen in interpersonellen sowie sexuellen Kontakten größere Probleme aufzuweisen als die Klienten, die zum persönlichen Gespräch in die PBS kommen.

Mit Kontaktschwierigkeiten und sexuellen Problemen finden sich hier zwei Problembereiche, die tendenziell mit schambesetzten Erfahrungen im zwischenmenschlichen Bereich assoziiert sind. Es kann vermutet werden, dass die Schilderung solcher Erfahrungen im Rahmen einer distanzierteren und anonymen Kommunikation per E-Mail initial leichter fällt. So setzt sich der Klient auch nicht direkt den möglicherweise von ihm erwarteten negativen oder abwertenden Reaktionen des Gegenübers aus. Anders als bei einer herkömmlichen Beratung bietet die Onlineberatung durch physische Distanz zwischen Berater/Therapeut und Klient/Patient die Möglichkeit, sich anonym zu äußern. Vielen Personen fällt es dadurch leichter, auch über tabuisierte Gefühle zu berichten oder traumatisierende Erfahrungen zu schildern (auch zu Themen wie Sexualität, Umgang mit Gewalt, Sterben, Tod und selbstverletzendem Verhalten). Im Vergleich dazu ist anzunehmen, dass der persönliche Kontakt bei Beeinträchtigungen durch Krankheit/Tod und zum anderen finanzielle Probleme für die Klienten weniger schwierig ist. Es scheint akzeptabler zu sein, in der Trauer oder Sorge um nahestehende Personen ein persönliches Gespräch zu suchen oder Beratungsbedarf in allgemeinen Lebenslagen zu äußern.

Anliegen dieses Artikels war es einerseits zu untersuchen, welche Faktoren die Inanspruchnahme der Onlineberatung beeinflussen, und andererseits, ob es dabei unterschiedliche Nutzerprofile gibt. Es zeigte sich, dass die Onlineberatung keinen Einschränkungen unterliegt, sondern – genau wie reale Beratungssituationen – von einer breitgefächerten Klientel genutzt wird.

Die praktische Umsetzung und Bedeutung therapeutischer Methoden (Sperth et al. 2009) in der Onlineberatung werden in einem gesonderten Artikel des Onlineberatungsprojekts dargestellt.

Dank an die Manfred-Lautenschläger-Stiftung, die die wissenschaftliche Begleitforschung gefördert hat.

Literaturverzeichnis

- Berger, T./Andersson, G. (2009): Internetbasierte Psychotherapien: Besonderheiten und empirische Evidenz. *Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie* Nr. 59, S. 159-170.
- Bauer, S./Moessner, M./Wolf, M./Haug, S./Kordy, H. (2009): ES[S]PRIT - An Internet-based program for the prevention and early intervention of eating disorders in college students. *British Journal of Guidance and Counselling*, No. 37, pp. 327-336.

- Bauer, S./de Niet, J./Timman, R./Kordy, H. (in press): Enhancement of care through continuous monitoring and tailored feedback via text messaging and their use in the treatment of childhood overweight. *Patient Education and Counseling*.
- Bush, K./Kivlahan, D.R./McDonell, M.B./Fihn, S.D./Bradley, K.A. (1998): The AUDIT alcohol consumption questions (AUDIT-C): an effective brief screening test for problem drinking. *Archives of International Medicine*. No. 54, pp. 1789-1795.
- Holm-Hadulla, R./Hofmann, F.H./Sperth, M./Funke, J. (2009): Psychische Beschwerden und Störungen von Studierenden. *Psychotherapeut* 2009. No. 54, pp. 346-56.
- Niklas, D./Day, P./Prudlo, U. (2005): Zur therapeutischen Beziehung im virtuellen Raum (Internet) – Eine explorative Online-Studie. Verfügbar unter: <http://www.fob.uni-tuebingen.de/fachpublikum/forschung/feldstudie.php> (aufgerufen am 07.07.2010).
- Sperth, M./Hofmann, F.-H./Holm-Hadulla, R.M. (2009): Integrative Psychologische und Psychotherapeutische Beratung für Studierende. *Zeitschrift für Beratung und Studium* Jg. 5/H. 4, S. 89-97
- Studentenwerk Oldenburg (2010): Test: Besteht bei mir eine Cannabisabhängigkeit? Verfügbar unter: <http://www.studentenwerk-oldenburg.de/psb/suechte.cannabis.html> (aufgerufen am 12.10.2010).
- Westerhoff, N. (2009): Onlinetherapie: Räumliche Distanz ermöglicht emotionale Nähe. *Psychologie Heute compact*. Nr. 21, S. 58-61.

- **Julia Aghotor**, Dipl.-Psych., Mitarbeiterin der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, Studentenwerk Heidelberg, E-Mail: julia.aghotor@stw.uni-heidelberg.de
- **Katja Hoffmann**, Dipl.-Psych., Mitarbeiterin der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, Studentenwerk Heidelberg, E-Mail: katja.hoffmann@stw.uni-heidelberg.de
- **Dr. Frank-Hagen Hofmann**, Dipl.-Psych., Mitarbeiter der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, Studentenwerk Heidelberg, E-Mail: fh.hofmann@stw.uni-heidelberg.de
- **Michael Sperth**, Dipl.-Psych., Mitarbeiter der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, Studentenwerk Heidelberg, E-Mail: michael.sperth@stw.uni-heidelberg.de
- **Dr. Rainer M. Holm-Hadulla**, Professor für Psychotherapeutische Medizin, Leiter der Psychotherapeutischen Beratungsstelle, Studentenwerk Heidelberg, Universität Heidelberg, E-Mail: rainer.holm-hadulla@stw.uni-heidelberg.de

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Frauke Gützkow und Gunter Quaifßer (Hg.):
Jahrbuch Hochschule gestalten 2007/2008 -
Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft**

ISBN 3-937026-58-4, Bielefeld 2008, 216 S., 27.90 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22



Gabriele Bensberg & Jürgen Messer:
Survivalguide Bachelor.
Leistungsdruck, Prüfungsangst,
Stress u.Co?
Erfolgreich mit Lerntechniken,
Prüfungstipps.
So überlebst Du das Studium!
 Springer Verlag, 2010
 ISBN 978-3-642-12855-4
 270 Seiten, 19.95 Euro

Die Autoren Gabriele Bensberg und Jürgen Messer haben es sich auf über 250 Seiten zur Aufgabe gemacht, Studierenden in ihrer „krisenanfälligen Lebenssituation“ Hilfestellung zu geben und dabei ihre Erfahrungen aus der Psychotherapeutischen Beratungsstelle im Studentenwerk Mannheim in das Buch einfließen lassen. Mit dem Titel „Survivalguide Bachelor“ und dem Untertitel „So überlebst Du das Studium!“ wird den frisch immatrikulierten und zukünftigen Studierenden gleich verdeutlicht, worum es heutzutage geht: Das Studium muss ertragen, bewältigt und überdauert werden, am Leben bleiben heißt die Devise!

In ihrem „Überlebenshandbuch“ orientieren sich die Autoren dabei an den einzelnen Stationen in der Karriere der Studierenden. Die Kapitel sind in vier übergeordnete Themen unterteilt: „Wichtige Infos vorab“ mit dem Focus auf die Zeit vor dem Studienbeginn und einer endgültigen Studienentscheidung (I), „Die physische und psychische Ausrüstung“ mit Hinweisen zur Ernährung, Entspannung und Motivation (II), „Das praktische „Handwerkszeug“ rund um Lernen, Prüfungen und Hausarbeiten (III) sowie „Probleme und (k)ein Ende“ über den Umgang mit möglichen Problemsituationen im Studium (IV). Mit jeder dieser behandelten Rubriken entwickelt sich das Buch dann auch tatsächlich zu einem Ratgeber für die heutigen Studierenden. Während zu Beginn noch pauschale und zum Teil auch unangemessene Kommentare zum Bachelor-Studium eher für Verwirrung und Frustration sorgen dürften, werden Studierenden durch die nachfolgenden Themen aus der täglichen Praxis der beiden Psychologen konkrete Tipps und Herangehensweisen an das Bachelor-Studium vermittelt.

Im ersten Kapitel werden überblicksartig der Bologna-Prozess und die Vor- und Nachteile des Bachelor-Studiums beschrieben – unabhängig davon, dass zukünftige Studierende dieses Abwägen vermutlich herzlich wenig beeindruckend dürfte, die an den meisten Studienorten in Deutschland nicht die Wahl haben und nahezu alle Studiengänge „auf Bachelor“ studieren werden. Darüber hinaus greifen die Autoren die üblichen Schlagworte des „Bachelor-Bashings“ wie „Arbeitsüberlastung“, „Verschulung“, „Soziale Auslese“ oder „Eingeschränkte Akzeptanz“ auf und schaffen dadurch eine Atmosphäre, die auf zukünftige Studierende eher demotivierend wirken dürfte. Dem nostalgisch verklärten Blick auf das Studium „Früher“ mit eigenverantwortlicher Studienplanung, hohem wissenschaftlichem Anspruch und niedrigem Druck stellen die beiden Autoren das „Heute“ gegenüber: kaum noch Wahlmöglichkeiten, Druck von der

ersten Sekunde an, „Bulimie-Lernen“, „Zwangsexmatrikulation“ und „Repressalien“, man wisse „aus gut unterrichteter Quelle, dass manche Dozenten schon verschupft reagieren, wenn es jemand wagt, nicht nur einmal, sondern sogar zweimal einer Lehrveranstaltung fernbleiben zu wollen.“ Die zeitweise sehr subjektive Wortwahl, stark vereinfachte Gegenüberstellungen und die wenig subtile eigene Meinung der Autoren lassen dem Leser kaum Spielraum für eigene Interpretationen. Darüber hinaus sind einige Zusammenhänge missverständlich dargestellt („Leistungsschwächere [haben] immer weniger Chancen, [...] einen Studienplatz zu erhalten“). Wenig seriös wirkt zudem die manchmal flapsige und bemüht kumpelhafte Ansprache an die Leser – wie so häufig, wenn ältere Menschen versuchen, sich so auszudrücken, wie sie annehmen, dass es die Jugend von heute tut. Unter der wie im Klappentext angedrohten „lockeren, verständlichen Sprache“ und der manchmal allzu knappen Darstellung leidet so an einigen Stellen auch der Inhalt; die Zulassung zum Studium wird nur rudimentär gestreift, die Wohnsituation in München wird mit der von Berlin gleichgestellt und für das Thema der Studienfinanzierung heißt es über Eltern, die ihren Kindern das Studium finanzieren, lapidar, man möge diesen gegenüber „Wohlverhalten zeigen, damit der Geldhahn nicht plötzlich zuge-dreht wird“.

Glücklicherweise erfüllt der „Survivalguide“ in den folgenden Kapiteln das, was sich seine Leser vor dem Kauf erhofft haben dürften. Die Autoren widmen sich verstärkt ihrem „Kerngeschäft“, der Psychologischen Beratung, wobei die Bandbreite der Themen von Ernährungs- und Entspannungstipps bis zu konkreten Hinweisen zur Prüfungsvorbereitung oder zum wissenschaftlichen Schreiben reicht. In diesem zweiten Kapitel („Die physische und psychische Ausrüstung“) wird ausführlich auf die günstigste Herangehensweise an ein Hochschul-Studium eingegangen. So sollen beispielsweise „Positive Verstärker“ dabei behilflich sein, Lern- und Prüfungsverhalten zu optimieren, während beim Thema „Inneres Sprechen“ aufgezeigt wird, wie Studierende unter Umständen ihre Situation negativ verzerrt wahrnehmen und durch „Positive Selbstinstruktionen“ konkret daran arbeiten können, die Selbstwahrnehmung zu verbessern. Die Definition von Lebenszielen und die schrittweisen Erfolgserlebnisse auf dem Weg zu diesen Zielen sollen dabei behilflich sein, Langzeitmotivation zu erreichen. Die Autoren arbeiten an dieser Stelle viel mit einfach nachvollziehbaren Beispielen und praktischen Merksätzen, die den Ansprüchen von Studienanfängern gerecht werden dürften.

Im dritten Kapitel geht es um „das praktische Handwerkszeug“ für das Studium, beginnend mit der idealen Gestaltung des Arbeitsumfeldes und der Planung der Arbeitszeit. Verschiedene Techniken erleichtern den Zugang zu effizientem Zeitmanagement und werden durch zahlreiche Abbildungen illustriert und durch Internetlinks ergänzt. Zum Thema „Effiziente Lerntechniken“ wird sowohl der Umgang mit dem altbekannten Karteikasten anschaulich verdeutlicht als auch die Nutzung von „modernen“ Hilfsmitteln wie digitalem Mind-Mapping oder E-Learning. Lese- und Gedächtnistraining nimmt einen angemessenen Umfang ein und wird ebenso mit praktischen Beispielen vertieft wie die folgenden Hinweise zu Prüfungsstrategien. Die Herange-

hensweise an die Bachelorarbeit wird in einem Rahmen besprochen, der auf die meisten Studiengänge übertragbar sein dürfte und alle wichtigen formalen und inhaltlichen Kriterien umfasst.

Im letzten Kapitel fassen Bensberg und Messer eventuell auftauchende Schwierigkeiten im Studium zusammen und zeigen Möglichkeiten auf, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Dabei wird detailliert auf die Gründe eingegangen, die Motivations- oder Konzentrationsprobleme verursachen und sich zu Prüfungsängsten, Schreibblockaden oder „Aufschieberei“ auswachsen können. Die Autoren geben dem Leser durch einige kurze Tests, Übungen, weiterführende Links im Internet sowie klar formulierte Handlungsanweisungen praktische Hilfen für den Studienalltag. In diesen letzteren drei Vierteln des Buchs wird deutlich, was ein „Survivalguide“ leisten kann – nämlich der Person in der Krise schnell und unkompliziert einen Weg aus der misslichen Situation aufzuzeigen. Der „Survivalguide Bachelor“ von Gabriele Bensberg und Jürgen Messer hat seine Stärken eindeutig da, wo sich die Autoren an Studierende an Hochschulen wenden, die mit den für sie neuen Lebensbedingungen nach dem Übergang von der Schule beschäftigt sind. Viele Hinweise sind unmittelbar und ohne hohen

Materialaufwand umsetzbar. Darüber hinaus werden viele Tipps gegeben, die auf die Lebensumstände und Arbeitsgewohnheiten heutiger Studierender passen. Die stark problematisierende Diskussion der Bologna-Reform dürfte einen Studienanfänger dagegen wohl ebenso wenig interessieren wie fragwürdige Exkurse zu Themen, die den Autoren rein persönlich am Herzen zu liegen scheinen („Manche Eltern versäumen es im Rahmen eines allzu lässigen Verständnisses von Erziehung leider, ihren Kindern auch nur rudimentäre Benimmregeln [...] zu vermitteln“).

Die häufige Darstellung des Studiums als eines Zustands, der überlebt werden muss, und die Panik, die zeitweilig auch in diesem Buch geschürt wird, tragen womöglich dazu bei, dass Studierende mit immer mehr Ehrfurcht an die Hochschulen kommen. Der so aufgebaute Druck scheint in manchen Fällen zumindest unverhältnismäßig stärker zu sein als der Druck, der tatsächlich durch die Umstellung auf das Bachelor/Master-System erzeugt wird.

■ **Baris Ünal**, Studienberater, Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, Freie Universität Berlin, E-Mail: baris.uenal@fu-berlin.de

René Krempkow

Leistungsbewertung, Leistungsanreize und die Qualität der Hochschullehre Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz



ISBN 3-937026-52-5, Bielefeld 2007,
297 Seiten, 39,00 Euro

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte sind vergangen, seit das Thema Bewertung der Hochschulleistungen und dabei vor allem der „Qualität der Lehre“ in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht wurde. Inzwischen wird eine stärker leistungsorientierte Finanzierung von Hochschulen und Fachbereichen auch im Bereich der Lehre immer stärker forciert. Bislang nur selten systematisch untersucht wurde aber, welche (auch nicht intendierten) Effekte Kopplungsmechanismen zwischen Leistungsbewertungen und Leistungsanreizen wie die Vergabe finanzieller Mittel für die Qualität der Lehre haben können. Für die (Mit-)Gestaltung sich abzeichnender Veränderungsprozesse dürfte es von großem Interesse sein, die zugrundeliegenden Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz auch empirisch genauer zu untersuchen. Nach der von KMK-Präsident Zöllner angeregten Exzellenzinitiative Lehre und der vom Wissenschaftsrat angeregten Lehrprofessur sowie angesichts des in den kommenden Jahren zu erwartenden Erstsemesteransturms könnte das Thema sogar unerwartet politisch aktuell werden. Im Einzelnen werden in dieser Untersuchung die stark auf quantitative Indikatoren (v.a. Hochschulstatistiken) bezogenen Konzepte zur Leistungsbewertung und zentrale Konzepte zur Qualitätsentwicklung bezüglich ihrer Stärken und Schwächen sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten diskutiert. Bei der Diskussion von Leistungsanreizen wird sich über den Hochschulbereich hinaus mit konkreten Erfahrungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auseinandergesetzt – auch aus arbeitswissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Sicht. Bei der Diskussion und Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur Erfassung von Qualität kann auf langjährige Erfahrungen und neuere Anwendungsbeispiele aus Projekten zur Hochschulberichterstattung mittels Hochschulstatistiken sowie Befragungen von Studierenden und Absolventen sowie Professoren und Mitarbeitern zurückgegriffen werden. Abschließend werden Möglichkeiten zur Einbeziehung von Qualitätskriterien in Leistungsbewertungen und zur Erhöhung der Akzeptanz skizziert, die zumindest einige der zu erwartenden nicht intendierten Effekte und Fehlanreizwirkungen vermeiden und damit zur Qualität der Lehre beitragen könnten.

Reihe Qualität - Evaluation - Akkreditierung

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagweblar.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Nachruf auf Dr. Peter Figge

Am 4. Januar 2011 nahmen in einem bewegenden Trauergottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche in Wohltorf Familie, Freunde, Kolleginnen und Kollegen Abschied von Dr. Peter A.W. Figge, Leiter der Zentralen Studienberatung und Psychologischen Beratung der Universität Hamburg. Neben seiner Frau Almut Gerecke-Figge und seinem Sohn Felix Enrique, seinem Bruder Klaus und weiteren Verwandten und Freunden, fanden sich eine große Zahl von Mitgliedern der Universität Hamburg, Kolleginnen und Kollegen aus seiner Beratungsstelle und aus dem Bundesgebiet sowie Mitglieder vieler sozialer Initiativen, die er unterstützt hatte, ein. Die Trauerfeier war geprägt von dem Gespräch, das Peter Figge vor seinem Tod mit Pastor Reinhard Stender geführt hatte und das zu einer inneren Begegnung für beide wurde: Das tiefe gegenseitige Verstehen fand seinen Ausdruck in der äußerst lebendigen Weise, wie Pastor Stender Begebenheiten aus Peters Leben skizzierte und ihn für die Trauergäste als Person lebendig werden ließ. Peters ganz besondere Verbindung von Zurückhaltung und Lebendigkeit, kritischer Distanz und freudiger Lebensbejahung, pragmatischer Nüchternheit und visionärer geistiger Sicht wurde uns in den herausgegriffenen biografischen Ereignissen vor Augen geführt. Sein Erleben von einer fragenden und liebevollen Haltung in und zu der Welt und zu den Menschen in seiner Nähe wurde eindrucksvoll deutlich. In tiefer Trauer um Peter und voller Mitgefühl für ihn und seine Familie begleiteten wir ihn auf seinem letzten Weg zum Aumühler Waldfriedhof.



Peter Figge

Peter Figge starb am 25. Dezember 2010, in der Nacht auf den ersten Weihnachtsfeiertag, im Alter von 64 Jahren. Am 12. Dezember hatten er und seine Frau Almut zusammen mit einigen engen Freunden mit großer Freude und bei alten Songs ihre Silberne Hochzeit festlich gefeiert. Die Fotos dieser Feier zeigen ein glückliches Paar, das um die Kostbarkeit des Augenblicks weiß.

Peter erhielt die Diagnose seiner schweren Kebserkrankung im Frühjahr 2010. Er unterzog sich kräftezehrenden Behandlungen, um mögliche Chancen einer Gesundung zu nutzen. Seit Ende Oktober wusste er jedoch, dass eine Heilung nicht mehr möglich war. Die seelische Kraft, mit der er seiner schweren Krankheit begegnete und mit der er dann angesichts seines bevorstehenden Todes sein Leben und den baldigen Abschied liebevoll für sich selbst, für seine Frau und seinen Sohn gestaltete, spiegelte viel von dem, was seiner wissenschaftlichen, fachlichen und menschlichen Größe zugrunde lag und auch sein Leitungsverhalten bestimmte. Peter bildete sich in genauer Betrachtung der Dinge seine Urteile. Er war durchaus auch kantig, hatte jedoch einen wertschätzenden Respekt für seine Mitmenschen und ihre eigenen Wege, immer bereit, gute Bedingungen ihres Wachstums und ihres Lebens zu fördern.

Peter Figge hat, wie die Gesellschaft für Information, Beratung und Therapie an Hochschulen e.V. (GIBeT) in ihrer Mitteilung zu seinem Tod feststellte, „die Geschichte der Studienberatung in Deutschland nachhaltig mit geprägt“. Er kam schon 1974 zur Studienberatung in Hamburg; weniger, wie er in der Beantwortung eines Fragenkatalogs schreibt, „mit festen Vorstellungen zu Konzeptionen und Zielen“ als mit Freude darüber, dass seine Kompetenzen gefragt waren. Er hatte ein Doppelstudium in Psychologie und Erziehungswissenschaft (Lehramt) in Hamburg und Lund (Schweden) absolviert, war sowohl in Gesprächspsychotherapie als auch in Verhaltenstherapie ausgebildet und hatte Erfahrungen in der Sexualpädagogik und der Sexualtherapie. Im Bereich dieses Themengebiets hatte er u.a. zuvor für den Norddeutschen Rundfunk und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom Westermann Verlag herausgegebenes Lehrmaterial zur Sexualaufklärung verfasst. Die amerikanische Historikerin Dagmar Herzog hebt es in ihrer Darstellung jener Jahre als „a marvelously funny and thoughtful sex-affirmative curriculum“ hervor. Seine Affinität zum Theater führte zu sehr fundierten Ansätzen einer Dramatherapie, zu der er mehrere Veröffentlichungen über das therapeutische Theater in der Verhaltenstherapie erarbeitete, ganz nach Shakespeares Sichtweise zur Bedeutung des Theaters: „All the world's a stage, And all the men and women merely players: They have their exits and their entrances; And one man in his time plays many parts“. 1980 wurde er an der Universität Hamburg promoviert. Auch wurde er Ausbilder für Gesprächspsychotherapie.

Unter Leitung von Dr. Ursula Lindig warb die Hamburger Beratungsstelle in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einen von neun Modellversuchen ein. Sie sollten in der Praxis wirksame Modelle finden, nachdem die wegweisende KMK-Erklärung zur Studienberatung die politische Zielsetzung für diese Aufgabe Anfang des Jahrzehnts umrissen hatte. Die besondere Aufgabe des Hamburger Modellversuchs lag in der Verbindung von Studienberatung, psychologischer Beratung und Psychotherapie. Dem Hamburger Modellversuch kam besondere Bedeutung zu, da sich auf ihn bundesweit die Blicke aller richteten, die in der psychologischen Beratung auf der Grundlage von psychotherapeutischen Verfahren ein wichtiges Element der Studierendenberatung sahen. Das Gelingen des Hamburger Modellversuchs bedeutete, sich mutig zu öffnen für bislang noch nicht Vorhandenes, Gedachtes und Erprobtes und zugleich pragmatische und überzeugende Wege aufzuzeigen, um die Unterstützung der akademischen Gemeinschaft zu behalten. Es war eine innovationsfreudige, aber auch spannungsreiche Zeit. Ich erinnere mich, wie Ursula Lindig in den achtziger Jahren in der Präsidialarbeitsgruppe Studienberatung der Westdeutschen Rektorenkonferenz Peter Figge oft hervorhob, da er sowohl neue Impulse setzte als auch durch seine fundierte methodische Herangehensweise wichtige Brücken baute, die in dem vorhandenen konfliktreichen Umfeld das erfolgreiche Erreichen der Ziele ermöglichten.

Nachdem Ursula Lindig 1988 in den Ruhestand ging, wurde Peter Figge 1990 die Leitung der Zentralen Studienberatung und Psychologischen Beratung (ZSPB) anvertraut. In den 20 Jahren seiner Leitertätigkeit verstand er es, den jeweiligen Zeitgeist mit seinen Risiken und Chancen für die Gestaltung der Hochschulberatung aufzugreifen und zugleich die in ihr liegende besondere Qualität zu wahren: Studienbewerber/innen und Studierenden im persönlichen Kontakt als Personen einen Raum zu geben, in dem sie ihre Wege für ihr Studium und ihr Leben finden und bestärken können. Dabei wollte er diesen Raum auch nicht durch beraterische Dogmen verengt sehen, die den Studierenden den Zugang zur Beratung verstellen könnten. Das neu entstandene CampusCenter an der Universität Hamburg, das Peter als Kooperationsprojekt gedanklich mit strukturiert und praktisch auf den Weg gebracht hat, zeigt diese Beratungsqualität in überzeugender Weise. Peter war sich der Tatsache bewusst, dass es immer wieder der Bemühung im Dialog mit der akademischen Gemeinschaft und externen Akteuren bedarf, um diese Qualität zu bewahren. Der damalige Präsident der Universität Hamburg, Dr. Jürgen Lüthje, sagte mir 2005 auf dem EUA-Kongress in Glasgow, wie sehr er diese gestaltende, kommunikative Arbeit und besonders Peters konzeptionelle Kraft bewundere; nach der Trauerfeier unterstrich er mir gegenüber diese Einschätzung noch einmal.

In meinem persönlichen Austausch mit Peter lernte auch ich diese Fähigkeiten, die mit Ironie und Humor gepaart waren, sehr schätzen. Wir kannten uns schon aus der Schulzeit, als wir gemeinsam das Max-Planck-Gymnasium in Bielefeld besuchten. Peter wurde wie ich in den frühen sechziger Jahren als AFS-Austauschschüler zu einem einjährigen USA-Aufenthalt ausgewählt. Er ging später nach Hamburg und Lund, ich nach Berlin, wodurch wir uns aus den Augen verloren. Umso erfreuter waren wir, uns später im gleichen Tätigkeitsfeld wiederzufinden; wir verabredeten uns während der WRK-Fortbildungstagung in Hamburg 1980, um einen Nachmittag zusammen zu verbringen. Viele weitere Gespräche folgten und begründeten eine enge kollegiale und freundschaftliche Zusammenarbeit. Neben dem kontinuierlichen Austausch über unsere Arbeit und Konzepte fanden wir insbesondere in der europäischen Zusammenarbeit eng zusammen. Peter folgte 1990 meiner Bitte, für den Kongress von der HRK und FEDORA im Japanisch-Deutschen Zentrum in Berlin einen Beitrag einzureichen. Er war von der gerade gegründeten FEDORA-Arbeitsgruppe Psychological Counselling in Higher Education (PSYCHE) angetan, und so erklärte er sich bereit, zusammen mit Winfried Kaiphas, dem damaligen Sprecher der ArGe (Vorläuferorganisation der GIBeT), Dr. Helga Knigge-Illner und mir eine Präsentation zur Situation der psychologischen Beratung in Deutschland für eine Fachtagung in Neapel 1992

anzufertigen. Mit eingeworbenen Mitteln des BMBW konnten wir unsere Aussagen mittels einer empirischen Untersuchung zur Institutionalisierung der Studienberatung untermauern. Sie bezog alle Formen der Studienberatung mit ein und half, nicht nur in der europäischen Kommunikation für viele Jahre einen guten Überblick über die deutsche Situation zu geben, sondern wirkte mit der deutschen Veröffentlichung auch in die fachliche und hochschulpolitische Diskussion in Deutschland ein. Mit seinen Beiträgen zu den FEDORA-Kongressen 1994 in Barcelona und 1997 in L'Aquila sowie zu der gemeinsamen Tagung mit dem Britischen Fachverband 2006 in Brighton und insbesondere mit der intensiven Beteiligung an der inhaltlichen Vorbereitung der ersten eigenen Fachtagung von FEDORA/PSYCHE 1999 in Kopenhagen half er ganz wesentlich dabei, dieser Arbeitsgruppe ein Profil zu geben. Für mich persönlich war in den vielen Jahren meiner Koordination dieser Arbeitsgruppe der Austausch mit Peter ein entscheidender Rückhalt. 2002 in Lissabon berichtete er ausführlich von seinem erneuten einmonatigen Studienaufenthalt an der Indiana University, um vergleichend neue Perspektiven für unsere Arbeit hier in Europa zu finden. In enger Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen an der Universität Groningen bereitete er die dortige Fachtagung (2005) in beeindruckender Weise inhaltlich und didaktisch vor. Mit all diesen Aktivitäten wurde Peter Figge zu einer wichtigen deutschen Stimme in den Fachkreisen zur psychologischen Beratung in Europa. Zudem leistete er Bedeutendes, indem er Beratungssysteme im Aufbau besonders in Griechenland und Ungarn durch Fortbildungen, Vorträge und Konsultationen unterstützte. Auf der FEDORA/PSYCHE-Tagung in Rethimnon (2007) begann Peter zusammen mit anderen, die Fachtagung in Alicante für 2010 inhaltlich zu planen. Nicht zuletzt auf Peters Hinweis hin sollte das Thema „Transitions“ sein. Es ging natürlich wesentlich um Studierende, aber auch um den im größeren Umfang anstehenden Generationswechsel in FEDORA/PSYCHE selbst. Schon schwer erkrankt, hoffte er, dennoch teilnehmen zu können. Dieser Wunsch erfüllte sich leider nicht. Anfang Januar wollte ich ihn besuchen, um ihm von der Tagung im persönlichen Gespräch zu berichten.

Es war eine schmerzliche Erfahrung, dass der Tod mächtiger sein kann als unsere Pläne. Peter hat in tiefer und beeindruckender Weise seinen Frieden mit dieser Wahrheit gefunden. Wir können in der Erinnerung unsere Beziehung zu ihm wach halten, und er kann mit diesen Erinnerungen unser Leben bereichern.

■ **Dr. Gerhart Rott**, ehemaliger Direktor der Zentralen Studienberatung, Bergische Universität Wuppertal, E-Mail: rott@uni-wuppertal.de

„Umgang mit Unsicherheit“ Bericht über die Herbsttagung der GIBeT vom 01. bis 04. September 2010 in Hildesheim

Hildesheim, die kleine Großstadt im Süden Niedersachsens, war im September 2010 Anziehungspunkt für Mitarbeiter aus Zentralen Studienberatungen, Psychologischen Beratungsstellen und Mitarbeitern anderer Hochschulberatungseinrichtungen aus ganz Deutschland und der Schweiz. Doch es zog sie nicht vorrangig zu den bekannten Weltkulturdenkmalern, sondern an die Stiftung Universität Hildesheim, wo die Zentrale Studienberatung (ZSB) Ausrichter der diesjährigen Herbsttagung der Gesellschaft für Information, Beratung und Therapie an Hochschulen war. Einen professionellen „Umgang mit Unsicherheit“ – so das Thema der Tagung – gab es bereits vor ihrem Beginn, denn für die Universität Hildesheim war es das erste Mal, eine GIBeT-Tagung zu veranstalten. Überrascht wurde das Organisationsteam um Martin Scholz, Leiter der ZSB der Universität Hildesheim, von dem überaus guten Zuspruch: Mit ca. 180 Teilnehmern war die Tagung eine der meistbesuchten der vergangenen Jahre.

Unsicherheiten sind in vielen Bereichen zu finden und lassen sich nicht gänzlich vermeiden. Daher ist ein souveräner Umgang mit ihnen dringend nötig. Dies war auch Inhalt des Eröffnungsvortrags von Prof. Dr. Herbert Asselmeyer vom Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim, der die Zuhörer humorvoll und mit großer Leichtigkeit in das umfangreiche Thema einführte. Unsere Gesellschaft werde immer komplexer, so der Wissenschaftler, Normalität fehle zunehmend und es mangle an Orientierungsmustern. Das betrifft auch die Hochschulberatungseinrichtungen. Studienberater und Mitarbeiter der psychologischen Beratungen werden vor immer neue Herausforderungen gestellt. Das erforderliche Fachwissen wird beständig umfangreicher, Zulassungsverfahren und Studienordnungen sind komplex und unterliegen häufigen Veränderungen. Studierende kommen mit sehr unterschiedlichen persönlichen Voraussetzungen wie z.B. Migrationshintergrund, Behinderung oder psychischen Erkrankungen in die Beratung. Gute Kenntnisse im Umgang mit dem Web 2.0 werden ebenso benötigt wie Wissen um die Anforderungen des Qualitätsmanagements. Dieses vielfältige Themenspektrum fand sich in Workshops und Vorträgen auf der Tagung wieder. So ging es auf dieser Tagung nicht nur um die Unsicherheiten der Klienten, sondern auch um die der Berater.

Unsicherheiten als Chance

Eine häufige Reaktion auf die Unsicherheit von Ratsuchenden ist die Ausgabe von Informationen, doch dies ist nicht immer das beste Mittel. Nach Erkenntnissen aus der Hirnforschung werden die meisten menschlichen Entscheidungen nicht rational, sondern „aus dem Bauch heraus“ getroffen, erklärte Prof. Dr. Kristian Folta-Schoofs, Neuropsychologe an der Universität Hildesheim. Dies gelte besonders bei Entscheidungen unter Unsicherheit. Die Tagung bot die Möglichkeit, Entscheidungsverhalten zu verstehen und den

Beratern alternative Interventionsmöglichkeiten vorzustellen. Auf diese Weise kann gleichzeitig auch auf Seiten der Berater die Verunsicherung darüber abgebaut werden, wie sie die Klienten in diesem Fall am besten unterstützen können. So erläuterte Gesche Keding von der Zentralen Studienberatung der Universität Lüneburg, dass Unsicherheiten auch als natürliche und notwendige Phase betrachtet werden können, die es einem überhaupt erst ermöglicht, sich auf etwas Neues einzulassen. Sie schlägt daher vor, Unsicherheiten, z.B. bei der Wahl des Studiums, als Ressource zu betrachten und als Element der Selbststeuerung zu nutzen. Als eine mögliche Interventionsmethode stellte sie in ihrem Workshop einen Ausschnitt aus der Methode der Szenariotechnik vor.

Das Thema Entscheidungsfindung wurde aus verschiedenen Perspektiven auf der Tagung betrachtet. Self-Assessment-Angebote wurden von Mitarbeitern der Universitäten Hannover, Duisburg-Essen und Konstanz vorgestellt. Sie alle sollen den Studierenden unterstützend zu den Beratungen eine Orientierungshilfe geben, aber auch Informationen bieten sowie das Angebot der eigenen Universität bekannt machen.

Präventionsmaßnahmen

Entscheidungen stehen jedoch nicht nur vor Aufnahme eines Studiums an. Seit der Bologna-Reform sei der prozentuale Anteil der Studienabbrüche angestiegen, so Professor Dr. Norbert Grewe von der Universität Hildesheim. Die kompetente Unterstützung und Gestaltung der Entscheidungsfindung sieht er als einen wichtigen Präventionsfaktor an, es sei jedoch nötig, die Verarbeitung dieser Entscheidung weiter zu betreiben. In Hinblick auf verschiedene Ursachen für Studienabbrüche wie z.B. Leistungs- oder Motivationsprobleme, psychische Störungen oder Schwierigkeiten aufgrund spezieller persönlicher oder familiärer Hintergründe diskutierten die Teilnehmer seines Workshops verschiedene präventive oder begleitende Angebote für diese Zielgruppen an Hochschulen. Auch in anderen Workshops waren solche Maßnahmen Gegenstand des Austausches. Eines dieser spezifischen Angebote stellten Anja Rieth und Maren Doose von der Universität Hamburg in ihrem Workshop mit dem Projekt HOPES vor, das sich mit der Beratung und Betreuung von Studierenden mit psychischen Erkrankungen befasst.

In einigen Workshops ging es z.B. um Überlastungssituationen der Studierenden und wie Berater und Hochschulen selbigen vorbeugen können. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt ZEITLast, an dem das center for lifelong learning (cl³) der Universität Hildesheim in Kooperation mit anderen Universitäten arbeitet. Die Aufgabe des Projekts ist die Untersuchung des „Workload“ von Studierenden der Bachelor- und Master-Studiengänge. Die Hypothese, dass die von den Studierenden beklagten Überforderungen aus der Studien-

struktur resultieren, konnte nach ersten Ergebnissen nicht bestätigt werden. Vieles spräche dafür, dass eine Förderung der Schlüsselqualifikationen vorbeugend wirken könnte, erklärten Kirsten König und Karin Bringmann vom cl³.

Die Psychosoziale Beratungsstelle (PSB) des Studentenwerks Oldenburg hat bereits vor drei Jahren mit dem Präventionsprogramm „Starthilfen“ begonnen. Inhalte des Projekts sind u.a. das Erlernen gesundheitsbewusster, an den eigenen Leistungsgrenzen bemessener Verhaltensweisen, Lern- und Arbeitstechniken und Entspannungsverfahren. Der Workshop von Wilfried Schumann von der PSB Oldenburg bot ein Forum zum Austausch für die Erfahrungen mit ähnlichen Projekten an anderen Hochschulen.

Unsicherheit durch neue Medien

Großes Interesse fanden auch Angebote zum Thema neue Medien, so z.B. der Workshop „Email-Bearbeitung in der allgemeinen Studienberatung“ von Reinhard Böhm und Kristin Gödecke von der TU Braunschweig. Auch die Workshops von Philip Dunkhase vom Universitätsmarketing der Universität Lüneburg zum Thema Web 2.0 waren in kürzester Zeit ausgebucht. Dies verdeutlicht, dass ein erhöhter Bedarf an Information und Weiterbildung in diesem Bereich besteht. Viele Studienberatungen seien mit dem Thema

überfordert, erklärt auch Dunkhase. Wichtige Komponenten wie z.B. das Mediennutzungsverhalten der Studierenden im Web seien zudem unbekannt. Um ein nachhaltiges Studierendenmarketing zu betreiben, sei es notwendig, eine umfangreiche Marktanalyse durchzuführen und eine detaillierte Mediaplanung mit Erfolgskontrolle durchzuführen.

Insgesamt zeigte die Tagung, dass das Thema „Unsicherheit“ an Hochschulberatungseinrichtungen in vielfältiger Form auftritt. Studienberatungen und psychologische Beratungen spielen eine zentrale und wichtige Rolle bei deren Prävention und Bewältigung. Dies impliziert auch den Umgang mit eigenen Unsicherheiten aufgrund des breiten Anforderungsprofils oder struktureller Gegebenheiten. Eine konsequente und kompetente Weiterbildung der Mitarbeiter über neue Entwicklungen und Methoden sowie der Austausch untereinander – auch hochschulübergreifend – können die Berater bei dieser Aufgabe unterstützen.

■ **Nina Geelhaar, M.A.**, Ethnologin, Zentrale Studienberatung der Universität Hildesheim, E-Mail: studienberatung@uni-hildesheim.de

Barbara Schwarze, Michaela David, Bettina Charlotte Belker (Hg.): Gender und Diversity in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik



ISBN 3-937026-59-2, Bielefeld 2008,
239 S., 29.80 Euro

Gender- und Diversityelemente in Lehre und Forschung an den Hochschulen tragen zu einer verstärkten Zielgruppenorientierung bei und steigern die Qualität durch die bewusste Einbindung der Nutzerinnen und Nutzer – seien es Studierende, Lehrende oder Anwenderinnen und Anwender in der Praxis. Die Integration in die Lehrinhalte und –methoden trägt dazu bei, die Leistungen von Frauen in der Geschichte der Technik ebenso sichtbar zu machen wie ihre Beiträge zur aktuellen technischen Entwicklung. Sie werden als Anwenderinnen, Entwicklerinnen, Forscherinnen und Vermarkterinnen von Technik neu gesehen und sind eine interessante Zielgruppe für innovative Hochschulen und Unternehmen.

Parallel zeigt sich – unter Gender- und Diversityaspekten betrachtet – die Vielfalt bei Frauen und Männern: Sie ermöglicht eine neue Sicht auf ältere Frauen und Männer, auf Menschen mit Benachteiligungen und/oder Behinderungen, mit anderem kulturellen Hintergrund oder aus anderen Ländern.

In diesem Band stehen vor allem Entwicklungen und Beispiele aus Lehre, Praxis und Forschung der Ingenieurwissenschaften und der Informatik im Vordergrund, aber es werden auch Rahmenbedingungen diskutiert, die diese Entwicklung auf struktureller und kultureller Ebene vorbereiten.

Der Vielfalt dieser Themen entsprechen auch die verschiedenen Perspektiven der Beiträge in den Bereichen:

- Strukturelle und inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten einer familien- und gendergerechten Hochschule,
- Zielgruppenspezifische Perspektiven für technische Fakultäten,
- Gender- und Diversityaspekte in der Lehre,
- Gendergerechten Didaktik am Beispiel der Physik und der Mathematik,
- Gender und Diversity in der angewandten Forschung und Praxis.

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

**„Europa voranbringen – auch in der Studierendenberatung!“
Bericht über die FEDORA/PSYCHE-Tagung
in Alicante/Spanien vom 17.-19. November 2010**

Herbstlich mildes Mittelmeer, eine Großstadt mit spannender Historie, eine junge Universität auf einem wunderschönen, von subtropischen Pflanzen geprägten Campus – das waren die Rahmenbedingungen der Tagung der Psyche-Sektion der FEDORA in Alicante.

Mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 20 europäischen Ländern hatten sich versammelt, um das europäische Netzwerk der psychologischen Beratungsdienste an Hochschulen zu stärken und einen fruchtbaren fachlichen Austausch über die nationalen Grenzen hinweg möglich zu machen. Neben europäischen „Urgesteinen“ – den Kollegen und Kolleginnen, die sich schon seit vielen Jahren bei FEDORA/PSYCHE engagieren – gab es unter den Teilnehmer/innen eine erfreulich große Zahl an Newcomern, die zum ersten Mal eine europäische Tagung besuchten. Um möglichst viele Teilnehmer miteinander in Kontakt zu bringen, ihre Eigenaktivität anzuregen und erst gar keine Ängste vor der Verständigung auf Englisch aufkommen zu lassen (denn hier verlangt niemand Perfektion), enthielt das Tagungsprogramm sehr viele interaktive Momente. Statt ermüdendem Vortragsmarathon setzte die Vorbereitungsgruppe auf „speed datings“, „open-space“-Phasen und Kleingruppenarbeit in ständig wechselnden Konstellationen – ein Konzept, das ausgesprochen positive Resonanz fand.

Das zentrale Thema der Tagung lautete „Transitions“ und wurde in den zahlreichen Workshops in unterschiedlichster Weise umgesetzt. Es ging um die Übergänge, die Studierende beim Start und Abschluss ihres Studiums bewältigen müssen, ebenso aber auch um die Veränderungen, die von Beratern und Beraterinnen in Hinblick auf aktuelle Anforderungen an die Beratungsarbeit sowie auf die methodische Weiterentwicklung des Beratungshandelns vollzogen werden müssen. Neue Technologien, interkulturelle Herausforderungen und natürlich die im Zuge der Bologna-Reform initiierten Strukturveränderungen waren weitere Themen-schwerpunkte der Workshoparbeit. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer waren mit eigenen Beiträgen und Präsentationen vertreten, so dass sich ein sehr detailliertes Bild ergab, was in den einzelnen europäischen Ländern aktuell im Wandel begriffen ist und wie die Kollegen/innen mit diesen Herausforderungen umgehen. Denn je nach europäischer Region sind Ausstattung der Beratungsdienste und ihre Einbindung in das Hochschulsystem sehr unterschiedlich, und auch die jeweilige beraterisch/therapeutische Philosophie und ihre professionelle Tradition variieren erheblich. Genau dies ist ja auch Sinn dieser Konferenz: Über den eigenen Tellerrand schauen, unzählige Fragen stellen und genauso viele beantworten, von anderen abgucken und eigene Arbeitsergebnisse den anderen verfügbar machen – und gemeinsam daran arbeiten, dass der Bereich der psychologischen Beratung europaweit ein selbstverständlicher, integraler Bestandteil von Hochschulinfrastruktur wird, für den Standards und Best-Practice-Modelle formuliert werden können.

In der Eröffnungs-Keynote der Tagung stellte Jose Luis Arco Tirado von der Universität Granada unter dem Titel „Transitioning the transition: Peer-Tutoring as a catalyst of the Bologna Process“ ein Tutorenprogramm vor, mit dem Studierende aus höheren Semestern, nachdem sie ein entsprechendes Training durchlaufen haben, jüngere Studierende bei der sozialen Integration in die Universität begleiten und insbesondere bei ihrer Selbstorganisation und dem Erwerb spezifischer akademischer Lern- und Arbeitsfähigkeiten unterstützen.

Im Hauptvortrag der Tagung „Study alla bolognese – consequences for psychological counseling“ setzte sich der Präsident der FEDORA, Hans-Werner Rückert (FU Berlin), mit den Folgen des Bologna-Prozesses für die psychologische Beratung an den Hochschulen auseinander. Er stellte Untersuchungen vor, die Hinweise geben, dass die Zahl von Studierenden zunimmt, die schon vor dem Start an der Hochschule psychisch beeinträchtigt sind. Darüber hinaus untersuchte er in seinem Vortrag die mit der Studienstrukturform einhergehenden höheren Belastungen der Studierenden, die aus der Zunahme von Stresssymptomatiken und Prüfungsängsten und aus der gestiegenen Nachfrage nach psychologischer Beratung ersichtlich wird. Perspektivisch regte er an, dass psychologische Beratungsdienste über die individuelle Beratung hinaus auch in Arbeitsfeldern wie Stress-Reduktion, Training von Lehrenden, Curricula-Entwicklung und Integration von Beratungsaspekten in die Lehre tätig werden sollten.

Letzte Keynote der Tagung war ein Beitrag von Anastasia Kalantzi-Azizi von der Universität Athen mit dem Titel „How can Psychological Counsellors for students advance measures for the promotion of psychological counselling of students in the European Higher Education Area (EHEA)?“ Auch sie plädierte intensiv dafür, dass psychologische Berater/innen für Studierende sich nicht ausschließlich in der individuellen Arbeit mit Ratsuchenden engagieren, sondern sich stärker als Teil des Systems Hochschule begreifen und ihre Expertise auch den Lehrenden und anderen Hochschulmitgliedern zur Verfügung stellen. Außerdem mahnte sie an, dass die empirische Forschung zur Lebenswelt und psychischen Situation von Studierenden national und auch auf europäischer Ebene vorangebracht werden müsse. Denn für die politische Interessenvertretung unseres Arbeitsfeldes und für die Forderung nach weiterem Ausbau der Beratungsdienste ist entsprechendes Datenmaterial eine unverzichtbare Voraussetzung.

Die Tagung schloss mit einem großen Applaus für die spanischen Gastgeber. Sie hatten die Tagung und das Rahmenprogramm so gut organisiert und gleichzeitig so liebevoll gestaltet, dass alle Teilnehmer/innen die Atmosphäre der Tagung und die wunderbare Gastfreundschaft in bester Erinnerung behalten werden.

Wer sich jetzt ärgert, in Alicante nicht dabei gewesen zu sein, und wer gerne einmal persönlich erleben möchte, wie anregend ein intensiver internationaler Austausch wirkt,

hat die Chance, an der FEDORA Summer University teilzunehmen, die vom 16.-18.6.2011 an der Universität Ioannina/Griechenland stattfindet. Das Tagungsthema lautet: „Modern Times: Counselling students in the 21st century.“ Alle weiteren Informationen unter: <http://www.fedorasu2011.eu/>

■ **Wilfried Schumann**, Leiter der Psychosozialen Beratungsstelle von Universität und Studentenwerk Oldenburg,
E-Mail: winfried.schumann@uni-oldenburg.de

im Verlagsprogramm erhältlich:

Wim Görts (Hg.): Projektveranstaltungen in Mathematik, Informatik und Ingenieurwissenschaften

ISBN 3-937026-00-2, Bielefeld 2003, 142 Seiten, 18.70 Euro

Wim Görts (Hg.): Projektveranstaltungen in den Sozialwissenschaften

ISBN 3-937026-01-0, Bielefeld 2003, 98 Seiten, 14.00 Euro

Wim Görts (Hg.): Projektveranstaltungen - und wie man sie richtig macht

ISBN 3-937026-60-6, Bielefeld 2009, 138 Seiten, 19.80 Euro

Bestellung - Fax: 0521/ 923 610-22, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur in dieser lesenden Eigenschaft (und natürlich für künftige Abonnements) sind Sie uns willkommen. Wir begrüßen Sie im Spektrum von Forschungs- bis Erfahrungsberichten auch gerne als Autorin und Autor.

Der UVW trägt mit seinen Zeitschriften bei jahresdurchschnittlich etwa 130 veröffentlichten Aufsätzen erheblich dazu bei, Artikeln in einem breiten Spektrum der Hochschulforschung und Hochschulentwicklung eine Öffentlichkeit zu verschaffen.

- Beratungsforschung,
- Beratungsentwicklung/-politik,
- Anregungen für die Praxis/Erfahrungsberichte, aber ebenso
- Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews.

Die Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter: www.universitaetsverlagwebler.de.

Anzeigenannahme für die „Zeitschrift für Beratung und Studium“

Die Anzeigenpreise: auf Anfrage beim Verlag

Format der Anzeige: JPeG- oder EPS-Format, mindestens 300dpi Auflösung, schwarz-weiß

Kontakt: UVW UniversitätsVerlagWebler, Der Fachverlag für Hochschulthemen, Bündler Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte Fo, HM, HSW, P-OE und QiW

Auf unserer Homepage www.universitaetsverlagwebler.de erhalten Sie Einblick in das Editorial und Inhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben.

Fo

Forschung

Politik - Strategie - Management

Fo 4/2010

Ist eigene Grundlagenforschung
verzichtbar?

Forschungsentwicklung/-politik

Wolff-Dietrich Webler

Lohnt sich Grundlagenforschung für
„kleinere“ Länder überhaupt?

4 Antworten von:

Bernd Ebersold,
Geschäftsführer der
Jacobs Foundation

Dietmar Harhoff,
Vorsitzender der Expertenkommission
Forschung und Innovation (EFI) der
deutschen Bundesregierung

Wilhelm Krull,
Generalsekretär der
VolkswagenStiftung

Wolff-Dietrich Webler,
Leiter des Instituts für Wissenschafts-
und Bildungsforschung (IWBB)

Alexander Reiterer & Martin Wilfling
Entscheidungsfindung in der wirt-
schaftsnahen Forschungsförderung –
Konzepte und Kriterien für die
Auswahl von Förderansuchen

Forschung über Forschung

Einflussfaktoren auf
Bewilligungswahrscheinlichkeiten im
FWF-Entscheidungsverfahren

HSW

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

HSW 1/2011

Offene Hochschule

Hochschulentwicklung/-politik

*Sabine Remdisch &
Ralph Müller-Eiselt*

Öffnung, Durchlässigkeit, Vernetzung:
Gemeinsam auf dem Weg zur Offenen
Hochschule

Michael Weegen

Studienerfolg von deutschen
Studierenden mit muslimischen
Wurzeln

Elisabeth Schwabe-Ruck

Öffnung der Hochschulen für Beruf-
serfahrene: Bildungshistorische Thesen
zu berufsbezogenen Wegen an die
Hochschule

Diana Wernisch

Vom Qualitätsziel in der Lehre zum
strategischen Einsatz lehrbezogener
Personalentwicklung
Ein Beitrag zur Notwendigkeit der
Strategieorientierung von lehr-
bezogener Personalentwicklung mit
drei internationalen Impulsbeispielen

Anregungen für die Praxis/
Erfahrungsberichte

*Hubert Liebhardt, Katrin Stolz,
Katrin Prospero, Johanna Niehues,
Jörg M. Fegert*

Evidenzbasierte Beratung und
Studienverlaufsmonitoring für
studierende Eltern in der Medizin
Ein Praxisbeispiel an der
Universität Ulm

Rezension

*Ludwig Huber, Julia Hellmer,
Friederike Schneider:*

Forschendes Lernen im Studium.
Aktuelle Konzepte und Erfahrungen
(Karin Reiber)

HM

Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von
Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

HM 1/2011

Beiträge zur familienfreundlichen
Hochschule

Managementgespräche

„Durch das Kinderbetreuungsangebot
können wir Professorinnen und
Professoren berufen, die sich sonst
nicht für uns entscheiden würden“
Interview mit Ulf Holst, Interims-
Kanzler der Christian-Albrecht-
Universität zu Kiel (CAU) Entwicklung,
Gestaltung und Verwaltung von
Hochschulen und
Wissenschaftseinrichtungen

Marita Ripke

Studieren mit Kind –
Hochschulen in der Verantwortung

Katrin Baranczyk

Durch betriebliche Kinderbetreuung
wissenschaftliches Fachpersonal ge-
winnen und halten

Alexander Dilger

Doppelberufungen an Hochschulen:
Probleme und Lösungsansätze

Wolfgang Foit

Zur Entwicklung eines akademischen
Leitungsrollenverständnisses:
Angebote der Personalentwicklung
im Kontext des Förderhandelns der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
(DFG)

Heide Kluge

Campus managen – Innovation im lau-
fenden Betrieb. Ein Erfahrungsbericht
aus dezentraler Sicht

Tagungsbericht

Professionalisierungsprozesse im
Hochschulmanagement – Empirische
Ergebnisse und Implikationen für die
Praxis. Deutsches Forschungsinstitut
für Öffentliche Verwaltung, Speyer,
08.09.2010

P-OE**Personal- und Organisationsentwicklung**

in Einrichtungen der Lehre und Forschung

Ein Forum für Führungskräfte, Moderatoren, Trainer, Programm-Organisatoren

P-OE 4/2010
Beiträge zur Entwicklung des akademischen Personals

P-OE-Gespräch

P-OE-Gespräch mit Ricarda Mletzko,
Leiterin des Dezernats 1, Organisations- und Personalentwicklung der Leibniz-Universität Hannover

Personal- und Organisationsforschung

Claudia Schmeink & Britta Juchem
Was Professor/innen wollen: Ergebnisse einer Interviewstudie zum Personalentwicklungsbedarf an der TU Darmstadt

Personal- und Organisationsentwicklung/-politik

Martin Mehrtens
Personalentwicklungs-Programm der Universität Bremen
„Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft erfolgreich managen“

Katharina Mallich, Sandra Steinböck & Karin Gutiérrez-Lobos
Die Zukunft des akademischen Personalmanagements - Professionalisierung von Berufungsverfahren hinsichtlich überfachlicher Qualifikationen

Jasmin Döhling-Wölm & Carolin Schöbel-Peinemann
Akademische Personalentwicklung als Strategie der Hochschulentwicklung

Enrique Grabl & Sigrud Mansky
Programm/Curriculum academic didactics (Hochschuldidaktisches Studienprogramm FH CAMPUS 02)

Sabine Zauchner
Master of Higher Education (MoHe) - Exzellente Hochschullehre

QiW**Qualität in der Wissenschaft**

Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in Forschung, Studium und Administration

QiW 1/2011
Qualitätssicherung in Lehre und Forschung

Qualitätsentwicklung/-politik

Rainer Künzel
Reform der externen Qualitätssicherung. Vom Kontrollansatz zur Innovationsförderung

Forschung über Qualität in der Wissenschaft

Sigrun Nickel
Qualitätsmanager/in in der Wissenschaft: Karriereweg oder Sackgasse? Deutschland im internationalen Vergleich

Christian Schneijderberg & Nadine Merkator
Hochschulprofessionen und Professionalisierung im Bereich der Qualitätsentwicklung

Thamar Klein & Meike Olbrecht
Methoden-Triangulation zur Untersuchung von Gutachtergruppen? Peer Review in der DFG: Panelbegutachtung am Beispiel der Sonderforschungsbereiche

**Für weitere Informationen**

- zu unserem Zeitschriftenangebot,
- zum Abonnement einer Zeitschrift,
- zum Erwerb eines Einzelheftes,
- zum Erwerb eines anderen Verlagsproduktes,
- zur Einreichung eines Artikels,
- zu den Autorenhinweisen

oder sonstigen Fragen, besuchen Sie unsere Verlags-Homepage:

www.universitaetsverlagwebler.de

oder wenden Sie sich direkt an uns:

E-Mail:
info@universitaetsverlagwebler.de

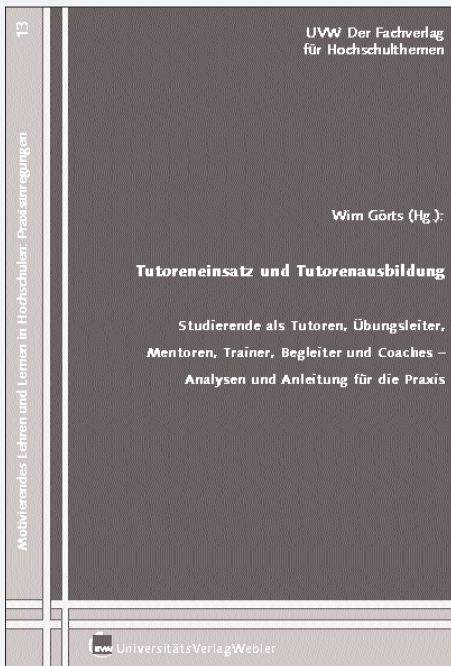
Telefon:
0521/ 923 610-12

Fax:
0521/ 923 610-22

Postanschrift:
UniversitätsVerlagWebler
Bünder Straße 1-3
Hofgebäude
33613 Bielefeld

**Wim Görts (Hg.): Tutoreinsatz und Tutorenausbildung
Studierende als Tutoren, Übungsleiter, Mentoren, Trainer, Begleiter und Coaches –
Analysen und Anleitung für die Praxis**

Reihe: Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen



Wie können Tutorien Lernen fördern? Im Mittelpunkt dieses Bandes stehen Konzepte für Tutorien, Übungen und andere Lehr- und Beratungssituationen, in denen Studierende andere Studierende begleiten. Die Akteure heißen Tutoren und Tutorinnen, aber manchmal auch - je nach Einsatzgebiet - Übungsleiter, Trainer, Coaches, Schreibbegleiter und Mentoren. Zehn Autorinnen und Autoren, allesamt wissenschaftlich Lehrende, zeigen, in welcher Art und Weise sie Studierende dabei unterstützen, einen eigenen Zugang zur Wissenschaft zu bekommen. Dieser Zugang bezieht sich z.T. auf ein Studium, das sich dem Diktat einer ausschließlichen Orientierung auf die (behaupteten) Bedürfnisse des Arbeitsmarktes entzieht.

Dabei werden studentische Tutoren hinzugezogen, die sorgfältig geschult sind. Besonderes Gewicht hat die Frage, wie die Tutoren eine gemeinsame Vertrauensbasis mit den Studierenden schaffen können, damit diese sich ermutigt fühlen, vorgegebene Studienmuster und -inhalte in Frage zu stellen, urteilsfähig zu werden und eigene Wege zu gehen.

Daneben geht es um die Feststellung des Erfolges von Tutorien, um Hindernisse und Grenzen sowie um Auswertungen, die es erlauben, auf eine Veränderung der Ausbildung zu schließen.

Lehrende, Tutorenausbilder, Bildungsexperten und Hochschuldidaktiker finden Analysen zu Zielen, Aufgabenbereichen und Arbeitsweisen von Tutoren und daraus entwickelte Schulungsprogramme für die Tutoren oder vorausgeschickt für eine Ausbildung der Ausbilder solcher Tutoren.

ISBN 3-937026-70-3, Bielefeld 2011,
247 Seiten, 27.90 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

**Judith Ricken (Hg.):
lehrreich – Ausgezeichnete Lehrideen zum Nachmachen**

Reihe: Motivierendes Lehren und Lernen in Hochschulen: Praxisanregungen

„lehrreich“ – so hieß ein Wettbewerb um innovative Lehrideen, der im Wintersemester 2008/09 an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde.

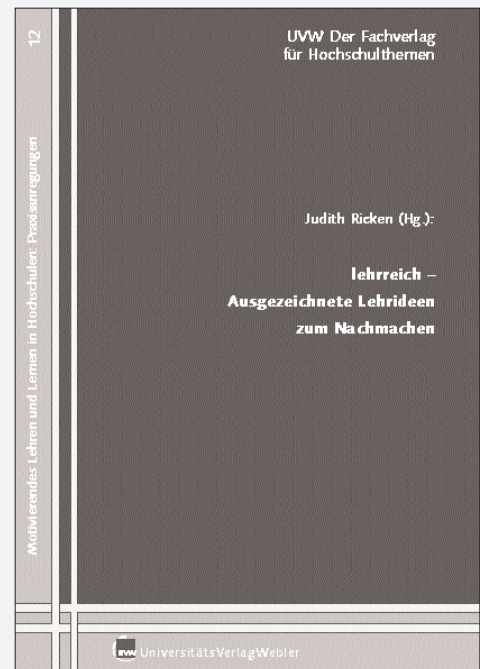
Lehrreich waren die in seinem Rahmen geförderten Projekte an der Ruhr-Universität, erdacht und umgesetzt von Projektgruppen aus Studierenden und Lehrenden.

Um die guten Ideen und gewonnenen Erfahrungen auch für andere nutzbar zu machen, werden sie in diesem Sammelband dokumentiert.

Mit Simulationspatienten üben, schlechte Nachrichten zu überbringen, in kleinen Teams frei, aber begleitet forschen oder mit einem Planungsbüro ein Gutachten für den Bau einer Straße anfertigen – diese und andere Ideen wurden durch die Wettbewerbsförderung umgesetzt.

Die Beiträge in diesem Sammelband beschreiben diese Projekte nicht nur, sie reflektieren auch den Projektverlauf und geben konkrete Hinweise, beispielsweise zu Besonderheiten der Methodik, Vorlaufzeiten, Zeitaufwand oder Kosten.

Denn Nachmachen ist ausdrücklich erwünscht!



ISBN 3-937026-71-1, Bielefeld 2011,
105 Seiten, 14.90 Euro

Bestellung - Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22